

Josef Spiekermann

**Autonome Entscheidungen
wirtschaftlicher Betriebe
in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten**

Münster 1963

**Autonome Entscheidungen
wirtschaftlicher Betriebe
in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten**

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von

Josef Spiekermann
aus Eisborn Krs. Arnsberg Westf.



1. Berichterstatter: Prof. Dr. Albert Schnettler

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Erik Boettcher

Dekan: Prof. Dr. Wolfgang Fikentscher

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1963

Gliederung

	Seite
<u>Einführung</u>	
I. Begriffliches	1
1. Planwirtschaftlich ausgerichtete Staaten .	1
2. Betrieb - Unternehmen	1
II. Problemstellung	2
III. Gang der Untersuchung	5
 <u>I. Kapitel</u>	
Autonome Entscheidungen im betrieblichen Bereich in Ergänzung des zentralen Planungssystems plan- wirtschaftlich ausgerichteter Staaten	7
I. Die Grundzüge des zentralen Planungssystems .	7
1. Die Zielsetzungen der zentralen Planungs- instanz	7
2. Das naturale Planungssystem	9
a) Der Primat der naturalen gegenüber der finanziellen Planung	9
b) Der Aufbau der Planungsorganisation . .	11
aa) Die überbetriebliche Planung	11
bb) Die Planung auf betrieblicher Ebene	16
c) Die Doppelstellung der Betriebsleitung im Planungssystem	17
3. Grenzen des naturalen Planungssystems . . .	19
a) Gründe für die Unzulänglichkeit des natu- ralen Planungssystems	19
b) Autonome Entscheidungen in den Betrieben als Konsequenz	22
II. Die Notwendigkeit der Ausrichtung autonomer Entscheidungen auf die zentralen Planziele . .	24
1. Charakterisierung autonomer Entscheidungen	24
2. Auseinanderfallen von autonomen Entschei- dungen in den Betrieben und den Zielen der obersten Zielträger in der Planwirtschaft .	26

3. Methoden zur Herstellung der Konformität von zentralen Planzielen und autonomen betrieblichen Entscheidungen	27
a) Schulung	27
b) Administrative Maßnahmen	28
c) Ökonomische Lenkungsinstrumente	29

II. Kapitel

Praktische Gestaltung autonomer Entscheidungen betrieblicher Leitungsorgane in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten	31
--	----

I. Voraussetzungen und Rahmen autonomer Entscheidungen	31
--	----

1. Die Geldrechnung als Voraussetzung autonomer Entscheidungen	31
--	----

a) Das Geld in der Sicht der Ideologen	32
--	----

b) Das Geld als tertium comparationis	34
---	----

aa) Die Notwendigkeit eines allgemeinen Vergleichsmaßstabes	34
---	----

bb) Preisbezeichnung (Preisfixierung) mit Hilfe des Geldes	37
--	----

2. Der Begriff der "operativen Selbständigkeit" zur Kennzeichnung des Entscheidungsspielraumes	40
--	----

a) Begriff der "operativen Selbständigkeit"	40
---	----

b) Mobilisierung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung auf der Grundlage "operativer Selbständigkeit"	42
--	----

c) Das Instrumentarium zur Förderung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung	45
---	----

aa) Das Chosrastschot-Prinzip	45
---	----

bb) Materielle Stimuli	48
----------------------------------	----

(1) Darstellung	49
---------------------------	----

(2) Problematik des materiellen Anreizsystems	53
---	----

(3) Verbesserungsvorschläge	55
---------------------------------------	----

3. Die Eingrenzung des Entscheidungsbereiches der Betriebsleiter durch das finanzielle Kontrollsystem	57
a) Bedingungen finanzieller Kontrollen	57
aa) Finanzielle Kontrollen auf der Basis finanzieller Planung	57
bb) Kontrolle des gesamten finanziellen Bereichs eines Betriebes	58
cc) Die Funktionsfähigkeit finanzieller Kontrollen	60
(1) Effizienz finanzieller Kontrollen	60
(2) Nichtbeeinflussung der Triebkräfte	61
b) Darstellung einzelner finanzieller Kontrollmaßnahmen	61
aa) Kontrollfunktion des Banksystems	61
(1) Kontrolle der laufenden Finanztransaktionen	62
(2) Kontrolle aufgrund der Ausstattung der Betriebe mit Eigen- und Fremdmitteln	64
bb) Kontrollfunktion des Steuersystems	66
(1) Umsatzsteuer	67
(2) Gewinnabführung	68
c) Beurteilung des finanziellen Kontrollsystems in der Planungspraxis	70
II. Die Effizienz autonomer Entscheidungen in der Betriebssphäre	72
1. Vorbemerkung: Differenzierung der Breite des Entscheidungsspielraumes der Betriebe	72
a) Differenzierung nach der Bedeutung der Betriebe für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans	72
b) Die Organisation der Leitung in Staatsbetrieben	73

2. Die Entscheidungsmöglichkeiten in den einzelnen Funktionsbereichen	76
a) Autonome Entscheidungen im Produktionssektor	77
aa) Möglichkeiten autonomer Entscheidungen im Bereich der Produktionsplanung	77
(1) Einflüsse auf den überbetrieblichen Plan	78
(2) Einflüsse auf den Betriebsplan	79
bb) Autonome Entscheidungen bei der Plandurchführung	80
b) Autonome Entscheidungen beim Absatz betrieblicher Produkte	81
aa) Die Absatztätigkeit gänzlich zentralisierter Betriebe	82
bb) Autonome Entscheidungen im Rahmen des "allgemeinen Vertragssystems"	83
c) Autonome Entscheidungen bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Einsatzstoffen	86
d) Autonome Entscheidungen bei der Beschaffung von Investitionsgütern	87
aa) Planmäßige Großinvestitionen	87
bb) Außerlimitvorhaben	91

III. Kapitel

Erweiterung des betrieblichen Entscheidungsspielraumes zum Zweck ökonomisch rationeller Gestaltung des planwirtschaftlichen Systems	94
I. Die angewandten Erfolgsindikatoren und ihre Widersprüchlichkeit	94
II. Bedingungen für eine sinnvolle Erweiterung des Entscheidungsbereiches betrieblicher Leitungsorgane	97
1. Ausrichtung der autonomen Entscheidungen an einem allgemeinen Rationale	97

a) Begriff und Inhalt des allgemeinen Rationalen	97
b) Grundlagen für die Bestimmung des allgemeinen Rationalen	98
2. Finanzielle Bedingungen des Systems	99
a) Notwendigkeit eines Preissystems	100
b) Probleme bei der Herstellung eines rationalen Preissystems	102
aa) Bedingungen für die Rationalität des erforderlichen Preissystems	102
(1) Herstellung eines Festpreissystems	102
(2) Berücksichtigung der Schwerpunktwirtschaft bei der Fixierung der Preise	103
(3) Ausrichtung der Preisrelationen nach den relativen Knappheiten	106
bb) Probleme bei der Findung von Knappheitsrelationen und deren Konkretisierung in einem Preissystem	110
(1) Anwendung mathematischer Verfahren	111
(2) Vorübergehende Freigabe der Preise	113
(3) Preisbestimmung mittels einer Art "trial and error"-Methode	113
III. Nebeneinander von Naturalplan und mit Hilfe der "trial and error"-Methode gefundenen Preisen	116
1. Die Problematik ausschließlich finanzieller Lenkung in einer Planwirtschaft	116
2. Die Vereinbarkeit von naturaler und finanzieller Lenkung des Wirtschaftsprozesses	117
3. Abstimmung eines richtungweisenden Naturalplans mit einem entsprechenden rationalen Preissystem	119



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555204_0065

Einführung

I. Begriffliches

1. Planwirtschaftlich ausgerichtete Staaten

Der Begriff "planwirtschaftlich ausgerichtete Staaten" stellt ab auf eine Wirtschaft, die von einer zentralen Stelle, die im Regelfall mit der politischen Zentrale solcher Staaten identisch ist, geplant und geleitet wird. Es ist nicht beabsichtigt, die Untersuchung auf eine "Zentralverwaltungswirtschaft" modelltheoretischer Art, wie sie etwa von Eucken¹⁾ entwickelt wurde, auszurichten. Vielmehr stellen Planwirtschaften sowjetischen Typs, wie sie in der Praxis realisiert sind, Gegenstand der Erörterung dar. Neben der sowjetischen Wirtschaft, die als Planwirtschaft nach dem heutigen Stand im Vergleich zu anderen praktizierten Plansystemen am meisten ausgeprägt ist, wird vor allem auch auf das Wirtschaftssystem Mitteldeutschlands Bezug genommen. Die getreue Nachbildung²⁾ des mitteldeutschen Wirtschaftssystems nach dem sowjetischen Modell erlaubt es, den Ort der Betrachtung in beliebiger Weise zu wechseln.

2. Betrieb - Unternehmen

In einem marktwirtschaftlichen System stellt der Betrieb eine Einzelwirtschaft, einen Wirtschaftsorganismus dar mit dem Zweck der Bereitstellung von Sach- und Dienstleistungen, während das Unternehmen "das Rechtskleid für einen oder mehrere Betriebe"³⁾ bezeichnet.

1) Vgl. Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952, S. 61 ff.

2) Vgl. Thalheim, Karl C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Jahn, Georg und Bissing, W. M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961, S. 267

3) Vgl. Schnettler, Albert, Öffentliche Betriebe, Essen 1956, S. 16 f.

Diese begriffliche Unterscheidung erübrigt sich für das System einer Planwirtschaft sowjetischen Typs. Die Ordnung des planwirtschaftlichen Systems "beruht auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln und am Grund und Boden";¹⁾ so daß die Einzelwirtschaften, abgesehen von unbedeutenden Rechten keine eigene rechtliche Selbständigkeit besitzen.

Das vermag allerdings nichts an der wirtschaftlichen Einheit der Einzelwirtschaften zu ändern, da die Kombination der Leistungsfaktoren notwendig eine solche Einheit herstellt bzw. voraussetzt. Aus diesem Grunde trifft der Begriff "Betrieb" das Wesen dieser Einzelwirtschaften. "Betrieb kann als örtliche, technische und organisatorische Einheit verstanden werden."²⁾

Analog zu dieser Terminologie sollen die Leiter der Einzelwirtschaften als Betriebsleiter bezeichnet werden. Die Begriffe Unternehmen bzw. Unternehmer sind systembezogen und können nur in einer freien Marktwirtschaft Verwendung finden.³⁾

II. Problemstellung

Es ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, zur Klärung der Frage nach dem Ausmaß und der Bedeutung autonomer Entscheidungen der Leiter der Betriebe in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten beizutragen und darüberhinaus zu versuchen, praktische Möglichkeiten zur Erweiterung des Entscheidungsbereiches aufzuzeigen, um so auf dem Wege über eine Steigerung der Leistungskraft der Betriebe die zentralen staat-

1) Bissing, Wilhelm Moritz Frhr. v., Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft, in: Jahn, Georg und Bissing, W. M. Frhr. v., a.a.O., S. 4

2) Ahrens, Heinz, Die Bedeutung der Betriebsgröße für Kosten und Ertrag - unter besonderer Berücksichtigung der Mittelbetriebe -, Diss. Münster 1961, S. 2

3) Vgl. dazu Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, 5. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960, S. 351. Ähnlich Förster, Wolfgang, IV, Leitungsbefugnisse im Sowjetbetrieb, in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jahrgang, 1960, S. 2 f.

lichen Produktionsziele plangerechter erfüllen zu können.

Zunächst erscheint es widerspruchsvoll, von autonomen Entscheidungen in einer zentral geplanten und geleiteten Wirtschaft zu sprechen, da sich vom Begrifflichen her beide Tatbestände ausschließen. So bedeuten autonome Entscheidungen in der Terminologie der Staaten mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung die grundsätzlich freie Entscheidungsmöglichkeit der Unternehmer über ihre Produktionsziele, also über das "was", "wo" und "wie" der Produktion. Im Vordergrund steht das Prinzip der Gewinnmaximierung als allgemeine Maxime, an der die Unternehmer ihre Entscheidungen orientieren. - In der zentralen Planwirtschaft dagegen dominiert der Wille der obersten Planungs- und Lenkungsinstanz, der sich im sog. Volkswirtschaftsplan konkretisiert und der von den in der Hierarchie nachfolgenden Planungsinstanzen durch zahlreiche Unterpläne vervollständigt wird und schließlich von den Betrieben realisiert werden soll.

Wenn trotzdem in dieser Untersuchung von autonomen betrieblichen Entscheidungen in Planwirtschaften gesprochen wird, so soll das darauf hindeuten, daß auch in Planwirtschaften trotz strenger Bindung der Einzelwirtschaften bzw. Betriebe an den zentralen Plan Elemente freier Entscheidungen in gewisser Weise und gewissem Ausmaß vorhanden sind und nach den Vorstellungen der zentralen Planungsinstanz auch vorhanden sein sollen.¹⁾ Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß sämtliche autonomen Entscheidungen im Rahmen des Volkswirtschaftsplans erfolgen, d. h. nicht im Gegensatz zu den Planzielen stehen sollen.

Die sog. Dezentralisierungsbestrebungen, die im Jahre 1957 in der Sowjetunion einsetzten²⁾ und bald auch auf die

¹⁾ Vgl. Tatur, S. K., Wirtschaftliche Rechnungsführung und Rentabilität des Betriebes (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1953, S. 54

²⁾ Vgl. Boettcher, Erik, I, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, Tübingen 1959, S. 109

Satellitenstaaten übergriffen, geben sehr deutlich den Beweis, daß autonome Entscheidungen dort, wo eine strenge Planbindung der Einzelwirtschaften nicht möglich oder unzureichend erscheint, sogar von zentraler Stelle gewünscht werden. Der damit verbundene Einsatz von Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Individuen kann jedoch nur dann geduldet werden, wenn er im Dienste der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans steht. Damit ergibt sich in eindeutiger Weise, daß die Dezentralisierungstendenzen nicht den Sinn einer Lockerung der strengen Planbindungen haben konnten, im Gegenteil galt eine bessere Planerfüllung als das einzige Ziel dieser Maßnahmen.

Insofern ist es also nur berechtigt, von relativ freien Entscheidungen der Leiter der Betriebe innerhalb der zentral festgelegten Daten zu sprechen. Die wichtigsten Produktionsziele sind durch die zentrale Planungsinstanz vorgegeben, die die Entscheidungen über das "was" und "wo" der Produktion weitgehend fällt. Den Leitern der Betriebe bleibt damit nur die Entscheidung über das "wie" der Produktion, soweit im Plan selbst in den wichtigsten Fällen nicht auch hier schon die Entscheidung getroffen ist. Wenn also von autonomen Entscheidungen gesprochen wird, bezieht sich die Freiheit in der Entscheidung nicht auf die Festlegung des Zieles (die eigentliche Politik), sondern lediglich auf die Gestaltung der günstigsten Mittelkombination zur Erreichung der Ziele.

Möglichkeiten und Ausmaß autonomer Entscheidungen sind in der Praxis planwirtschaftlicher Staaten jedoch nicht in allen Betrieben gleich, sondern hängen ab vom Grad der Bindung der Betriebe an den Plan. Je bedeutsamer die Stellung der Betriebe unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung des zentralen Plans erscheint, um so weitreichender ersetzen die Planungsinstanzen ein autonomes Handeln der Betriebe durch direkte Anweisungen.

Unterteilt man wie Oertel sämtliche Tätigkeiten der Betriebe in "bürokratische" Elemente, unter denen er direkte

Anweisungen der Planungsinstanzen an die Betriebe versteht, und "katalaktische" Elemente, die er "als jede faktische Tätigkeit ökonomischer Kräfte bezeichnet ...", die unter den bürokratisch gesetzten Daten autonom sind,"¹⁾ so werden die Betriebe je nach Strenge der Planbindung in der Kombination bürokratischer und katalaktischer Elemente unterschiedlich strukturiert sein. Dem Vorrang der Betriebe industrieller Produktion gegenüber denen der Konsumgüterproduktion entsprechend werden letztere im Vergleich zu ersteren einen größeren Bereich katalaktischer Elemente aufweisen. Der Grund ist darin zu suchen, daß autonomen Entscheidungen die größte Bedeutung dort zukommt, wo sie für die Erfüllung zentraler Planziele nur eine sekundäre Stellung besitzen.

Hier sollen alle Möglichkeiten und Bedeutung sog. katalaktischer Elemente als autonome Entscheidungen innerhalb des Plansystems herausgestellt und der Versuch gemacht werden, diese in möglichst ökonomischer Weise im Sinne der Erfüllung zentraler Planziele dienstbar zu machen.

III. Gang der Untersuchung

Im theoretischen Modell eines planwirtschaftlichen Systems stellen autonome Entscheidungen im betrieblichen Bereich eine Ausnahme dar, da das Handeln der Leitungsorgane der Betriebe lediglich in der Ausführung überbetrieblicher Anordnungen bestehen soll. Daß in der Praxis die Betriebe neben ihrer planausführenden Tätigkeit auch Träger autonomer Entscheidungen sind, liegt darin begründet, daß die praktische Durchbildung eines Planungssystems auch unter Zuhilfenahme aller denkbaren technischen Mittel niemals so vollkommen sein kann, daß auf individuelle Dispositionen verzichtet werden könnte. Diese Problematik ist Gegenstand des I. Kapitels der sich in drei Kapitel gliedernden Untersuchung.

¹⁾ Oertel, Roland, Das System der Sowjetwirtschaft, in: Schriften des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft an der Hochschule für Sozialwissenschaften, Wilhelms-haven-Rüstersiel, Berlin 1957, Heft 1, S. 157 f.

Zunächst scheint eine Charakterisierung des zentralen Planungssystems sowjetischen Typs erforderlich, da der Umfang der zentralen Planung das Ausmaß der Entscheidungsmöglichkeiten der Betriebsleiter bestimmt. Daraus resultiert die Problematik der Ausrichtung der autonomen Einzelwillen auf die durch den zentralen Zielträger fixierten wirtschaftlichen Ziele. Die Lösung dieses Problems stellt gleichzeitig ein Urteil über die Brauchbarkeit eines zentralen planwirtschaftlichen Wirtschaftssystems in ökonomischer Sicht dar.

Im II. Kapitel soll versucht werden, das effektive Ausmaß und die Bedeutung autonomer betrieblicher Entscheidungen in der heutigen Praxis planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten festzustellen. In Erkenntnis der Notwendigkeit individueller Entscheidungen hat man auf der Grundlage der Geldrechnung die sog. "operative Selbständigkeit" als Entscheidungsspielraum betrieblicher Leitungsorgane legalisiert, die jedoch andererseits durch ein verästeltes Kontrollsystem in Schranken gehalten wird. Die in diesem Rahmen möglichen betrieblichen Entscheidungen haben somit den Charakter relativer Autonomie. Eine detaillierte Untersuchung erfolgt für die wichtigsten betrieblichen Funktionsbereiche.

Da die praktizierte Lösung der Antinomie von zentraler Planung und autonomen betrieblichen Entscheidungen höchst unbefriedigend erscheint, weil die Abstimmung zwischen zentralen Zielen und individuellem Wollen der Betriebsleiter nicht ökonomisch rational vor sich geht, sollen im III. Kapitel Vorschläge erörtert werden, die eine Beseitigung dieser Nachteile beabsichtigen. Unter der Voraussetzung der Beibehaltung der zentralen wirtschaftlichen Ziele kann eine Lösung nur in einer Erweiterung des betrieblichen Entscheidungsspielraumes gesucht werden, wobei die Orientierung der Individuen zwecks ökonomisch optimaler Erfüllung zentraler Ziele an einem von der Planungszentrale fixierten Preissystem erfolgen muß, das die Knappheitsverhältnisse aller vorhandenen wirtschaftlichen Potenzen realistisch wiedergibt. Eine Abstimmung autonomer Entscheidungen auf einen naturalen Zentralplan erscheint durchaus möglich.

I. Kapitel

Autonome Entscheidungen im betrieblichen Bereich in Ergänzung des zentralen Planungssystems planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten

I. Die Grundzüge des zentralen Planungssystems

1. Die Zielsetzungen der zentralen Planungsinstanz

Wie in Marktwirtschaften eine Vielzahl von Unternehmern mit freier Entscheidungsbefugnis Träger der wirtschaftlichen Ziele ist, so tritt in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten der Wille einer zentralen Instanz an die Stelle der Unternehmer. In den Ostblockstaaten wird diese Instanz durch die Spitzengremien des Staates und der Partei repräsentiert. Daraus folgt die Einheitlichkeit von politischer und wirtschaftlicher Willensbildung, die auf der Identität politischer und wirtschaftlicher Zielträger beruht.

Somit sind die Zielträger, die in Ländern mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung auf betrieblicher Ebene operieren, auf eine überbetriebliche Ebene verlagert. Die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ziele geschieht letztlich auch nicht auf die Bedarfe der Konsumenten, sondern orientiert sich an der "politischen Notwendigkeit".

Somit erklärt sich weitgehend die Politisierung der Ökonomie in den kommunistisch regierten Ländern. Stalin¹⁾ formuliert die wirtschaftliche Zielsetzung als "ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus", als "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch

¹⁾ Stalin, J., Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1958, S. 41

ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."

Eine Interpretation dieses Gesetzes läßt sich auf die Aussage beschränken, daß "der staatliche Bedarf dem individuellen vor [geht], und nur soweit dieser gedeckt ist, kommt es zu einer Befriedigung des Bedarfs der einzelnen Individuen."¹⁾

Auf der Grundlage des genannten Gesetzes wirkt sich nach Auffassung der Ideologen das "Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft"²⁾ aus, das, "auf eine kurze Formel gebracht, besagt ..., daß die langfristige Entwicklung der zentralgeleiteten Wirtschaft nach einem rationalen Plan verläuft, der optimale Ergebnisse erbringt."³⁾ Solche und ähnliche Beiträge der Ideologen, denen der Charakter objektiv, unabhängig vom Willen der Menschen wirkender Gesetze zugelegt wird⁴⁾, sind jedoch in ihrer Formulierung so allgemein gehalten, daß sie für die Fixierung und Detaillierung der zentralen Planziele kaum Bedeutung erlangen.

In der Präferenzskala der zielsetzenden Zentrale hat die langfristige Maximierung des Wachstums der Volkswirtschaft zum Zwecke der Sicherung der politischen Stabilität des Staates nach innen und außen das größte Gewicht. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer verstärkten Forcierung der Investitionsgüterindustrien und zwar vornehmlich der

1) Bissing, Wilhelm Moritz Frhr. v., a.a.O., S. 13

2) Stalin, J., a.a.O., S. 42; Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1960, S. 536; Ultsch, Henry und Vater, Wolfgang und Schmidt, Erdmann, Organisation und Planung der volkseigenen örtlichen Industrie, Berlin 1957, S. 30 ff.

3) Klocke, Helmut, Das System der zentralen Verwaltungswirtschaft in der Sowjetunion, in: Jahn-Bissing, a.a.O., S. 165

4) Sozialistische Systeme erfordern jedoch derartig markant formulierte Aussagen, um ihren ökonomisch-politischen Zielen einen ideologischen Unterbau zu geben. Vgl. Stalin, J., a.a.O., S. 3

niederer Ordnung zur "Schaffung maximaler Varietät der Möglichkeiten."¹⁾

So haben sich in der Sowjetunion Schwerpunkte herausgebildet. "Führende Industriezweige in diesem Sinne waren die meiste Zeit Hüttenindustrie und Maschinenbau, dazu im 2. Fünfjahresplan das Transportwesen, im 3. die chemische Industrie, im 4. anscheinend das Bauwesen."²⁾

Allgemein läßt sich sagen, daß die bedeutsamsten wirtschaftlichen Ziele auch im Hinblick auf ihr quantitatives Ausmaß im Bereich des Investitionsgütersektors liegen. In der Erfüllung dieser Ziele sieht der Staat die Maximierung seines wirtschaftlichen Nutzens. Daher werden die Konsumgüterindustrien und die ihnen vorgelagerten Industrien im Rahmen der Fixierung der zentralen Planziele nur sekundäre Bedeutung haben und im allgemeinen nur insoweit gefördert werden, als sie im Dienste der primären Ziele stehen. Insgesamt kann gesagt werden, daß nicht mehr die gerechtere Verteilung, der Punkt, an dem die sozialistische Kritik am kapitalistischen System einsetzte, das Hauptanliegen der sowjetischen Wirtschaftsplanung darstellt, sondern die Produktion.³⁾

2. Das naturale Planungssystem

a) Der Primat der naturalen gegenüber der finanziellen Planung

Im sog. Volkswirtschaftsplan sind die wirtschaftlichen Ziele, die es durch die einzelnen Wirtschaftseinheiten zu

¹⁾ Oertel, Roland, a.a.O., S. 111

²⁾ Schwartz, Harry, Russia's Soviet Economy, New York 1950, S. 168 und Joffe, Ja., Die Planung der Industrieproduktion (Übersetzung), 4. Beiheft zu "Sowjetwissenschaft", Berlin 1949, S. 54 f., 45 ff., zitiert bei: Hirsch, Hans, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel und Tübingen 1957, S. 3

³⁾ Vgl. Berkenkopf, G., Die Finanzierung der russischen Planwirtschaft, Rostock 1932, S. 19

realisieren gilt, durch die zentrale Planungsinstanz für die gesamte Volkswirtschaft festgelegt. Begrifflich stellt dieser Plan nicht nur eine Vorschau im Sinne einer Prognose dar, sondern hat die Eigenschaft verbindlicher Direktiven an die Planausführenden.¹⁾ Die allgemeine Verbindlichkeit des Planes findet ihre rechtliche Grundlage im Eigentum des Staates an den Produktionsmitteln.²⁾

Zur Durchführung der in diesem Plan fixierten Ziele wird die Aufgliederung der einzelnen Planaufgaben auf die Betriebe notwendig. In diesen Planaufgaben ist die Bindung der einzelnen, von den Betrieben selbst aufzustellenden Betriebspläne an den Volkswirtschaftsplan zu erblicken. Somit ist die Einheitlichkeit zwischen Volkswirtschaftsplan und einzelnen Betriebsplänen gewahrt. Letztere stellen einen Teil des Volkswirtschaftsplanes dar.

Die in einer zentralen Planwirtschaft sich zunächst anbietende Planungsmethode ist die naturale, güterwirtschaftliche Planung, da nur sie in der Lage ist, exakt zu bestimmen, "was zuerst produziert werden soll und was zurückgestellt werden kann."³⁾

Sie ist als eine Methode "mit dem Primat einer technisch vorgedachten und durchkonstruierten Mengenplanung"⁴⁾ anzusehen und stellt theoretisch das beste Mittel dar, den Betrieben die zentralen Planziele zwecks Realisierung in

-
- 1) Der Volkswirtschaftsplan ist insoweit vergleichbar dem Haushaltsplan der öffentlichen Hand, wie er auch in Ländern mit freier Marktwirtschaft praktiziert wird.
 - 2) Vgl. Bissing, Wilhelm Moritz Frhr. v., a.a.O., S. 1
 - 3) Bosch, Werner, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Heidelberg 1960, S. 51
 - 4) Boettcher, Erik, I, a.a.O., S. 8 f. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob man wie Hensel den Tatbestand so extrem ausdrücken kann, daß eine rein naturalwirtschaftliche Planung grundsätzlich praktisch möglich ist. Die Problematik wird auf S. 19 ff. dieser Untersuchung zur Sprache kommen. Vgl. dazu Hensel, K. Paul, II, Finanzplanung (DDR), in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, Stuttgart 1958, Spalte 1925

sicherer und eindeutiger Weise zugänglich zu machen. Die naturale Planung steht daher im Mittelpunkt der Planungspraxis.

Die finanzielle Planung als die im weitesten Sinne gesamte Geldwirtschaft planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten hat nach der offiziellen ökonomischen Lehre dieser Staaten nur zweitrangige Bedeutung und soll vor allem als Kontrollmittel zur Sicherung der Mengenplanung dienen.¹⁾ Diese Aussage sei hier zunächst ohne weitere Stellungnahme getroffen. Im Verlauf der Untersuchung wird auf die effektive Bedeutung und Funktion der finanziellen Planung näher eingegangen.

b) Der Aufbau der Planungsorganisation

Entsprechend den zentralen planwirtschaftlichen Zielsetzungen nimmt die Planung im überbetrieblichen Bereich auf der Ebene der Ziel- bzw. obersten Planträger ihren Ausgangspunkt. "Schon die Erstentscheidungen (im überbetrieblichen Bereich) enthalten Betriebsplanungen, insoweit sie letztlich auf Betriebe gerichtet sind."²⁾ Daher geht die Betriebsplanung als Planung über Betriebe hier weit über den betrieblichen Bereich hinaus. Es scheint für die zugrunde liegende Fragestellung erforderlich, auch die Planung im überbetrieblichen Bereich als sog. Volkswirtschaftsplanung, die der Betriebsplanung im engeren Sinne Möglichkeiten und Grenzen setzt, kurz darzustellen.

aa) Die überbetriebliche Planung

Für autonome Entscheidungen, die auf der Ebene der Betriebe gefällt werden, muß in jedem Falle schon im überbetrieb-

¹⁾ Vgl. Politische Ökonomie, a.a.O., S. 597 ff.

²⁾ Heuer, Hellmut, II, Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes, Berlin 1958, S. 65

lichen Bereich Raum gelassen werden, da eine konsequent durchgeführte Mengenplanung alle Entscheidungen auf der Betriebsebene vorwegnimmt und diese zu bloßen planausführenden Organisationseinheiten macht. Insofern ist also auch das Treffen autonomer Entscheidungen auf Betriebsebene schon auf höchster Ebene "geplant", d. h. von den obersten Planträgern gewollt.

Grundsätzlich stellt die Planung eine Produktionsplanung dar, die in erster Linie auf das abstellt, was von den Betrieben produziert werden soll. Der Absatzplan hat z. B. sekundäre Bedeutung und ist dem Produktionsplan - entgegen der Rangfolge in marktwirtschaftlichen Systemen - untergeordnet.¹⁾ Die Planung der Produktion erfolgt jedoch nicht in der Weise, daß sämtliche zu erstellenden Güter genau mengenmäßig vorgegeben werden. Das würde die Potenz des größten und vollkommensten Planungsapparates übersteigen, da die ständig wachsende Zahl der in einer Volkswirtschaft zu produzierenden Güter sich quantitativ auch mit den modernsten Verfahren nur unvollständig in der für Planungszwecke erforderlichlich kurzen Zeit erfassen und planen läßt.

Aus diesem Grunde ist man in der Planungspraxis der Oststaaten dazu übergegangen, die zu erstellenden Produkte im Hinblick auf ihre Bedeutung für die zielsetzende Instanz zu differenzieren und die Mengenplanung für die im Sinne der Planziele wichtigen Güter anzuwenden. Die Mengenplanung selbst kann hier wiederum für einzelne Güterkategorien entsprechend deren Bedeutung in mehr oder minder reiner Form gestaltet werden. Praktiziert werden also Pläne, die entweder die Produktionsziele nach Art, Menge, Qualität etc. genau festlegen oder diese näheren Bestimmungen zum Teil fehlen lassen, indem z.B. die Produktion einzelner Produktarten nur nach Art und Menge vorgeschrieben wird.

¹⁾ Vgl. Heuer, Hellmut, a.a.O., S. 36.

In Unterplänen erfolgt dann eine weitere Bestimmung der in einem Betrieb zu beschäftigenden Arbeiter und Angestellten, der Maschinen und der Umlaufmittel, die zur Planverwirklichung erforderlich sind. Ohne in diesem Zusammenhang auf Besonderheiten eingehen zu wollen, soll der Ablauf der Mengenplanung kurz geschildert werden.

Der Planungsmechanismus in der Sowjetunion dient als repräsentatives Modell für die Wirtschaftsplanung in den Oststaaten. Die Planung erstreckt sich auf die überbetriebliche (Volkswirtschaftsplanung) und betriebliche Ebene (Betriebsplanung), wobei die Betriebsplanung auf der Grundlage der den einzelnen Betrieben aus der überbetrieblichen Planung zugeleiteten Planaufgaben entsteht.

Neben den Siebenjahresplänen als Perspektivplänen werden Jahrespläne als die wichtigsten überbetrieblichen Pläne aufgestellt. Während der Siebenjahresplan in groben Umrissen die geplante wirtschaftliche Entwicklung andeutet und primär als Richtschnur dient, zeigt sich bei den Jahresplänen die Verbindlichkeit der Planung im Sinne einer zwingenden Direktive in weit höherem Maße. An Hand der Jahrespläne soll hier die Planungsorganisation und der Planungsablauf demonstriert werden.

Ausgehend von den zentralen wirtschaftlichen Zielen, die im wesentlichen schon im Siebenjahresplan fixiert sind, leiten die Spitze der kommunistischen Partei und der Ministerrat der UdSSR diese dem Plankomitee (Gosplan¹⁾) als oberster Planungsinstanz zu.²⁾ Dieser Zentrale obliegt die Aufgabe, an Hand der vorgegebenen Ziele und der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft, über die sie sich aufgrund der bereits abgelaufenen Pläne und der laufenden

1) "Gos" = Abkürzung von gosudarstvennyj = staatlich

2) Vgl. Dosch, Hilmar, Die Investitionsplanung in der Wirtschaft sowjetischen Typs, Diss. Münster 1959, S. 19

Meldungen orientiert, einen vorläufigen Planentwurf aufzustellen. Zu diesem Zweck gilt es, zunächst "einen weit bis ins einzelne gehenden Überblick über die Produktivkräfte des Landes zu gewinnen, über Bodenarten, Rohstoffe, Energiequellen, über klimatische und Verkehrsverhältnisse, über das Bevölkerungs- und Arbeitskräftepotential und deren Produktivität, und zwar im Hinblick auf den Ausgangszustand als auch auf die dynamischen Entwicklungsmöglichkeiten." ¹⁾

Der sich aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Daten und zentralen Ziele ergebende Planentwurf schlägt sich in der volkswirtschaftlichen Bilanz nieder. Diese stimmt die Ziele und die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten aufeinander ab. "Tatsächlich handelt es sich um nichts weiter als eine Gegenüberstellung der erzeugbaren Mengen jedes Gutes einerseits, der Bedarfsposten andererseits." ²⁾

Die zentrale Planungsinstanz leitet jedoch die Betriebspläne den Betrieben nicht unmittelbar zu. ³⁾ Die Wirtschaftstätigkeit ist zu vielfältig, um eine direkte Beziehung zwischen der obersten Planzentrale und den Betrieben herzustellen. Es erscheint daher erforderlich, eine Planungshierarchie zwischen der Planzentrale und den Betrieben einzuschalten.

Diese Planungshierarchie ⁴⁾ ist für die einzelnen Wirtschaftszweige je nach ihrer Bedeutung für die zielsetzenden Organe unterschiedlich straff organisiert. So haben einige wichtige Wirtschaftszweige, die in besonderer Weise einer zentralisierten Planung bedürfen, bis heute die

¹⁾ Klocke, Helmut, a.a.O., S. 159; vgl. weiter: Oertel, Roland, a.a.O., S. 117 ff.

²⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 7

³⁾ Vgl. Heuer, Hellmut, I, Die "volkseigenen Industriebetriebe" der Sowjetzone und ihre Mitwirkung bei der Wirtschaftsplanung, in: ZfB 1958, S. 98

⁴⁾ Vgl. Dosch, Hilmar, a.a.O., S. 20 f.; ebenso Hirsch, Hans, a.a.O., S. IX

vor der großen Umorganisation allgemein gültige Planungsorganisation beibehalten. Dem Gosplan unterstehen hier direkt die Fachministerien der einzelnen Wirtschaftszweige als sog. Allunionsministerien. Diesen folgen in der Hierarchie die Unionsrepublikanischen Ministerien, die ihrerseits den zentralgeleiteten Betrieben vorstehen.

Durch die Dezentralisierungsmaßnahmen im Mai 1957 wurde für den größten Teil der Wirtschaft die branchenmäßige Gliederung nach Ministerien aufgegeben und durch eine räumliche in 105 Wirtschaftsverwaltungsbezirke ersetzt.¹⁾ An der Spitze eines jeden Wirtschaftsverwaltungsbezirks stehen die Volkswirtschaftsräte (Sownarchosy) mit den ihnen angegliederten Verwaltungen, die einen Spezialisationsgrad ähnlich den nach Branchen aufgegliederten Fachministerien vor 1957 aufweisen. Die direkt geplanten Betriebe sind den Volkswirtschaftsräten über die Instanz der Hauptverwaltungen unterstellt.²⁾ Die Verbindung zwischen den Volkswirtschaftsräten und den übrigen Betrieben wird hergestellt durch die Planungsinstanzen der Rayon- Gebiete und der Städte.³⁾

Der Planungsablauf erfolgt in der Weise, daß der Planentwurf des zentralen Plankomitees als Grobplan die Planungshierarchie abwärts zu den Betrieben wandert, wobei auf den einzelnen Planungsstufen eine weitere Konkretisierung des Planentwurfs unter Berücksichtigung der Planabstimmung

-
- 1) Die Zahl der Wirtschaftsverwaltungsbezirke ist inzwischen reduziert worden, vgl. Klocke, Helmut, a.a.O., S. 180
 - 2) Vgl. Schulz, Eberhard, Reform der Wirtschaftslenkung in der UdSSR, in: Osteuropa-Wirtschaft 1957, S. 8. Dosch, Hilmar, a.a.O., S. 9
 - 3) Vgl. die entsprechende Planungshierarchie der Sowjetzone, Arnold, H., Borchert, H., Schmidt, J., I, Ökonomik der sozialistischen Industrie, Lehrbuch, Berlin 1957, S. 93 ff.; Heuer, Hellmut, I, a.a.O., S. 103 f. und Morgenthal, Josef, Der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, Berlin 1959, S. 18 ff.

zwischen den einzelnen Planungsinstanzen der gleichen Ebene erfolgt.¹⁾

Als Hilfsmittel der Planabstimmung dienen die sog. Normen, wirtschaftlich technische Kennziffern, ohne die eine naturale Planung nicht möglich ist.

In der darauf folgenden sog. Gegenplanung stellen die einzelnen Betriebe auf der Grundlage der ihnen zugeleiteten Planziffern des zentralen Planentwurfs selbständig einen Betriebsplan auf. Die mit den vorhandenen Kapazitäten, Arbeitskräften etc. abgestimmten Betriebspläne werden "dann die Hierarchie aufwärts zurückgereicht, wobei nun auf jeder Stufe die geänderten Daten neu miteinander abgestimmt werden. Aufgrund dieses so fortentwickelten Planentwurfs stellt dann der Gosplan nach Vollzug einer letzten Koordination den endgültigen Plan auf. Derselbe wird von der Regierung (Ministerrat) ratifiziert, erhält damit Gesetzeskraft und geht so als gesetzliche Planaufgabe wiederum den Weg der Verwaltungshierarchie abwärts zu den einzelnen Unternehmungen."²⁾ Die so an die Betriebe übermittelten Planauflagen sind im Sinne einer strengen Planbindung verpflichtend.

bb) Die Planung auf betrieblicher Ebene

Auf der Grundlage der endgültigen überbetrieblichen Planung stellt der einzelne Betrieb seinen Betriebsplan auf. Je nach dem Spielraum, den die überbetrieblichen Planungsorgane den Betrieben lassen, kann sich eine mehr oder weniger eigenständige Planung auf Betriebsebene entwickeln. In den zentral geleiteten Betrieben, die für die Erfüllung der zentralen wirtschaftlichen Ziele von größter Bedeutung

¹⁾ Vgl. Baykov, Alexander, The Development of the Soviet Economic System, An Essay on the Experience of Planning in the USSR, Cambridge 1950, S. 444 ff.

²⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 20

sind, wird die Betriebsplanung sich darin erschöpfen, die bereits detaillierten Planaufgaben weiter in zeitlicher, sachlicher und evtl. räumlicher Hinsicht zu konkretisieren und "durch Heranziehung der in den Betrieben vorhandenen Sachkunde"¹⁾ zu verfeinern. In den Betrieben, die ihre Planaufgaben nur in Form einer Pauschale erhalten, wird die Möglichkeit bestehen, weit eher den Produktionsplan durch Planung des Produktionsumfangs des Sortiments, der Qualität der Erzeugnisse etc. zu beeinflussen.²⁾

Wie im Überbetrieblichen Bereich existiert vornehmlich in Großbetrieben auch in der betrieblichen Sphäre eine Planhierarchie, da von der Betriebsleitung allein kaum die umfangreiche Betriebsplanung bewältigt werden kann.³⁾ Die Planaufstellung geschieht in einer der Überbetrieblichen Planung entsprechenden Weise durch einen vorläufigen und endgültigen Plan.⁴⁾ Hierbei wirken auch die Unterabteilungen der zentralen Betriebsverwaltung mit, die nach Sachgebieten aufgegliedert sind, z.B. die Abteilungen für Produktionsvorbereitung, für Investitionen, für Materialversorgung etc.⁵⁾

c) Die Doppelstellung der Betriebsleitung im Planungssystem

Vorstehende Erörterungen zeigen deutlich, daß der gesamte Planungsmechanismus in zwei Planungsbereiche, den Überbe-

1) Vgl. Heuer, Hellmut, II, a.a.O., S. 41

2) Hier wird das eigentliche Problem dieser Arbeit berührt, das jedoch an dieser Stelle die für die weitere Untersuchung notwendige Darstellung des Planungssystems nicht stören soll.

3) Vgl. Wilmut, Adolf, Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 7, Berlin 1958, S. 5

4) Vgl. Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 9

5) Vgl. Thamm, Johannes; Lange, Herbert; Knauth, Erhart, Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes, Berlin, 1952, S. 21 ff.

trieblichen und betrieblichen, zerfällt, trotzdem aber eine innere Geschlossenheit aufweist. Das Bindeglied zwischen beiden Bereichen stellt die zentrale Betriebsleitung dar, die sowohl "die niedrigste Instanz der Planung von Betrieben als Leistungseinheiten der Volkswirtschaft und zugleich die höchste Instanz für die innerbetriebliche Planung"¹⁾ repräsentiert. Die Betriebsleitung hat somit die Möglichkeit, aufgrund ihrer Doppelstellung in beiden Planungsbereichen entsprechend ihrer Kompetenzen planbeeinflussend zu wirken.

Den überbetrieblichen Planungsbereich berührt sie in zweifacher Weise, indem sie zunächst den von der zentralen Planungsinstanz ausgehenden Planentwurf im Hinblick auf die Produktionsmöglichkeiten des eigenen Betriebes prüft und gegebenenfalls damit abgestimmte Gegenvorschläge die überbetriebliche Planungshierarchie aufwärts an die zentrale Planungsinstanz zurückreicht. (Die endgültige Entscheidung über diese Gegenvorschläge liegt dann wiederum bei der zentralen Planungsinstanz.) Andererseits empfängt sie die aus dem zum Gesetz erhobenen Volkswirtschaftsplan hergeleiteten Planaufgaben.

Als höchste Instanz steht die Betriebsleitung im betrieblichen Planungsbereich an der Spitze eines komplizierten Betriebsorganismus. Da bis auf relativ wenige genau spezifizierte Anweisungen die Planaufgaben aus dem überbetrieblichen Planungsbereich in globaler und pauschalierter Form den Betrieben zugehen, besteht die wichtigste Aufgabe der Betriebsleitung in der Aufstellung des Betriebsplanes auf der Grundlage der Planaufgaben. Hier hat die Tätigkeit der Betriebsleitung planausführenden Charakter, soweit sie die Weiterleitung der Planaufgaben an untere betriebliche Instanzen zwecks Durchführung der Produktion beinhaltet. Inwieweit darüberhinaus ein gewisser Spielraum der Betriebsleitung für autonome Entscheidungen besteht, soll Gegenstand des II. Kapitels dieser Ausführungen sein.

¹⁾ Heuer, Hellmut, II, a.a.O., S. 96

3. Grenzen des naturalen Planungssystems

a) Gründe für die Unzulänglichkeit des naturalen Planungssystems

Es stellt sich die Frage, ob das dargestellte Planungssystem den Anspruch erheben kann, alle betrieblichen Tätigkeiten im voraus durch Pläne festlegen zu können.

Theoretisch erscheint zwar die Konkretisierung der Zielvorstellungen der obersten Zielträger mit Hilfe des naturalen Planungssystems so weit möglich, daß die gesamte betriebliche Tätigkeit bis in ihre Details bestimmt ist.¹⁾ Die Planungspraxis zeigt jedoch, daß eine solche Bindung der Betriebe an einen naturalen Plan sich nicht in reiner Form verwirklichen läßt. Das ergibt sich aus folgenden Gründen:

- (1) Die Vielzahl der wirtschaftlichen Daten und Beziehungen macht es unmöglich, "mit Hilfe des naturalen Planungs- und Bilanzierungssystems diejenige vollständige gegenseitige Abstimmung der einzelnen Produktions- und Aufwandsmengen zu erreichen, die erforderlich wäre, wenn man eine vollständige Bindung der Unternehmen erzeugen wollte."²⁾

Der im vorigen Abschnitt in seinen Grundzügen aufgezeigte Planungsaufbau und -ablauf würde einer beträchtlichen Verfeinerung bedürfen, um alle Einzelheiten betrieblicher Tätigkeit vorausbestimmen zu können. Der zu diesem Zweck erforderliche Planungs- und Ver-

¹⁾ Vgl. Hensel, K. Paul, I, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1959, S. 112

²⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 94

waltungsapparat müßte um ein Vielfaches anschwellen¹⁾, um den an ihn zu stellenden Forderungen gerecht zu werden. Das Problem der Koordinierung des Planungs- und Verwaltungsmechanismus wäre aber vom rein technischen Standpunkt aus betrachtet kaum lösbar, ohne hier auf die Fragen der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes eines solchen Verwaltungsapparates einzugehen. Das Prinzip der "Totalität" der naturalen Planung in reiner Form müßte aber die Lösung derartiger Probleme fordern.²⁾

- (2) Die für die Erstellung des Volkswirtschaftsplanes angesetzten Fristen sind im Regelfall zu kurz bemessen³⁾, so daß zu Beginn des Planungszeitabschnitts im allgemeinen den Betrieben ihr Plansoll noch nicht vorliegt. Bis zum Eintreffen des neuen Planes ist somit die geforderte strenge Planbindung der Betriebe unterbrochen.

Die Ursache liegt in der Planungsmethode, die aufgrund des mehrfachen Einsatzes der vielgliedrigen Planungshierarchie zur Erstellung eines Planes ein Übermaß an Zeit in Anspruch nimmt. Es bedeutet auch

¹⁾ Leonhard, Wolfgang, Sowjetökonomien entdecken den Gewinn, in: Die Zeit, Nr. 40, v. 5.10.1962, S. 29: "Niemand anders als Chruschtschow selbst gab bekannt, daß z.B. eine Maschinenfabrik in Rjasan allein von dem übergeordneten zuständigen Ministerium (von anderen Instanzen ganz zu schweigen) pro Jahr 2580 detaillierte Anordnungen erhielt. Der Fabrikdirektor mußte im gleichen Jahr 10.250 Berichte und Schriftstücke an höhere Wirtschaftsorgane senden!"

²⁾ Das von Hensel dargelegte Modell ist der Idealtyp einer Zentralverwaltungswirtschaft. Mit der Voraussetzung einer völlig willenlosen Bürokratie schaltet er die primären Probleme der Planung in einer Zentralverwaltungswirtschaft, die als organisatorische und technische zu bezeichnen sind, aus und muß deshalb zu Ergebnissen kommen, die unrealistisch und daher unbrauchbar sind.

³⁾ Vgl. Heuer, Hellmut, I, a.a.O., S. 108

nicht die Lösung des Problems, daß man mit der Planungsarbeit entsprechend zeitlich früher beginnt, denn die Ergebnisse des laufenden Planes stellen eine der wichtigsten Grundlagen dar, auf denen der folgende Plan aufbauen muß, um einen hohen Grad an Wirklichkeitsnähe zu erreichen. Letzterer Grund spricht sogar für einen möglichst späten zeitlichen Einsatz der Planung für die folgende Planperiode.

Es wäre denkbar, diesen praktischen Schwierigkeiten in der Planungsorganisation mit Hilfe komplizierter Rechenverfahren zu begegnen. Obwohl theoretisch gegen die mathematische Methode keine Einwände bestehen, ist deren Anwendbarkeit jedoch ebenfalls in Frage gestellt, weil die erforderlichen wirtschaftlichen Daten und Beziehungen größtenteils nicht mathematisch exakt determiniert werden können. Die Gründe liegen in der Unsicherheit, die durch die menschliche Unzulänglichkeit bei der Erfassung der wirtschaftlichen Daten und durch den einflußnehmenden technischen Fortschritt bedingt ist. Da aber die Planaufstellung und Plandetaillierung für eine ganze Volkswirtschaft mit Hilfe mathematischer Verfahren äußerst exakte Daten verlangt, hat man in der Praxis die Lösung des Problems vor allem wegen der oben dargestellten Schwierigkeiten nicht in dieser Form verwirklicht. Schon kleine Fehler bei der Datenbestimmung würden Planstörungen und -verzerrungen hervorrufen, die durch ihr kumulatives Weiterwirken innerhalb des gesamten Planbereichs letztlich die Planung wertlos machen würden.

Es ergibt sich also, daß das praktizierte Planungsverfahren in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten unvollkommen sein muß. Adolf Weber¹⁾ behauptet: "Trotz aller Bemühungen ist die "Totalität" des Planes äußerst fragwürdig. Das wirtschaftliche Leben von 200 Millionen

¹⁾ Weber, Adolf, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 7. Aufl., Berlin 1958, S. 654

Menschen läßt sich nun einmal nicht in Zwangsschablonen einschnüren ... Keine dieser Bedingungen [so. Plandaten; vom Verfasser] kann starr festgelegt werden, sie sind abhängig von Einflüssen der Natur, die ebenso wenig im voraus berechenbar sind wie die in Betracht kommenden menschlichen Impulse bis herab zu Lug und Trug, die auch in der Sowjetwirtschaft nicht unbekannt sind."

Auch die ständigen Umorganisationen im Planungsapparat der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten¹⁾ sind ein Zeichen dafür, daß die gesamte Planung mit Mängeln behaftet ist, die besonders im betrieblichen Bereich von Bedeutung sind.

b) Autonome Entscheidungen in den Betrieben als Konsequenz

Infolge der Unzulänglichkeiten der Planungsorganisation insbesondere im Hinblick auf eine detaillierte Planung der Betriebe ergibt sich die Notwendigkeit, zur Schließung dieser Lücke in der Planung den Betrieben einen gewissen Spielraum für autonome Entscheidungen zu belassen. Diese stellen also eine Ergänzung bzw. Vervollständigung des Planungssystems dar. Inwieweit die autonomen Entscheidungen den Charakter "freier individueller" Entscheidungen tragen, soll später zur Erörterung stehen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß es sich um Entscheidungen handelt, die nicht direkt aus dem den Betrieben zugehenden Plansoll abzuleiten sind.

Autonome Entscheidungen auf der Ebene der Betriebsleitung bilden somit neben den Planaufgaben die Grundlage für den zu erstellenden Betriebsplan. Die Mehrzahl dieser Entscheidungen ist jedoch von relativ geringem

¹⁾ Die letzte größere Umorganisation in der Sowjetunion fand im Frühjahr 1957 statt (Dezentralisierung). Ihr folgend griff auch die DDR ein Jahr später zu Maßnahmen, die ihr Vorbild in der Sowjetunion hatten.

Gewicht und wird oft nur die Bedeutung "improvisatorischer Entscheidungen"¹⁾ haben.

Es wird aber deutlich, daß die oberste Planungsinstanz auf gewisse Entscheidungsbefugnisse verzichten und diese an betriebliche Instanzen delegieren muß. Im Hinblick auf die Quantität und Qualität autonomer Entscheidungen im Bereich der Betriebe kann zunächst nur gesagt werden, daß der Grad der Pauschalisierung und Globalisierung der Planaufgaben mit den Möglichkeiten autonomer Entscheidungen im Wechselspiel steht. Je pauschaler und globaler die Planaufgaben gehalten sind, um so größer wird der Bereich für autonome Entscheidungen sein.

Die Betriebsleitung stellt zwar die höchste, aber nicht die einzige betriebliche Instanz dar, die autonome Entscheidungen zu treffen hat. Die Regelung der vielseitigen betrieblichen Tätigkeit durch die Betriebsleitung allein würde infolge der entstehenden Überzentralisierung auf betrieblicher Ebene zu mangelnder Wirklichkeitsnähe führen.²⁾

Nach Kontorowitsch³⁾ wird in "fortschrittlichen Betrieben ... die hohe Qualität des Betriebsplans dadurch gewährleistet, daß sich das gesamte Kollektiv des Betriebes in Form von Produktionsberatungen, Versammlungen gesellschaftlicher Organisationen, produktionstechnischen Konferenzen, Tagungen des Parteiaktivs und in Form von Abteilungs- und Betriebsversammlungen an seiner Ausarbeitung beteiligt." Wenn diese Formulierung auch gewisse propagandistische Züge zeigt, so soll doch eine gewisse

1) Vgl. Koch, Helmut, Planung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, Stuttgart 1960, Spalte 4341

2) Vgl. Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 7

3) Kontorowitsch, W., Der Betriebsplan des Industriebetriebes, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin 1955, S. 33

Aktivität der der Betriebsleitung nachgeordneten Instanzen nicht verkannt werden.

Ihr Einfluß auf den Betriebsplan und dessen Ausführung entspricht der Einflußmöglichkeit der Betriebsleitung auf den Plan der Überbetrieblichen Ebene, indem in Analogie zur Überbetrieblichen "Gegenplanung" auch ein gesonderter betrieblicher "Gegenplan"¹⁾ von der Betriebs-hierarchie erstellt wird.

Außerdem kommen autonome Entscheidungen nachgeordneter betrieblicher Instanzen bei der Plandurchführung dort zum Zuge, wo die betriebliche Tätigkeit mangels hinreichender Spezifizierung im Betriebsplan nicht bis ins Detail festgelegt ist.

Damit stellen autonome Entscheidungen in der betrieblichen Sphäre eine notwendige Ergänzung des mangelhaften Überbetrieblichen und betrieblichen Planungsmechanismus dar.

II. Die Notwendigkeit der Ausrichtung autonomer Entscheidungen auf die zentralen Planziele

1. Charakterisierung autonomer Entscheidungen

Es könnte den Anschein erwecken, daß die bereits erwähnten Dezentralisierungsbestrebungen in den Jahren 1957/58 eine Schwächung der Bindung der Betriebe an den zentralen Plan verfolgt hätten. Ein solcher Zweck wäre mit einer Förderung autonomer Entscheidungen in den Betrieben identisch. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man deshalb zu dem Schluß kommen, daß das planwirtschaftliche

¹⁾ Vgl. Klampfl, W., Methoden bei der Aufstellung von Gegenplänen, in: Die Wirtschaft, 9. Jg., Berlin 1954, Nr. 50, S. 9

System der Oststaaten eine Annäherung an das marktwirtschaftliche System vollzogen hätte.

Eine solche Vermutung entbehrt indessen jeder Grundlage. Der Begriff "autonome Entscheidungen" hat mit dem Begriff der Freiheit der Entscheidungen im marktwirtschaftlichen System nichts gemein. Der Unternehmer in einer Marktwirtschaft besitzt souveräne Entscheidungskompetenz im Hinblick auf die Ziele. In einer Planwirtschaft tritt an seine Stelle der Funktionär¹⁾, dem die Ziele zumindest in einem groben Rahmenplan vorgeschrieben sind, die er jedoch gegebenenfalls ergänzen kann, und deren bestmögliche Ausführung ihm obliegt.

Aus diesem Grunde können autonome Entscheidungen in einem planwirtschaftlichen System nur in relativer Bedeutung frei sein. "Die planende Zentrale möchte ... erreichen, daß die Unterinstanzen die Pläne genau so ausführen, wie sie sich das vorstellt.... Das heißt also, sie möchte es möglich machen, daß sie die Unterinstanzen nicht bei jedem Schritt anweisen muß, sondern daß die Unterinstanzen ihre Schritte in der gewünschten Richtung von selbst tun."²⁾

Daraus folgt also, daß die Grundbefugnisse der Leitungstätigkeit in den Betrieben durch die Dezentralisierungsmaßnahmen nicht verändert worden sind.³⁾ Autonome Entscheidungen sollen nur insoweit zum Zuge kommen, als sie sich im Rahmen der zentralen Planung bewegen und zur Planerfüllung beitragen.

1) Vgl. Förster, Wolfgang, IV, a.a.O., S. 3

2) Bosch, Werner, a.a.O., S. 98

3) Vgl. Förster, Wolfgang, IV, a.a.O., S. 10

2. Auseinanderfallen von autonomen Entscheidungen in den Betrieben und den Zielen der obersten Zielträger in der Planwirtschaft

Es gäbe keine Probleme, wenn die Ziele der obersten Zielträger einer Planwirtschaft den individuellen Wünschen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten entsprächen oder wenigstens so koordiniert werden könnten, daß keine Zielkonkurrenz entstünde.

In der wirtschaftlichen Wirklichkeit ist eine solche Entsprechung jedoch nicht der Fall. Autonome Entscheidungen in den Betrieben werden ohne ein gewisses Maß von Planbindung im Normalfall nicht mit den obersten Planzielen harmonieren. Eine Übereinstimmung müßte als Zufall gelten.

Von der obersten Planungsinstanz wird ein Auseinanderfallen der zentralen und individuellen Ziele, soweit letztere realisiert werden, stets als Mißbrauch autonomer Entscheidungen durch die betrieblichen Leitungs- bzw. Entscheidungsorgane betrachtet, die somit den Charakter planhemmender "Instrumente" annehmen.

"Damit ist der Kern des inneren Widerspruchs in dem als "Planung" bezeichneten staatlichen Wirtschaftsdirigismus berührt. Dieses Dilemma entsteht durch den fundamentalen und im System selbst wurzelnden Gegensatz zwischen den Interessen des Staates und seiner Machthaber einerseits und den produzierenden Betrieben... andererseits..."¹⁾

Da in einer Planwirtschaft aber die Ziele der obersten Zielträger als Datum erscheinen und gegenüber sonstigen

¹⁾ Pritzel, Konstantin, Die wirtschaftliche Integration der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in den Ostblock und ihre politischen Aspekte, in: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1962, S. 110

möglichen Zielträgern die absolute Vorrangstellung besitzen,¹⁾ kann die Lösung des Problems nur in einer Ausrichtung individueller autonomer Entscheidungen auf die obersten Ziele bestehen. (Dies versucht man in der heutigen Praxis planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten durch die Einführung einer Unzahl von Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen²⁾ zu erreichen.)

3. Methoden zur Herstellung der Konformität von zentralen Planzielen und autonomen betrieblichen Entscheidungen

Als Problem ergibt sich die Koordinierung der individuellen Entscheidungen in den Betrieben mit den zentralen Planzielen. Sie besteht in einer derartigen Ausrichtung bzw. Bindung aller wirtschaftlichen Kräfte, daß durch sie keine Gefährdung zentraler Planziele droht, oder gar ihre Realisierung von vornherein illusorisch wird.³⁾ Zu diesem Zweck lassen sich drei Gruppen von Maßnahmen unterscheiden.

a) Schulung

Zunächst besteht die Möglichkeit, die Leitungsorgane der Betriebe und in entsprechendem Maße die ihnen in der Betriebshierarchie nachgeordneten, mit gewisser Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Instanzen durch Schulungsmaßnahmen in der Weise zu beeinflussen, daß diese die zentralen Planziele als ihre eigenen individuellen Ziele betrachten und deren Realisierung zu einem persönlichen

¹⁾ An dieser Stelle wird deutlich, daß der Charakter einer Wirtschaftsordnung weitgehend durch die Frage bestimmt ist, wer in einer Wirtschaft Zielträger ist.

²⁾ Diese werden im II. Kapitel erörtert.

³⁾ Vgl. Dallin, D. J., The Real Soviet Russia, New Haven 1944, S. 87: "The second inviolate principle of Soviet policy is the preservation of all power in the hands of the political group."

Anliegen machen. Solche Maßnahmen gehören zu den Praktiken autoritärer Systeme, wie die Beispiele in den Ostblockstaaten zeigen. Man bedient sich hier der Ideologie und versucht, mit ihrer Hilfe die Denkkategorien der Individuen im Sinne der zentralen Planungsinstanz umzuformen. "Dabei handelt es sich, das sei betont, nicht um das Problem der Willensfreiheit an sich, sondern darum, inwiefern und wie weit die Unterordnung individueller Entscheidungsmacht einer Vielheit von Produzenten ... unter den planenden Willen einer Zentrale durch Umstände herbeigeführt [werden] kann, die auch im Konsens der Beteiligten als zwingende anerkannt werden."¹⁾

Diese Art der Ausrichtung betrieblicher Entscheidungsorgane auf die zentralen Planziele stellt eine für die oberste Planungsinstanz ebenso einfache wie gefährliche Methode dar, soweit nicht weitere Methoden zur Anwendung kommen. Inwieweit eine derartige Schulung Erfolg hat, kann kaum ex-post, erst recht aber nicht ex-ante bestimmt werden.

b) Administrative Maßnahmen

Die zuverlässigste und sicherste Methode ist in der Anwendung administrativer Maßnahmen zu erblicken. Durch Ausübung mehr oder minder direkten Zwanges auf die Planausführenden, der selbst in Strafandrohungen und Strafverfolgungen bestehen kann, strebt man die Planerfüllung an. Mit Hilfe eines entsprechenden Kontrollapparates erfolgt dann eine Überprüfung des Erreichten im Hinblick auf die Ziele. Die gewonnenen Kontrollunterlagen bilden wieder einen Orientierungsmaßstab für den Einsatz der Zwangsmaßnahmen.

¹⁾ Raupach, Hans, Die Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft, in: Jahn, Georg und Bissing, W.M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961, S. 83

Administrative Maßnahmen finden ihre Grenze dort, wo der Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollapparat ein Ausmaß annimmt, das nicht mehr von einer Zentrale aus zu übersehen und zu steuern ist und deshalb an Wirksamkeit verlieren muß.

c) Ökonomische Lenkungsinstrumente

Die bisher genannten Maßnahmen sind unzulänglich, um die gesamte Wirtschaftstätigkeit der Betriebe in Staaten mit planwirtschaftlicher Wirtschaftsführung sinnvoll auf die zentralen Planziele auszurichten. Man hat aus diesem Grunde ökonomische Lenkungsinstrumente zugelassen, die "das Eigeninteresse [betrieblicher Instanzen] sich auswirken lassen und es zur Erzielung des beabsichtigten Lenkungserfektes benutzen."¹⁾ Hier verzichtet die oberste Zentrale auf gewisse bürokratische Elemente zugunsten der Einführung katallaktischer Elemente.²⁾

Das muß nicht zur Folge haben, daß in solchen Bereichen, in denen katallaktische Elemente an Bedeutung gewinnen, die Ausführung zentraler Planziele gleichermaßen an Bedeutung verliert. Vielmehr ist der katallaktische Bereich in einen Rahmen gepreßt, dessen Grenzen durch globale Planziele der zentralen Planungsinstanz abgesteckt sind.³⁾ Innerhalb dieses Bereiches besteht Raum für autonome Entscheidungen. Hier wird von der zentralen Planungsinstanz "direkte ökonomische Verrückungsmacht aufgegeben zugunsten eines Zuwachses an indirekter Macht über ökonomische Potenzen."⁴⁾

¹⁾ Propp, Peter, Marktwirtschaftliche Elemente oder Rationalisierung des Systems? in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jg., 1960, S. 12

²⁾ Vgl. die Ausführungen in der Problemstellung dieser Arbeit, S. 2 ff.

³⁾ Vgl. Oertel, Roland, a.a.O., S. 96

⁴⁾ Oertel, Roland, a.a.O., S.100

Im folgenden Kapitel gilt es, das Ausmaß katallaktischer Elemente (autonomer Entscheidungen) in der Betriebssphäre von Staaten mit planwirtschaftlicher Wirtschaftsverfassung zu untersuchen und ihre Bedeutung herauszustellen.

II. Kapitel

Praktische Gestaltung autonomer Entscheidungen betrieblicher Leitungsorgane in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten

I. Voraussetzungen und Rahmen autonomer Entscheidungen

1. Die Geldrechnung als Voraussetzung autonomer Entscheidungen

Bevor die Möglichkeiten autonomer Entscheidungen im betrieblichen Bereich, wie sie in ihrer relativen Bedeutung verstanden werden sollen, zur Diskussion stehen, erscheint es erforderlich, auf die Notwendigkeit einer Geldrechnung als Bedingung für autonome Entscheidungen hinzuweisen. Da die Mengenplanung im System einer Zentralverwaltungs-wirtschaft, soweit sie in reiner Form bis ins Detail durchgeführt wird, autonome Entscheidungen betrieblicher Organe ausschließt, die ihrerseits aber (wie sich aus Kapitel I ergibt) eine Voraussetzung für eine erfolgreiche betriebliche Arbeit im Sinne der Erfüllung der zentralen Ziele darstellen, sind mit Hilfe eines anderen Instrumentes autonome Entscheidungen und zentrale Planung in Einklang zu bringen, d.h. in den Dienst der zentralen Planung zu stellen. Die Geldrechnung ist die Bedingung für den Einsatz eines entsprechenden Koordinators.

Es bedarf zunächst des Hinweises, daß die Geldrechnung als ein Instrument zu begreifen ist, das seinem Wesen nach nicht an ein bestimmtes Wirtschaftssystem, z.B. das der Marktwirtschaft, gebunden ist, obgleich nicht verkannt werden soll, daß sie in einer Marktwirtschaft die *conditio sine qua non* darstellt, ohne die ein marktwirtschaftliches System funktionsunfähig bleibt.

Auch der Einsatz der Geldrechnung in einem planwirtschaftlichen System ist denkbar. Die Stellungnahmen in der Literatur lassen jedoch zu diesem Problem die erforderliche Klarheit und Eindeutigkeit vermissen. Vielmehr ergibt sich der Eindruck, daß die Darstellungen der Ökonomen der Ostblockländer eher Verwirrung stiften als der Klärung dieser Probleme dienen. Dies scheint das Resultat der Zwickmühle zu sein, in der sich die östlichen Autoren befinden, wenn sie sich der Aufgabe gegenüber sehen, die Ideologie mit der ökonomischen Praxis zu verbinden.

Um Wesen und Funktion der Geldrechnung und deren Notwendigkeit in einer Planwirtschaft erkennen und beurteilen zu können, soll zunächst versucht werden, die zu diesem Problem gegebenen Darstellungen der Autoren im Bereich der Ostblockländer von ideologischem Ballast zu befreien. Damit wird die Voraussetzung für eine Diskussion gegeben sein, die die Notwendigkeit und Bedeutung der Geldrechnung in einem System mit planwirtschaftlicher Wirtschaftsverfassung zeigt.

a) Das Geld in der Sicht der Ideologen

Das Experiment der Abschaffung des Geldes erfolgte in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution getreu der Marx'schen Lehre, die das Geld als systemgebundenes, dem Kapitalismus zugehöriges Element kennzeichnet. Da nach der Meinung Bebels¹⁾ die Produktion nicht wie in der kapitalistischen Wirtschaft für Kauf und Verkauf, sondern für die Bedarfsdeckung erfolgt, erhält jeder nach seinen Bedürfnissen. Wie jedoch der Ausgleich zwischen Produktion und Bedarf natural ohne Geld im einzelnen vor sich gehen

¹⁾ Vgl. Bebel, A., *Budušćee obšćestvo*, Moskva 1918, S. 22f., zitiert bei: Hedtkamp, Günter, *Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I, Bd. 6*, Gießen 1958, S. 129

soll, wird von den Ideologen entweder als unproblematisch angesehen oder wegen seiner Schwierigkeit nicht diskutiert.

Die Wiedereinführung des Geldes nach der Zeit des sog. Kriegskommunismus zeigt die Fehler dieser Konzeption. Um aber die Diskrepanz zwischen Praxis und Lehre zu beseitigen bedient man sich auf Seiten der Ideologen eines Kunstgriffes, der in einer Umdeutung der Marx'schen Lehre besteht. Als Übergang zwischen Kapitalismus und Kommunismus konstruiert man ein Zwischenstadium des Sozialismus, in dem das Geld als notwendiges Übel weiterhin existieren muß.¹⁾ Die endgültige Abschaffung des Geldes in der späteren Phase des Kommunismus wird jedoch als Ziel beibehalten.

Nach den Äußerungen der Ideologen fungiert das Geld in der sozialistischen Wirtschaft als

1. Maß des Wertes der Waren,
2. Maß der Preise,
3. Zirkulationsmittel beim Kauf und Verkauf von Waren,
4. Zahlungsmittel,
5. Mittel der sozialistischen Akkumulation und als Sparmittel.²⁾

Die Übernahme einiger Begriffe des den Ideologen verhassten sog. kapitalistischen Systems bedeutet nicht auch die Übernahme ihrer Begriffsinhalte. Das Geld als Wertmaßstab der Waren, als Zirkulations- und Zahlungsmittel z.B. übt nicht die marktwirtschaftlichen Funktionen aus,

¹⁾ Lenin am 19. April 1921 in der "Iswestija": "Wir haben einen Fehler begangen, daß wir unmittelbar zur kommunistischen Produktion übergehen wollten", zitiert bei: Friebe, Siegfried, I, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 5, Berlin 1957, S. 15

²⁾ Vgl. Politische Ökonomie, a.a.O., S. 598 ff.

sondern ist überwiegend in den Dienst der zentralen Planung gestellt. Somit ergibt sich seine Bedeutung als

1. Plankoordinierungsmittel,
2. Zuteilungsmittel,
3. Kontrollmittel.¹⁾

"Im Schatten der zentralen Planung setzen sich aber in der Praxis in einzelnen Bereichen die echten ökonomischen Funktionen des Geldes durch."²⁾ Das braucht jedoch nicht notwendigerweise einen Bruch im zentralen Plansystem zu bedeuten. Vielmehr kann es der Fall sein, daß vorhandene Lücken im zentralen Plansystem infolge Fehlens von konkreten Planbindungen der Betriebe durch das Wirksamwerden der echten ökonomischen Funktionen des Geldes ausgefüllt werden. Soweit sich solche Situationen im betrieblichen Bereich erkennen lassen, ist in größtem Maße ein Spielraum für autonome Entscheidungen gegeben.

Darüberhinaus besteht hier aber auch bei Verlust der echten ökonomischen Funktionen des Geldes, wie sie in einer Marktwirtschaft gegeben sind, die Möglichkeit und Notwendigkeit, autonome Entscheidungen zu treffen, die zwar nur als bedingt autonome Entscheidungen gekennzeichnet wurden, jedoch in dieser Untersuchung im Mittelpunkt stehen. In diesen Fällen spielt die durch das zentrale Plansystem abgewandelte Bedeutung des Geldes die wesentliche Rolle.

b) Das Geld als tertium comparationis

aa) Die Notwendigkeit eines allgemeinen Vergleichsmaßstabes

Während Hensel³⁾ im theoretischen Modell die Funktions-

¹⁾ Vgl. Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 31; ebenso Weber, Adolf, a.a.O., S. 657 f.

²⁾ Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 32

³⁾ Vgl. Hensel, K. Paul, I, a.a.O., S. 165 ff.

fähigkeit einer Planwirtschaft auf der Grundlage einer Naturalrechnung ohne die Anwendung einer Geldrechnung zu beweisen versucht, wird diese Meinung von den meisten Autoren¹⁾ in der Literatur nicht gestützt. Im Gegenteil ist man von der Notwendigkeit einer Geldrechnung überzeugt.

In dem Maße, in dem autonome Entscheidungen in den Betrieben praktiziert werden, verzichtet man gewollt oder ungewollt auf spezifizierte Plandirektiven, die aus der überbetrieblichen Planungshierarchie abgeleitet werden müßten. Autonome Entscheidungen setzen aber voraus, daß für die Entscheidungen treffenden Instanzen Wahlmöglichkeiten bestehen, da sonst eine Entscheidung sinnlos wäre. Das wiederum bedingt einen Vergleich zwischen den verschiedenen Alternativen, zu dessen Zweck es wegen der Heterogenität der Alternativen eines allgemeinen Vergleichsmaßstabes bedarf. Diesen allgemeinen Vergleichsmaßstab stellt das Geld dar, das als gemeinsamer Nenner zu begreifen ist.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß Geld bzw. Geldrechnung als Voraussetzung in einer Wirtschaft bestehen, in der autonome Entscheidungen in irgendeiner Form zugelassen sind. Damit werden die Meinungen der Autoren, die das Geld als kapitalistisches Element oder unter ideologischem Gesichtspunkt als notwendigen Bestandteil einer sozialistischen Wirtschaft betrachten, gegenstandslos. Das Geld muß als *tertium comparationis* zum Zwecke der ökonomischen Wahl, als Bedingung des Wertens und damit des Wirtschaftens verstanden werden und ist somit systemindifferent. Eine "ordnungspolitische Wertung" z.B. im Sinne des marktwirtschaftlichen Lenkungsprinzips hätte

¹⁾ Vgl. dazu: Diekmann, Klaus, Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungs-wirtschaft, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 11, Berlin 1960, S. 59 ff.; Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 20 ff.; Weber, Adolf, a.a.O., S. 657 ff.

zusätzlich die entsprechende Gestaltung des Geldwesens nach dem marktwirtschaftlichen Lenkungsprinzip zur Voraussetzung.¹⁾ Von einer solchen ordnungspolitischen Gestaltung soll in diesem Zusammenhang noch nicht die Rede sein.

Geld und Geldrechnung bilden auch in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten die Grundlage, um die Realisierung der Ziele der obersten Planungszentrale, soweit diese in der überbetrieblichen Planungshierarchie nicht bis ins einzelne detailliert werden, durch die betrieblichen Instanzen zu ermöglichen. Dabei sollen die Einzelentscheidungen bei bestimmter Wahlfreiheit der Individuen an den Zielvorstellungen der zielsetzenden Zentrale möglichst sinnvoll ausgerichtet sein. Das bedeutet die Verfolgung eines bestimmten Optimumgedankens, der lediglich mit Hilfe der Geldrechnung zu realisieren ist.

Die hier den autonomen Entscheidungen betrieblicher Organe zugrunde liegende ratio ist von den Planwirtschaftlern ungenau gekennzeichnet. Soweit Prinzipien aufgestellt werden, ist deren Begriffsinhalt unklar. So gibt Ostrowitjanow²⁾ nur ein verschwommenes Bild, wenn er folgendermaßen formuliert: "In Naturaleinheiten kann man niemals die Ergebnisse der wirtschaftlichen Leistung des Unternehmens als Ganzes ausdrücken, den Grad der Rentabilität der Produktion festlegen, die gesellschaftlich notwendigen Kosten der lebendigen und verdinglichten Arbeit berechnen und die Ergebnisse der einzelnen Betriebe und Wirtschaftszweige vergleichen."

1) Vgl. Propp, Peter D., a.a.O., S. 13

2) Ostrowitjanow, K., Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, in: Sowjetwissenschaft, Berlin 1948, S. 35

Als wichtigstes Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Realisierung des ökonomischen Optimums das Vorhandensein einer Geldrechnung voraussetzt.

bb) Preisbezeichnung (Preisfixierung) mit Hilfe des Geldes¹⁾

Die herausgestellte Funktion des Geldes als allgemeiner Vergleichsmaßstab manifestiert sich in den Preisen, die ein Geldausdruck sind und den wirtschaftlichen Gütern beigelegt werden. "Im Preis kommt die erste Funktion des Geldes als Maß des Wertes der Waren zum Ausdruck, die darin besteht, wie Marx sagt, ... die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleiche und quantitativ vergleichbare, darzustellen."²⁾

Die Preise wirtschaftlicher Güter werden gemäß dem Totalitätsanspruch der zentralen Planung von Organen der überbetrieblichen Planungshierarchie fixiert. Die Fixierung erfolgt einheitlich nach Industriezweigen für das gesamte Wirtschaftsgebiet oder bestimmte Zonen innerhalb des Wirtschaftsgebietes, wobei als Zone ein lokaler Bereich zu verstehen ist, in dem die Kosten der Produktion und des Transports nicht allzu große Differenzen aufweisen. Daraus folgt, daß innerhalb eines gesamten Wirtschaftsgebietes, das im Regelfall mit dem Staatsgebiet identisch sein wird, auch voneinander abweichende Zonen-

¹⁾ Es ist in diesem Zusammenhang nicht beabsichtigt, das gesamte Preisproblem in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten aufzurollen. Vielmehr soll hier nur eine kurze Darstellung der Technik der Preisbezeichnung (Preisfixierung) zwecks Erläuterung der Preiskomponenten gegeben werden, um die Voraussetzung für die weitere Diskussion zu schaffen. Dabei wird an dieser Stelle nicht auf die diffizilen Fragen der Bestimmung der Preisrelationen eingegangen, die Gegenstand der Erörterungen im III. Kapitel sind.

²⁾ Maisenberg, L., Die Preisbildung in der Volkswirtschaft der UdSSR, Berlin 1954, S. 16 und Marx, Karl, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1953, S. 99

preise bestehen können.¹⁾ Eine freie Preisbildung nach Maßgabe von Angebot und Nachfrage existiert, abgesehen von unbedeutenden Relikten auf dem Konsumgütersektor, nicht.

Es mag fremd anmuten, wenn zuweilen in sowjet-russischen Erörterungen von zwei nebeneinander bestehenden Preissystemen die Rede ist. Zur Klärung dieses Tatbestandes sei daraufhingewiesen, daß es sich hier einmal um die sog. "unveränderlichen Preise" handelt, die die Preissituation von 1926/27 widerspiegeln und von Stalin als "Planpreise" zunächst ohne Veränderung übernommen wurden.²⁾ Diese Preise haben in der Folgezeit lediglich statistischen Zwecken, z.B. der Messung der Produktionsentwicklung im Zeitablauf, gedient und sind seit 1949 ohne Bedeutung. Für statistische Zwecke haben dann die Preise vom 1.1.1952 und seit 1956 die vom 1.7.1955 eine gewisse Funktion gehabt.³⁾

Eine weit wichtigere Stellung aber kommt den Preisen zu, die in der Wirtschaftspraxis im betrieblichen und zwischenbetrieblichen Verrechnungsverkehr Anwendung finden und immer dann gemeint sind, wenn man von Planpreisen in Staaten mit zentral gelenkter Wirtschaft schlechthin spricht. "Es handelt sich einerseits um die Planung der industriellen Herstellerabgabepreise von Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern und andererseits um die Planung der Verbraucherpreise."⁴⁾ Mit Maisenberg sollen sie als "Großhandelspreise der Industrie" und als "Einzelhandelspreise" bezeichnet werden.⁵⁾

Ihre Bildung erfolgt planmäßig. Dabei liegen nach sowjetischer Terminologie folgende Preiskomponenten zugrunde:

1) Vgl. Maisenberg, L., a.a.O., S. 123 f.

2) Vgl. Weber, Adolf, a.a.O., S. 669

3) Vgl. Hirsch, Hans, a.a.O., S. 124

4) Thimm, Gerhard, Die Preis- und Kostenstruktur in der Industrieproduktion der Sowjetzone, Teil I, in: Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 24, Berlin 1956, S. 15

5) Vgl. Maisenberg, L., a.a.O., S. 60

Der Großhandelspreis der Industrie setzt sich aus den planmäßigen Selbstkosten, dem planmäßigen Gewinn und der Umsatzsteuer zusammen. Diese Elemente bilden auch die Basis der Einzelhandelspreise, die um die Kosten und den Gewinn des Einzelhändlers erweitert sind.

Die planmäßigen Selbstkosten sind nicht als die individuellen Selbstkosten eines Betriebes zu verstehen, sondern stellen die durchschnittlichen Kosten des jeweiligen Industriezweiges, der jeweiligen Branche dar,¹⁾ die wiederum in der Ausdrucksweise der Ideologen "die gesellschaftlich notwendigen Bedingungen der Produktion innerhalb des betreffenden Zweiges zum Ausdruck bringen."²⁾

Planmäßiger Gewinn und Umsatzsteuer³⁾ werden prozentual von den planmäßigen Selbstkosten berechnet und sind bis auf einen minimalen Teil des planmäßigen Gewinns, der dem Betrieb verbleibt, an den Staat abzuführen. Weil im Normalfall eine Differenz zwischen betriebsindividuellen Kosten und Branchendurchschnittskosten besteht, wird diese sich entweder als überplanmäßiger Gewinn, der ebenfalls zum Teil der Abrührung an den Staat unterliegt, oder unterplanmäßiger Gewinn bzw. planmäßiger Verlust niederschlagen.

Die Deckung des planmäßigen Verlustes erfolgt durch Subventionen, für die in der sowjetischen Wirtschaftspraxis zahlreiche Beispiele existieren.

1) Vgl. Maisenberg, L., a.a.O., S. 70

2) Vgl. Maisenberg, L., a.a.O., S. 70

3) Die "Politische Ökonomie" sucht die Begriffe "Gewinn" und "Umsatzsteuer" durch die Begriffe "Reineinkommen des staatlichen Betriebes" und "zentralisiertes Reineinkommen des Staates" zu ersetzen, wobei das Reineinkommen des staatlichen Betriebes nur den Teil des Gewinns umfaßt, der dem Betrieb verbleibt. Der andere an den Staat abzuführende Gewinnanteil und die Umsatzsteuer stellen das zentralisierte Reineinkommen des Staates dar; vgl.: Politische Ökonomie, a.a.O., S. 645 f. und 649

2. Der Begriff der "operativen Selbständigkeit" zur Kennzeichnung des Entscheidungsspielraumes

a) Begriff der "operativen Selbständigkeit"

Insoweit autonome Entscheidungen zum Zuge kommen, liegt einer der drei folgenden Tatbestände zugrunde:

- (1) Denkbar sind autonome Entscheidungen, die außerhalb der Legalität liegen, so daß sie gegen die Weisungen überbetrieblicher Planungsinstanzen verstoßen. Dieser Fall ist in der Praxis sicherlich anzutreffen, er ist aber atypisch und zudem einer theoretischen Untersuchung nicht zugänglich. Autonome Entscheidungen solcher Art scheiden daher infolge des Fehlens ihrer grundsätzlichen Ausrichtung am Plan aus dem hier zu behandelnden Problem aus.
- (2) Weiterhin können autonome Entscheidungen derart gestaltet sein, daß sie einerseits an keiner höheren Norm ausgerichtet sind, andererseits aber auch nicht gegen bestehende Regelungen des planwirtschaftlichen Systems verstoßen. Damit füllen sie Lücken aus, deren Regelung das System entweder nicht vermochte oder nicht beabsichtigte. Im ersten Fall können solche Entscheidungen ebenfalls dann nicht Gegenstand der Untersuchung sein, wenn sie nicht mit den Zielen des Systems konform gehen. Besteht jedoch kein Widerspruch oder ist die völlige Freiheit der Entscheidungen vom System her gewollt, so bedürfen sie der näheren Untersuchung.
- (3) Schließlich ist der Spielraum für autonome Entscheidungen von Bedeutung, der den Betrieben dadurch gewährt wird, daß man sie lediglich in Form der Pauschalbeauftragung an den Volkswirtschaftsplan bindet. Es wurde bereits daraufhingewiesen, daß aufgrund dieser Pauschalaufträge den Dispositionen in der Betriebssphäre nur in relativer Beziehung der Charakter autonomer Entscheidungen zukommt, jedoch stellt dieser Entscheidungsspielraum den wesentlichen Bereich dar,

in dem im Wirtschaftssystem sowjetischen Typs autonome Entscheidungen im Rahmen der Legalität bestehen können. Die Größe dieses Bereichs läßt sich nicht allgemein gültig für alle Betriebe festlegen und variiert mit der Bedeutung der Betriebe für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans sowie mit den verwaltungstechnischen Veränderungen im Zeitablauf.

Der Bereich autonomer Entscheidungen, dessen Abgrenzung materiell durch die Planaufgaben erfolgt, wird formell durch die "operative Selbständigkeit" begründet. Diese beruht nach Darstellung der Ideologen auf der "juristischen Selbständigkeit" der Betriebe, die sich auf das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln in der Prägung des "staatlich sozialistischen" und "genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen sozialistischen Eigentums" stützt.

"Nach sowjetischer Lehre ist das gesamte Staatseigentum ein einheitlicher Fonds. Aus diesem Fonds erhalten die einzelnen Industriebetriebe und Verwaltungsunternehmungen eine abgesonderte Vermögensmasse zugeteilt. Die Zuteilung beinhaltet indes keine Übertragung des Eigentums. Der Charakter des Staatseigentums bleibt von ihr unberührt; lediglich die Besitz-, Verwaltungs- und Nutzungsbefugnis des Eigentümers wird delegiert."¹⁾

Damit ist die "wirtschaftlich - operative Selbständigkeit" auf der Basis der "juristischen Selbständigkeit" begründet. Sie äußert sich in einer spezifischen Art von Handlungsfähigkeit betrieblicher Instanzen, die in den Direktiven des Volkswirtschaftsplans in Form der Planpauschalen ihre Grenze findet. "Die wirtschaftliche Nutzung soll zu einer Vermehrung des Volkseigentums führen. Außerhalb der im Plan fixierten Aufgabenstellung ist das Volkseigentum für den Betrieb unantastbar und planwidri-

¹⁾ Grünewald, Joachim, Das Eigentum und das Eigentumsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1961, S. 46

gen Verfügungen nicht zugänglich, da diese als verbotene Handlungen rechtlich unwirksam sind." ¹⁾

In dem gekennzeichneten Rahmen sind also autonome Entscheidungen zugelassen und stellen das Ergebnis der "operativen Selbständigkeit" dar. Versucht man, an dieser Stelle die Möglichkeiten autonomer Entscheidungen grob anzudeuten, wird man sagen müssen, daß für den Bereich der industriellen Produktion, der ja in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten erfahrungsgemäß im Mittelpunkt steht, zumindest die Entscheidungen über das "wie" der Produktion von betrieblichen Instanzen getroffen werden. "Der Plan selbst kann wohl bestimmen, was geschehen soll; wie der Plan realisiert, wie aus dem Soll das Ist wird, kann nicht die Macht der Planer, sondern nur die Kraft der Produktionsstätten bestimmen." ²⁾

b) Mobilisierung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung auf der Grundlage "operativer Selbständigkeit"

Da die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans das erklärte Ziel im wirtschaftlichen Bereich planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten darstellt, gilt es, die autonomen Entscheidungen in der Betriebssphäre auf dieses Ziel hin auszurichten. Das kann nur durch eine zweckorientierte Beeinflussung der Kräfte erfolgen, die die autonomen Entscheidungen bestimmen. Diese Kräfte mit den Faktoren "Mensch" und "ökonomisches Denken" sind die Angelpunkte, von denen Erfolg oder Mißerfolg der Erfüllung des zentralen Plans maßgeblich abhängt.

Man hat erkannt, daß durch Zwang auf wirtschaftlichem Gebiet im günstigsten Fall nur das erreicht werden kann,

¹⁾ Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 89

²⁾ Förster, Wolfgang, II, Chosrastschot, Wirtschaftliche Rechnungsführung in der UdSSR, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1956, S. 109

was als unmittelbares, im Rahmen des menschlich Möglichen liegendes Ziel verfolgt wird. Dabei bleiben aber die Kräfte, die selbsttätig und durch eigenen Antrieb im Dienste der Planerfüllung stehen könnten, nutzlos oder wirken sogar hemmend. Es besteht daher das Problem, die Eigeninitiative der Entscheidungen treffenden Individuen zu wecken und sie im Sinne der Planerfüllung nutzbar zu machen.

So grundlegend menschliche Initiative und Gestaltungskraft auch erscheinen mögen, so ist über deren Zweckrichtung zunächst noch keine Bestimmung getroffen. Ihre Ausrichtung lediglich auf "Planerfüllung" genügt nicht, sondern muß durch das Ziel "ökonomisch optimaler Planerfüllung" ergänzt werden. Denn "es ist psychologisch fast selbstverständlich, daß die Betriebsleiter alles aufbieten, um das Plansoll zu erreichen, auch durch Verschleierung, Verheimlichung, Vergeudung, Qualitätsverschlechterung im Interesse der Quantität."¹⁾

Das kann nicht der Sinn der geforderten Initiative sein. Planerfüllung ist nicht Ziel an sich, sondern immer nur Mittel, um die politischen, ökonomischen etc. Interessen der zielsetzenden Zentrale mit den vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Ausgleich zu bringen. Solange die Polarität von Bedarf gleich welcher Art und Knappheit der Mittel zur Bedarfsbefriedigung besteht, wird die ökonomische ratio zur optimalen Lösung dieses Spannungsverhältnisses beitragen müssen.

Man hat in der sowjetischen Literatur diesen Problemkreis zu umschreiben versucht und dabei Begriffe wie Sparsamkeitsprinzip, Prinzip der Mobilisierung innerer Reserven etc. verwandt. Diese auch z.T. in einer Marktwirtschaft mit festem Begriffsinhalt existierenden Prinzipien sind in der sowjetischen Literatur nicht frei von ideologischem Ballast und daher geeignet, bei dem sich aufdrängenden

¹⁾ Weber, Adolf, a.a.O., S. 669

Vergleich mit dem Begriffsinhalt in einer Marktwirtschaft erhebliche Verwirrung zu stiften.

Eine Untersuchung der Bedeutung der aufgestellten Prinzipien muß zu dem Schluß führen, daß man auch in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten auf die ökonomische ratio nicht verzichten kann und will. Diese manifestiert sich zunächst als "die materielle Verantwortlichkeit des staatlichen Betriebes und seiner Leiter gegenüber dem Staat für die Planerfüllung und die rationelle Ausnutzung der verfügbaren Ressourcen sowie für die finanziellen Ergebnisse der Arbeit."¹⁾

"Aus der Einzelverantwortlichkeit der Wirtschaftsfunktionäre ergibt sich das Recht zur Entscheidung und damit das Recht zur Einzelleitung [der Betriebe, Betriebsabteilungen etc.]. Eine kollektive Leitung, bei der stets die Gefahr des Abwälzens der Verantwortung besteht, hat diese Rechte nicht."²⁾

Die Eigenverantwortlichkeit³⁾ bedingt, soweit sie im Sinne einer Erfüllung der Planaufgaben in optimaler Weise verstanden wird - und als solche muß sie wohl interpretiert werden - den Einsatz ökonomischen Denkens, das Handeln nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, wie es auch in einem marktwirtschaftlichen System zum Zuge kommt. Es wird jedoch schwierig sein, in der Wirtschaftsliteratur planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten Thesen zu finden, die den Tatbestand in der bezeichneten Weise formulieren. Die Ideologie verbietet die Übernahme sog. kapitalistischer Elemente in das System einer sozialistischen Planwirtschaft.

1) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 632

2) Arnold, Borchert, Schmidt, I, a.a.O., S. 495

3) Entsprechend der Relativität autonomer Entscheidungen ist auch hier die "relative Eigenverantwortlichkeit" gemeint, da nicht die Ziele wirtschaftlicher Tätigkeit von den Verantwortlichen bestimmt werden, sondern Verantwortlichkeit nur im Rahmen der Planaufgaben (der Ziele) besteht.

Die Übertragung der Verantwortung auf die Betriebsleiter und sonstige zu Entscheidungen befugte Instanzen erschöpft sich jedoch nicht in einem formellen Akt, sondern ist auch materiell gefestigt durch den Einbau unterschiedlicher Anreizmittel in das Plansystem. Diese sind dazu bestimmt, Unpersönlichkeit durch persönliche Verantwortung zu ersetzen und wirtschaftliches Handeln mit dem Akzent des ökonomisch Sinnvollen zu versehen.

c) Das Instrumentarium zur Förderung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung

Es können nur solche Instrumente zur Sprache kommen, die dazu geeignet sind, im Sinne der Förderung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung einen Einfluß auf die zu autonomen Entscheidungen befugten Wirtschaftsfunktionäre innerhalb der Betriebssphäre auszuüben. Aus diesem Grunde wird die Diskussion gewisser Einrichtungen wie Betriebsgewerkschaftsleitung, Betriebsgruppen, Brigaden, Aktivisten, das sog. Dispatchersystem, das innerbetriebliche Wettbewerbssystem etc. aus der vorliegenden Untersuchung ausgeklammert. Die wesentliche Bedeutung der genannten Einrichtungen liegt zweifelsohne im Bereich der ausschließlich mit ausführenden Aufgaben Beauftragten innerhalb eines Betriebes.

aa) Das Chosrastschot¹⁾-Prinzip

Das zur Erörterung stehende Instrumentarium kann nur verstanden werden, wenn es im System des Chosrastschot-Prinzips begriffen wird. "Chosrastschot" als Kurzform des russischen terminus technicus "chosjaistwenny rastschot" wird in der deutsch-sprachigen Literatur durch "wirtschaftliche Rechnungsführung" übersetzt.²⁾ Dies

¹⁾ Aussprache: Chos'raschtschöt

²⁾ Die frühen Übersetzungen von Chosrastschot durch "Eigenwirtschaftlichkeits-, Rentabilitätsprinzip" etc. sind aus ideologischen Gründen bald ersetzt worden durch den Begriff "wirtschaftliche Rechnungsführung".

schon vom XI. Allunionskongreß der KPdSU 1921¹⁾ geforderte Instrument lehnt sich - zumindest formal - eng an das System der Rechnungsführung kaufmännisch geleiteter Betriebe einer Marktwirtschaft an.

Wirtschaftliche Rechnungsführung "findet ihren Ausdruck in der Gegenüberstellung der Produktionsaufwendungen und der Produktionsergebnisse in Geldform, in der Deckung der Ausgaben aus eigenen Einnahmen, in der sparsamen Verwendung der Mittel und in der Sicherung der Rentabilität der Produktion."²⁾

Dieses Prinzip stellt den formellen Rahmen dar, in dem operative Selbständigkeit, Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit zur Geltung kommen.³⁾ Chosrastschot ist die Grundlage für die Bestrebungen, die sich als "Zentralisierung in den Grundfragen und Dezentralisierung in den Einzelfragen der Planung"⁴⁾ charakterisieren lassen und in nahezu allen staatlichen sozialistischen Betrieben Eingang gefunden haben. Daraus ist auch die weite Verbreitung des Chosrastschot-Verfahrens zu erklären.

Die sich ergebende Differenz bei der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben auf der Basis des Chosrastschot wird als Gewinn bzw. Verlust bezeichnet.⁵⁾ Dieser stellt

1) Diese Feststellung macht: Förster, Wolfgang, II, a.a.O., S. 107

2) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 627

3) Es zeigt sich deutlich, daß auch von den Autoren planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten die Notwendigkeit des Geldes bzw. der Geldrechnung nicht verkannt wird, wie sie eingangs dieses Kapitels dargelegt wurde.

4) Pfeffer, Paul, Vorschläge zur Änderung der Planmethodik im Bereich des Ministeriums für Maschinenbau aufgrund der Erfahrungen der ehemaligen SAG-Betriebe, in: Wirtschaftswissenschaft, 2. Jg., Berlin 1954, Nr. 5, S. 489

5) Bzgl. der Bewertungsprobleme in der Bilanz vgl. Gebhard, Werner, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 16, Berlin 1962, S. 73 ff.

nach sowjetischer Terminologie die positive bzw. negative Leistung eines Betriebes dar.¹⁾

Aus dieser Definition folgt auch der Charakter der Rentabilität: "Ein Betrieb arbeitet rentabel, wenn die Ausgaben des Betriebes durch die von ihm erzielten Einnahmen gedeckt werden."²⁾

Der Begriff der Rentabilität in einer Wirtschaft sowjetischen Typs weist im Vergleich zum marktwirtschaftlichen System eine Besonderheit auf. Da Einnahmen und Ausgaben in vielen Betrieben³⁾ für eine bestimmte Periode pauschal und zudem häufig nur in einer Geldgröße festliegen, bringt die Rentabilität auch ein Abweichen der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben von den entsprechenden Plangrößen zum Ausdruck.

Bei der Messung der Rentabilität verwendet man nicht oder nur äußerst selten Kapitalgrößen als Bezugsbasen. Größere Bedeutung hat die Umsatzrentabilität mit dem Umsatz einer Periode als Bezugsbasis, so daß sich die Formel ergibt⁴⁾:

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Gewinn} \times 100}{\text{Umsatz zu Selbstkosten.}}$$

1) Es bleibt zu beachten, daß der Gewinn nicht mit dem Nettozuwachs, dem Mehrwert eines Betriebes identisch ist, sondern daß Gewinn erst die Differenz von Mehrwert und Umsatzsteuer beinhaltet. Umsatzsteuer ist lediglich eine besondere Ausdrucksform eines bestimmten Teils des Mehrwertes.

2) Tatur, S.K., a.a.O., S. 26

3) Ausnahmen sind solche Betriebe, deren Beauftragung wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Planerfüllung in natürlicher Form erfolgt. Ihre Zahl ist relativ gering.

4) Vgl. Poom, Eduard, Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rentabilität in der Sowjetwirtschaft, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Köln und Opladen 1952, S. 197. Ebenso: Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 130 ff.

Eine faktische Einflußmöglichkeit auf die Rentabilität von Seiten der Betriebe besteht in erster Linie von der Kostenseite her. Diese ist vom System gewollt und findet in propagierten Grundsätzen wie "der planmäßigen Senkung der Stückkosten", "des Sparsamkeitsregimes", "der Mobilisierung innerer Reserven durch Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit", "der Standardisierung", "der Normung", "der Einführung einer fortschrittlichen Technik" etc. ihren Niederschlag. Kostensenkungen äußern sich in einem Ansteigen des überplanmäßigen Gewinnes und somit der Rentabilität.

Von der Ertragsseite können in bestimmten Fällen in begrenztem Umfang Einflüsse ausgehen. Denkbar ist der Fall, daß ein Betrieb unter Außerachtlassung der zentral vorgeschriebenen Preise Schwarzmarktpreise fordert. Dieses Verhalten liegt außerhalb der Legalität. Außerdem kommen Einflüsse zum Zuge, wenn die Planpauschalen entweder nur in Geldgrößen existieren, so daß Art, Menge und Qualität der Produktion vom Betrieb bestimmt werden können, oder die Planpauschalen zwar natural vorgegeben sind, jedoch einer laufenden Überwachung bzw. Kontrolle in naturaler Form entbehren.

Soweit die Einflußmöglichkeiten vom System her beabsichtigt sind, - so in erster Linie die Einflußnahme auf der Kostenseite - sind die zu autonomen Entscheidungen befugten Individuen angehalten, sich ihrer zum Zwecke der Planerfüllung zu bedienen.

bb) Materielle Stimuli

Das Prinzip "der materiellen Interessiertheit des Betriebes, des gesamten Kollektivs der Arbeiter, Angestellten und des leitenden Personals an der Planerfüllung"¹⁾ hat schon im frühen Stadium der zentralen Planwirtschaft

¹⁾ Arnold, Borchert, Schmidt, I, a.a.O., S. 495

sowjetischen Typs gewisse Bedeutung gehabt, so daß sich Lenin äußern konnte: "Nicht aufgrund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Unterstützung des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, aufgrund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, des Rentabilitätsprinzips solltet Ihr Euch bemühen..."¹⁾

Neben einem ganzen Katalog psychologischer Anreizmittel wie Orden und Titel, die an verdiente Personen verliehen werden, stehen jedoch materielle Anreizmittel (Stimuli) im Mittelpunkt der Diskussion um den Einsatz persönlicher Verantwortung und Initiative im Sinne der Planerfüllung.²⁾

(1) Darstellung

Die einfachste - allerdings sehr grobe - Methode ist in einer leistungsentsprechenden Entlohnung zu sehen. Ihre erfolgreiche Durchführung in der Praxis wird jedoch häufig an der Schwierigkeit der Messung der Leistung entscheidungsbefugter Individuen scheitern. Aus diesem Grunde ist dem Lohnproblem in diesem Zusammenhang keine weitere Beachtung zu schenken. (Erhebliche Bedeutung kommt dem Leistungslohn dagegen im Bereich lediglich ausführender Tätigkeit zu.)

Die wichtigsten materiellen Stimuli basieren auf dem Rentabilitätsprinzip nach sowjetischem Muster insoweit, als besondere persönliche, materielle Vorteile auf Leistungswille und Leistungsfähigkeit abgestellt sind.

¹⁾ Lenin, W.J., Ausgewählte Werke, Moskau 1947, deutsche Übersetzung, Bd. II, S. 890

²⁾ "Die Wirtschaftslenkung zur Planerfüllung hat mittlerweile durch ein gut ausgebautes materielles Anreizsystem eine solche Perfektion erreicht, daß die Frage der Gesinnung eines unteren Funktionärs eine recht geringe Rolle spielt. Die persönlichen Vorteile im Falle restloser Unterordnung sind für alle Beteiligten so eindrucksvoll, daß eine Auflehnung aus Vernunftgründen nur in extrem gelagerten Fällen zu befürchten ist." So: Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 21

Da der von den Betrieben hervorgebrachte Mehrwert sowohl den Interessen des Staates als auch den individuellen Interessen zu dienen hat¹⁾, steht dem Betrieb nur über einen Teil des Gewinnes, der wiederum nur einen Teil des faktischen Mehrwertes darstellt, ein Verfügungsrecht zu. Aus diesem Grunde auch wird ein nach dem Chosrastschot-Prinzip arbeitender Betrieb sein Leistungsstreben im Rahmen seiner Möglichkeiten auf die Maximierung dieses Gewinnes ausrichten.

Ob die Gewinnmaximierung gleichzeitig die Verwirklichung des ökonomischen Optimums bedeutet, soll hier nicht entschieden werden. Wichtig ist, daß eine Gewinnmaximierung legaliter nur im Rahmen der Planaufgaben, d.h. im Rahmen vorgegebener Ziele und auf der Grundlage der gesetzten Preise erfolgen soll. In den jeweiligen Grenzen ist eine ökonomisch rationale Wirtschaftsführung durch die zu autonomen Entscheidungen befugten betrieblichen Instanzen denkbar. "In einem von der ursprünglichen marxistischen Konzeption weit fortentwickelten Sinne halten unter dem Einfluß des Chosrastschot-Denkens zur Gewährleistung der Rentabilität genau solche betriebswirtschaftlichen Organisationsprinzipien in das System sowjetischer Betriebsführung Einzug, wie sie der marktwirtschaftlichen Ordnung von östlicher Seite als Instrumente der "Profitgier" vorgeworfen werden."²⁾

Da nun der Gewinn als Maßstab der betrieblichen Leistung im Sinne der Erfüllung zentraler Planziele betrachtet werden kann, liegt es nahe, den Gewinn auch als Stimulus für persönliche Leistungen einzusetzen. Das bedeutet nicht die Ausschließlichkeit dieses Leistungsmaßstabes im Wirtschaftssystem sowjetischen Typs, jedoch steht im Rahmen

1) Vgl. Poom, Eduard, a.a.O., S. 195 f.

2) Förster, Wolfgang, III, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 19, Berlin 1955, S. 39

des hier erörterten Fragenkreises autonomer Dispositionsmöglichkeiten im betrieblichen Bereich der Gewinn im Vordergrund. Andere Maßstäbe wie Mengengrößen verschiedenster Art können in diesem Zusammenhang keine Bedeutung haben, da deren Anwendung den Entscheidungen der Betriebsleiter den Charakter des Autonomien entziehen würde, weil diese Mengenziffern lediglich als Kontrollziffern vorher gegebener Planaufgaben zu betrachten wären.

Das materielle Anreizsystem ist also so zu gestalten, daß das persönliche Interesse der Entscheidungen treffenden betrieblichen Instanzen mit der Erzielung eines maximalen Gewinnes des Betriebes bei gleichzeitig optimaler Planerfüllung konform geht. In diesem Falle wird der persönliche Einsatz angeregt und sich im Sinne der zentralen Planung auswirken können.

Um den Stimulierungseffekt in größtem Maße wirksam werden zu lassen, hat man den in sowjetischer Terminologie als planmäßig und überplanmäßig erscheinenden Gewinn in unterschiedlicher Weise als Stimulus eingesetzt. Neben dem planmäßigen Gewinn als Differenz zwischen Preisen einerseits und Selbstkosten und Umsatzsteuer andererseits, dessen Erzielung unter der Voraussetzung der Planerfüllung gesichert ist, kann der überplanmäßige Gewinn fast ausschließlich durch eine Senkung der Selbstkosten, also durch Rationalisierungsvorgänge entstehen, da Veränderungen auf der Ertragsseite nahezu ausnahmslos durch Eingriffe der Planungsbehörden erfolgen, und die entstehende zusätzliche Differenz im Regelfall durch erhöhte Steuerabführung kompensiert wird. Durch eine Steigerung des überplanmäßigen Gewinns ist gleichzeitig auch dem Gesetz der "bestmöglichen Ausnutzung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel" Genüge getan.

Aus beiden Quellen, dem planmäßigen und überplanmäßigen Gewinn, erfolgt die Speisung der dem Betrieb als Gewinnanteile zur Verfügung stehenden Mittel, die dem sog. Direktorfonds zugeführt werden, der zuweilen auch als "Be-

triebsfonds" bezeichnet wird. Dem Ziel der Leistungssteigerung entspricht es hier, den relativ größeren Teil der in den Direktorfonds fließenden Gewinne den überplanmäßigen Gewinnen zu entnehmen, da dies den Ansporn zur Erzielung maximaler überplanmäßiger Gewinne durch Ergreifen von Rationalisierungsmaßnahmen fördert. - Auch in gewinnlosen Betrieben, die zum Teil mit planmäßigen Verlusten arbeiten, deren Deckung durch Subventionen erfolgt, ist das System anwendbar, da eine Verlustminderung in der Verlustzone der Gewinnsteigerung in der Gewinnzone entspricht.

Die betrieblichen Anteile am Gewinn haben im Zeitablauf mehrfach gewechselt und sind zusätzlich nach Branchen und Industriezweigen differenziert. So bewegen sich die nach neuesten Veröffentlichungen in Erfahrung zu bringenden Sätze für die verschiedenen Industriezweige in der Spanne von 1 bis 5 Prozent des planmäßigen und 15 bis 45 Prozent des überplanmäßigen Gewinns.¹⁾ Dabei sind die wichtigsten Betriebe der Schwerindustrie mit den höchsten Sätzen von 5 bzw. 45 Prozent bedacht, die Nahrungsmittelindustrie hingegen mit den Sätzen 1 bzw. 15 Prozent.²⁾ Als Obergrenze sind 5 Prozent der Summe der jährlich an die im Betrieb Beschäftigten gezahlten Löhne festgelegt.

Über die Verwendung der im Direktorfonds gesammelten Beträge selbst besteht jedoch nur in einem bestimmten Rahmen ein freies Verfügungsrecht der zuständigen Betriebsleiter. Nach gesetzlicher Regelung soll ein Teil für die Finanzierung von Umlaufmitteln und Investitionen, soweit sie die Planansätze übersteigen, Verwendung finden.³⁾ Ein anderer Teil soll "für die Verbesserung der kultu-

1) Vgl. Davies, R.W., The Soviet Budgetary System, Cambridge 1958, S. 317

2) Aus dieser Staffelung läßt sich sehr deutlich die zentrale Zielsetzung in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten erkennen.

3) Damit ist ein Hinweis auf die Fragen autonomer Entscheidungsbefugnisse in den genannten Funktionsbereichen gegeben.

rellen und materiellen Verhältnisse in den Betrieben¹⁾ zur Verfügung stehen, unter denen Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik und Prämienzahlungen zu verstehen sind. Es ist zu vermuten, daß in erster Linie persönliche materielle Vorteile (z.B. Prämienzahlungen), darüberhinaus aber auch Vorteile, die nur dem Betrieb in seiner Gesamtheit zugute kommen (z.B. zur Verfügung stehende Mittel für Investitionen), die Leistungsbereitschaft der Betriebsleiter anspornen werden.

Mit Hilfe der dargestellten Konzeption des materiellen Anreizsystems wird also versucht, effektive autonome Entscheidungen sich im Sinne der Planerfüllung bzw. -übererfüllung auswirken zu lassen. Dabei scheint dem überplanmäßigen Gewinn als Stimulus die größte Bedeutung zuzukommen.

(2) Problematik des materiellen Anreizsystems

Die Beteiligung des Betriebes und der Betriebsleiter am erzielten Gewinn aufgrund des materiellen Anreizsystems zwecks Einsatzes von Initiative und Verantwortung der zu autonomen Dispositionen ermächtigten Instanzen basiert auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß zumindest normale Leistungen, möglichst aber zusätzliche Leistungen erbracht werden, die auf eine Erfüllung des zentralen Plans hinzielen. Das bedeutet, daß der Output eines Betriebes unter ökonomischem Gesichtspunkt in angemessener Relation zum Input des Betriebes steht und diese Relation nach Möglichkeit laufend verbessert wird.

An der Gestaltung dieser Relation in der Praxis aber setzt die Kritik am materiellen Anreizsystem an. Die genannte Voraussetzung, unter der z.B. das Prämiensystem als wirksames Anreizmittel erscheint, ist in der Realität oft nicht gegeben. Die erbrachten Leistungen der Betriebe stehen in vielen Fällen trotz Erwirtschaftung

¹⁾ Tatur, S.K., a.a.O., S. 90

eines beachtlichen Gewinnes nicht in angemessener Relation zum wertmäßigen Einsatz.

Der Grund liegt in der Einflußmöglichkeit, die die Betriebe auf ihre Planauflage haben. Da die Prämierung entsprechend dem Grad der Planerfüllung erfolgt, wird der Betrieb größtes Interesse an einem "leichten" Plan haben, da in diesem Falle der Gewinn als Leistungsmaßstab seitens der Betriebe am einfachsten zu beeinflussen ist. Man wird bei der Aufstellung des Plans bemüht sein, den Output als Planauflage möglichst gering zu halten und als Input rechnerisch großzügige Aufwendungen nachzuweisen. Insbesondere scheint die letzte Möglichkeit nicht allzu schwierig zu sein.

Da jeder Plan auf der Grundlage des Vorjahresergebnisses erstellt wird, dient zunächst das Leistungsergebnis der vergangenen Periode für die zukünftige als Richtschnur. "Die Folge dieser eigentümlichen Praxis ist, daß schlecht arbeitenden Betrieben meist "leichte", gut arbeitenden dagegen "schwere" Pläne zugeteilt werden."¹⁾ Außer der daraus resultierenden Gefahr der Erlahmung des technischen Fortschritts kann der ökonomische Sinn der Belohnung schlecht arbeitender und der Bestrafung gut arbeitender Betriebe nicht eingesehen werden. Häufig besteht infolge mangelnder Kontrolle die Möglichkeit der Erhöhung der Aufwandsnormen, so daß im Plan höhere Lohn-, Materialkosten etc. in Ansatz kommen als mutmaßlich entstehen werden. Solche Maßnahmen erleichtern die Erfüllung bzw. Übererfüllung der Planaufgaben. Außerdem schafft ein gewisser Überbestand an Arbeitskräften, Materialvorräten etc. Reserven, die zunächst ohne ökonomischen Effekt bleiben.

Ungeachtet des ökonomisch Sinnvollen besteht jedoch aufgrund des praktizierten materiellen Anreizsystems eine

¹⁾ Leonhard, Wolfgang, a.a.O., S. 29

Parallelität zwischen Gewinnbeteiligung der Betriebe sowie ihrer Leiter und erzielten Gewinnen. Planerfüllung und -übererfüllung durch Selbstkostensenkung sind hier ausschließlicher Maßstab. Die Höhe einer normalen Ausgangsbasis, eines normalen Leistungsstandes der Betriebe bzw. einer leistungentsprechenden Plananforderung an die Betriebe, von denen echte Kostensenkungen vernünftigerweise berechnet werden müßten, bleibt in der sowjetischen Wirtschaftspraxis weitgehend ohne Beachtung. Das hat zur Folge, daß die Initiative der mit autonomen Entscheidungen betrauten Betriebsleiter sich in erster Linie auf die Sicherung einer günstigen Ausgangsbasis, eines "leichten" Planes, richtet, um dadurch Kostensenkungen in größtem Maße zu ermöglichen, die sich als Gewinnsteigerungen auswirken.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dies beachtenswerte Mängel des planwirtschaftlichen Systems sind, die die Volkswirtschaften planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten erhebliche Einbußen an Effizienz wirtschaftlicher Potenzen kostet.

(3) Verbesserungsvorschläge

Obwohl die aufgezeigten Mängel des materiellen Anreizsystems hinreichend bekannt sind, hat man bisher keine ernsthaften Versuche unternommen, hier Abhilfe bzw. Verbesserungen zu schaffen. Das würde auch zwangsläufig eine gewisse Lockerung der bestehenden Planbindung zugunsten größerer Freiheiten der Betriebe bedeuten. Zu diesem Problem ist in jüngster Zeit in der sowjetischen Presse eine rege Diskussion geführt worden, als deren Initiator der Charkower Wirtschaftswissenschaftler Professor Liberman gilt.

Seine Vorschläge zielen auf eine Reorganisation des gesamten Anreizsystems hin. Liberman glaubt, durch eine größere wirtschaftliche Verselbständigung der Betriebe dem Rentabilitätssystem einen echten ökonomischen Sinn

geben zu können. Das materielle Interesse des Betriebes bzw. der Betriebsleiter soll nach den Plänen Libermans durch eine Gewinnbeteiligung in der Weise zur Geltung kommen, daß der Betrieb nach Maßgabe seiner Rentabilität 0,1 bis 5,5 Kopeken pro Rubel des Umsatzes dem Direktorfonds zuführt. Die von Liberman vorgeschlagene Rentabilitätsskala als Grundlage für die Prämierung aller Betriebe sieht z.B. für eine Rentabilitätssteigerung von 5,1 auf 61 Prozent eine Prämiensteigerung von 2,1 auf 5,3 Kopeken pro Rubel Umsatz vor.¹⁾ Die Beteiligung des Betriebes besteht also nicht im gleichen Verhältnis zur Rentabilitätssteigerung, sondern nur unterproportional.

Das Neuartige dieses Vorschlages liegt in der Abhängigkeit der Gewinnbeteiligung von echten Leistungssteigerungen der Betriebe. Die Bezugnahme auf Umsatz und Gesamtgewinn eines Betriebes hat zur Folge, daß die Betriebsleiter einerseits auf eine möglichst große Ausbringung, andererseits auf die Maximierung der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand bedacht sein werden. Das aber setzt wiederum das Bemühen um einen "hohen" Plan und den Anfall eines geringen Aufwandes voraus. Ein Brachliegen wirtschaftlicher Potenzen durch mangelhafte Ausnutzung betrieblicher Kapazitäten, Halten großer Überplanbestände an Material und Beschäftigung nicht notwendiger Arbeitskräfte ist dadurch weitgehend verhindert.

Es ist zu vermuten, daß eine Realisierung dieser Vorschläge berechnigte Aussichten hätte, durch ökonomisch sinnvolle Anreizmittel die Initiative und Verantwortung der zu autonomen Entscheidungen ermächtigten betrieblichen Instanzen weit besser im Sinne der zielsetzenden Zentrale wirken zu lassen als bisher. Neuesten Pressemeldungen zufolge scheint jedoch dieser Plan, der sicherlich auch auf höchster politischer Ebene diskutiert worden ist, wie die offizielle Publizierung der Reformpläne zeigt,

1) Vgl. Leonhard, Wolfgang, a.a.O., S. 29

zugunsten erneut erkennbarer Zentralisierungsbestrebungen in Vergessenheit zu geraten.

3. Die Eingrenzung des Entscheidungsbereiches der Betriebsleiter durch das finanzielle Kontrollsystem

Dem Bereich autonomer Entscheidungen in der Betriebs-sphäre stehen die Planwirtschaftler grundsätzlich skeptisch gegenüber. Aufgrund des Mißtrauens, mit dem man dem Instrumentarium entgegentritt, das zwecks Einsatzes von Initiative und Verantwortung der zu autonomen Entscheidungen befugten betrieblichen Instanzen im Sinne der Planerfüllung geschaffen wurde, erklären sich die Kontrollen der betrieblichen Tätigkeit durch überbetriebliche Organe.

a) Bedingungen finanzieller Kontrollen

Man ist geneigt zu glauben, daß allgemein einer zunehmenden Kontrolltätigkeit eine Reduzierung des Bereichs autonomer Entscheidungen entspricht. Das trifft zwar für mengenmäßige Kontrollen zu. Da jedoch auch finanzielle Planziffern bestehen, auf die schon mehrfach hingewiesen wurde, resultieren daraus auch finanzielle Kontrollen. Es wird sich zeigen, daß die finanziellen Kontrollziffern weitgehend die Existenz autonomer Entscheidungen unberührt lassen, trotzdem aber den bezweckten Kontrolleffekt haben.

aa) Finanzielle Kontrollen auf der Basis finanzieller Planung

Voraussetzung finanzieller Kontrollen ist die finanzielle Planung. Sie entspricht in ihrer Zwecksetzung der naturalen Planung mit Hilfe von Mengengrößen und besteht z.T. neben der naturalen Planung und ergänzt diese oder existiert für sich allein ohne das Vorhandensein einer Mengenplanung. Die finanziellen Planziffern stellen reine Wertgrößen (Geldgrößen) dar, die sich dazu eignen,

einen Komplex von verschiedenen gearteten Tatbeständen in einer Ziffer auszudrücken. Aus diesem Grunde kann auch die Bestimmbarkeit der in dieser Ziffer verborgenen Teilmengen aufgrund der Planung nur allgemeiner Natur sein und entbehrt der näheren Konkretisierung, wie sie bei Mengengrößen gesichert ist. Technisch erfolgt die finanzielle Planung bzw. Beauftragung der Betriebe ähnlich der natürlichen Planung unter Zuhilfenahme finanzieller Bilanzen¹⁾, deren detaillierte Darstellung sich in diesem Zusammenhang erübrigt.

In dieser Situation der Beauftragung der Betriebe mittels Wertziffern besteht für die Betriebsleitung der größte Entscheidungsspielraum. Daher wird das Bestreben auf Seiten der Planungsbehörden verständlich, den Bereich autonomer Entscheidungen der Betriebsleiter zumindest indirekt unter Kontrolle zu bringen. Im Falle der ausschließlich finanziellen Planung kann die Kontrolle auch nur finanzieller Art sein. Aber auch bei Anwendung der Mengenplanung ist die finanzielle Kontrolle unentbehrlich geworden. Die Kontrollen durch Mengenziffern bestehen dann zusätzlich.

Die finanzielle Kontrolle erschöpft sich nicht im Vergleich der durch den Plan bestimmten Sollgrößen mit den Istgrößen am Ende einer Periode, sondern ebenso bedeutungsvoll erscheint die laufende Kontrolltätigkeit während einer Periode.

bb) Kontrolle des gesamten finanziellen Bereichs eines Betriebes

Die finanziellen Kontrollmaßnahmen sind zu einem einheitlichen Kontrollsystem entwickelt worden, das den gesamten finanziellen Bereich eines Betriebes umfaßt. Nur bei einer solchen Komplexität kann auch eine Wirksamkeit der finanziellen Kontrollen erwartet werden.

¹⁾ Vgl. Hirsch, Hans, a.a.O., S. 9 ff.; Hedtkamp, Günter, a.a.O., S 71 ff.

"Verfügen ... die Betriebe über Geldmittel, die eine wirksame Kaufrkraft darstellen, in freier Weise und ohne wirksame Kontrolle, so wird das Geld zum Sprengstoff des ganzen Systems. Denn wenn die Betriebe ihre Planaufgaben geldwirtschaftlich zu erreichen suchen, so braucht dies keineswegs in Übereinstimmung mit den naturalen Planvorschriften, sondern kann durchaus im Widerspruch zu ihnen geschehen. Die hieraus sich ergebenden Diskrepanzen würden in kürzester Zeit zur Lenkungsanarchie führen. Diese Gefahr ist nur zu vermeiden, wenn der gesamte Geldverkehr zwischen den Betrieben über genau vorgeschriebene Kanäle geleitet und wenn die Einhaltung dieser Vorschriften schärfstens kontrolliert wird." ¹⁾

In der Betriebssphäre ist mit diesen Kontrollaufgaben der Haupt- oder Oberbuchhalter betraut. Aus seiner Doppelstellung als staatlicher Kontrolleur einerseits und Angestellter des jeweiligen Betriebes andererseits resultieren oft Interessenkonflikte, da er sowohl dem Betrieb als auch dem Staat verpflichtet ist. Als Leiter des Rechnungswesens hat er Einblick in alle Betriebsvorgänge und untersteht in dieser Eigenschaft dem Werkdirektor. ²⁾ Außerdem trägt er die volle Verantwortung für die strenge Plangerechtigkeit der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes und ist ermächtigt und verpflichtet, Planverstöße zu verhindern bzw. übergeordneten Kontrollorganen zu melden. ³⁾

Außerhalb des betrieblichen Bereichs erfolgt die Kontrolltätigkeit durch die sog. "Kontrolle durch den Rubel" ⁴⁾ (für die UdSSR, für andere Ostblockländer entsprechend durch ihre Landeswährung). Voraussetzung dieser Kontrolle

¹⁾ Hensel, K. Paul, I, a.a.O., S. 202

²⁾ Vgl. Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 12

³⁾ Vgl. Rowinski, N.N., III, Das Finanzsystem der UdSSR, Berlin 1953, S. 143

⁴⁾ Politische Ökonomie, a.a.O., S. 723

ist das Prinzip der knappen Dotierung, das eine knappe Zuteilung der Betriebe mit Geldmitteln für notwendige Dispositionen und eine "Abführungsspflicht für Bargeld" zum Inhalt hat. "Von dieser Kontrolle werden erfaßt die innerbetrieblichen Vorgänge, die zwischenbetrieblichen Beziehungen sowie die Beziehungen der Betriebe zum Staatshaushalt."¹⁾ Liquiditätskrisen können hier kein existenzbedrohendes Problem für die Betriebe bedeuten, da geplante betriebliche Tätigkeit auch finanziell durch entsprechende Zuteilung von Finanzmitteln ermöglicht wird.

Von der theoretischen Konzeption her umfaßt also das finanzielle Kontrollsystem den gesamten betrieblichen Bereich, so daß auch die autonomen betrieblichen Entscheidungen nur innerhalb dieses finanziellen Kontrollrahmens erfolgen können.

cc) Die Funktionsfähigkeit finanzieller Kontrollen

(1) Effizienz finanzieller Kontrollen

Zunächst besteht die Forderung, daß der finanzielle Kontrollapparat solche Ergebnisse liefert, die auch eine Kontrolle des Plangewollten ermöglichen. Das bedeutet den Einsatz geeigneter Kontrollmethoden, die in der Lage sind, die gesamte betriebliche Tätigkeit aufgrund ihrer Spiegelung in den finanziellen Größen zu überwachen. Weiterhin muß vorausgesetzt werden, daß der gesamte Bau der Kontrollinstanzen, deren Spitze das Finanzministerium bildet, funktionsfähig ist.

Damit treten in einem planwirtschaftlich ausgerichteten System Probleme auf, die man in einer Marktwirtschaft nicht kennt, da eine Kontrollfunktion des finanziellen Apparates besonders auf überbetrieblicher Ebene in dieser Form nicht existiert.

¹⁾ Förster, Wolfgang, III, a.a.O., S. 41

(2) Nichtbeeinflussung der Triebkräfte

Trotz der Geschlossenheit des finanziellen Kontrollsystems darf jedoch der eigentliche Motor betrieblicher Tätigkeit, nämlich Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Betriebsleiter, keinen hemmenden oder gar lähmenden Einfluß erfahren. Aufgrund der Eigenschaft finanzieller Größen als tertium comparationis ist den Betriebsleitern durch die finanziellen Auflageziffern für den gesamten Betrieb, einen Teilbetrieb, gewisse Betriebsfunktionen oder Teilfunktionen ein Rahmen gegeben, in dem eine Wahl zwischen Alternativen erfolgen kann. Die Konkretisierung, die durch die Initiative der Betriebsleiter erfolgt, ist ein Ergebnis betrieblicher Trieb- und Gestaltungskräfte.

Es besteht also die Forderung, daß das finanzielle Kontrollsystem trotz seiner Totalität in seiner Ausgestaltung nicht zu engmaschig sein darf, so daß der Entfaltungsmöglichkeit betrieblicher Triebkräfte genügend Spielraum bleibt, um das Optimum möglicher betrieblicher Tätigkeiten zu realisieren. Die Realisierung dieses Optimums würde eine Sanktionierung autonomer Entscheidungen innerhalb des finanziellen Kontrollsystems bedeuten.

b) Darstellung einzelner finanzieller Kontrollmaßnahmen

aa) Kontrollfunktion des Banksystems

Entsprechend dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Charakter der Oststaaten ist auch das gesamte Banksystem zentralistisch gestaltet. In der UdSSR steht an dessen Spitze die Staatsbank, die durch eine große Zahl von Zweig- und Nebenstellen ihre Funktionen ausübt. Außerdem existiert die sog. Investitionsbank, die durch bestimmte, für die einzelnen Wirtschaftszweige zuständige Spezialbanken funktionsfähig ist. Weitere zweckgerichtete Bankbetriebe (z.B. Sparkassen) sind in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung.

Die einzelnen Bankbetriebe stehen jedoch nicht in Konkurrenz miteinander, sondern sind systematisch nach abgegrenzten Aufgabenbereichen bei einheitlicher Zweckbestimmung ausgerichtet. Aus diesem Grunde ist auch ein Geld- oder Kapitalverkehr im marktwirtschaftlichen Sinne nicht denkbar.

(1) Kontrolle der laufenden Finanztransaktionen

Die laufenden Finanztransaktionen eines Betriebes können fast nur durch die Mitwirkung der Staatsbank erfolgen. "Die Staatsbank der UdSSR ist das Kassen- und Emissionszentrum des Landes. Auf Grund eines von der Regierung bestätigten Planes gibt sie Geldzeichen aus und regelt den Geldumlauf. Die Staatsbank der UdSSR stellt das einheitliche Verrechnungszentrum des Landes dar. Alle Geldverrechnungen (außer kleinen Beträgen) zwischen den Betrieben und Organisationen der sozialistischen Wirtschaft laufen über die Bank."¹⁾ Daher hat die Staatsbank die Kontrolle über den nahezu gesamten laufenden Finanzverkehr der Betriebe.

Im Vordergrund steht die Einschaltung der Staatsbank in die Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben aufgrund ihrer gegenseitigen Warenlieferungen und Leistungen. Alle größeren direkten finanziellen Transaktionen zwischen den Betrieben sind grundsätzlich verboten. Die Regelung der finanziellen Beziehungen erfolgt durch das Rechnungseinzugsverfahren (RE-Verfahren).

"Das Wesen des Rechnungseinzugsverfahrens oder Bankeninkassos besteht in einer Verallgemeinerung und Weiterentwicklung der besonders aus dem Überseehandel bekannten Zahlungsmodalität 'Netto Kasse gegen Dokumente'. Hiernach belastet die kontoführende Staatsbankstelle bei Vorlage von Warendokumenten kurzerhand, ohne einen Auftrag des

¹⁾ Rowinski, N.N., III, a.a.O., S. 19

Kontoinhabers abzuwarten, das laufende Pflichtbankkonto des Empfängers, so daß es einen Lieferantenkredit praktisch nicht gibt."¹⁾

Bei Warentransaktionen im Werte von über 1000 Rubel ist das RE-Verfahren grundsätzlich zur Pflicht gemacht. Dagegen besteht bei Forderungen im Werte zwischen 100 und 1000 Rubel die Wahl zwischen Verrechnung im RE-Verfahren und Barzahlung; Forderungen unter 100 Rubel werden allgemein durch Barzahlung beglichen.

Diese Automatik des RE-Verfahrens wird auch nicht behindert im Falle ungedeckter Konten der beteiligten Betriebe. Reicht die Deckung des Kontos des Lieferungsempfängers nicht zur Begleichung der Forderung aus, so gibt der Verfahrensgang der Verrechnung dem Empfänger genügend Zeitraum zur Anschaffung eines Kredites bei der Staatsbank, der zu verzinsen und zu tilgen ist. Gelingt die Anschaffung nicht, so wird dem Lieferanten der bereits auf seinem Konto gutgebrachte Betrag auf ein Kreditkonto umgebucht und als Kredit behandelt. Dadurch ist eine Einflußnahme des Lieferanten auf den Empfänger zur Begleichung seiner Schuld gesichert. Außer der Kontrolle finanzieller Transaktionen bewirkt die Staatsbank mit Hilfe dieses Verfahrens eine Kontrolle der Betriebe untereinander.

Soweit Barzahlungen erfolgen, die im zwischenbetrieblichen Verkehr nur relativ geringe Bedeutung haben, jedoch in Handelsbetrieben und hier vor allem im Einzelhandel größeren Umfang erreichen, unterliegt die Kassenführung der betreffenden Betriebe einer strengen Kontrolle in der Form, daß die Barbeträge ein- bis zweimal täglich an die Staatsbank abzuführen sind.

¹⁾ Förster, Wolfgang, III, a.a.O., S. 46

Das RE-Verfahren ist neuerdings in der DDR durch das Forderungseinzugsverfahren¹⁾ (FE-Verfahren) ersetzt worden, das die Laufzeit des Inkassoauftrags aufhebt. Die Verrechnung erfolgt jetzt direkt von Konto zu Konto und findet auch bei Kleinstbeträgen Anwendung, soweit die Betriebe als Kontoinhaber bei der Staatsbank geführt werden. Die finanzielle Kontrolle durch die Staatsbank erreicht somit noch einen höheren Grad an Wirksamkeit.

(2) Kontrolle aufgrund der Ausstattung der Betriebe mit
Eigen- und Fremdmitteln

Aufgrund der juristischen Stellung der Betriebe hat das zentrale Banksystem besonders bei Staatsbetrieben außer auf laufende Finanztransaktionen auch durch die Ausstattung der Betriebe mit Eigen- und Fremdmitteln einen kontrollierenden Einfluß. Da der staatliche Betrieb sämtliche Mittel vom Staat erhält, kann die Unterscheidung in Eigen- und Fremdmittel nicht an den Geber der Mittel geknüpft sein, wobei formell natürlich verschiedene staatliche Institutionen die Mittel bereitstellen können. Vielmehr kommt der Unterscheidung lediglich propagandistische Bedeutung zu, da sie ohne sachlichen Grund von der bloßen Deklaration der Mittel als Eigen- oder Fremdmittel durch den Staat bzw. durch die gebende Bank, die sowohl die Staatsbank als auch die Investitionsbank sein kann, abhängig ist.

Der Kapitalbegriff in den Bilanzen der Betriebe eines marktwirtschaftlichen Systems wird in einer Planwirtschaft durch den Fonds begriff ersetzt, der jedoch nicht die Herkunft der Mittel, sondern deren Zweckbestimmung bezeichnet. Man unterscheidet einen Grundmittel- und Umlaufmittelfonds, wobei der Grundmittelfonds ganz, der Umlaufmittelfonds zum Teil Eigenmittel darstellen. Die

¹⁾ Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen durch Forderungseinzug - FE-Anordnung - vom 24.3.1961, GB1. d. DDR, Teil II/1961, S. 142 f.

Eigenmittel dienen der Finanzierung der planmäßigen Grund- und Umlaufmittel, wobei als Grundmittel Gebäude, Maschinen, Einrichtungen etc. und als Umlaufmittel das herkömmliche Umlaufvermögen anzusehen sind.

Die Zuweisung der Mittel erfolgt nach dem Prinzip der knappen Dotierung, mit dem eine strenge Zweckbestimmung einhergeht. Die Finanzierungsquelle für Eigenmittel stellt der Staatshaushalt dar. Mit Hilfe der Investitionsbank bzw. ihrer zuständigen Nebenstellen werden diese Mittel an die Betriebe weitergereicht.

Da die Eigenmittel den Betrieben zinslos zur Verfügung stehen, bedeutet diese Art der Finanzierung die billigste und bequemste, soweit erdrückende Planaufgaben nicht zur Beschaffung zusätzlicher (Fremd-)Mittel zwingen. Gelingt es dem Betrieb, den Plan niedrig zu halten, so braucht dem Prinzip der Zweckbindung der Mittel nicht so große Beachtung geschenkt zu werden, da in diesem Falle bzgl. des Einsatzes der Mittel größere Dispositionsfreiheit der Betriebsleiter besteht. In entsprechendem Maße schwindet auch die Kontrollwirkung der Banken. Diesen Mißständen gilt der ständige Kampf der zuständigen Kontrollinstanzen, die eine Reservenbildung in den Betrieben, die auf dem Mißverhältnis zwischen beabsichtigter Zweckbindung und effektivem Einsatz der Mittel beruht, zu verhindern oder aufzudecken versuchen. Die Zuweisung der Eigenmittel zu den einzelnen Fonds erfolgt jährlich nach Maßgabe der jeweils neu erstellten Planunterlagen.

Neben der Ausstattung der Betriebe mit Eigenmitteln steht die mit Fremdmitteln. Der nicht durch Eigenmittel gedeckte Teil des Umlaufmittelfonds ist in Form planmäßiger Kredite mit kurzfristigen¹⁾ Charakter von der Staatsbank

¹⁾ Die Möglichkeit der Aufnahme langfristiger Kredite besteht zwar grundsätzlich (z.B. zur Finanzierung von Rationalisierungsvorhaben), jedoch wird davon in der Praxis von den Staatsbetrieben kaum Gebrauch gemacht, da sich der Effekt vornehmlich in einer Planverschärfung der folgenden Periode bemerkbar machen würde, der man möglichst zu entgehen versucht. Genossenschaftliche Betriebe dagegen sind oft auf diese Finanzierungsmethode angewiesen.

zu beschaffen. "Durch den Kredit kommt ein von außen her auf die Betriebe einwirkendes zentrales Kontrollinstrument zum Einsatz, das durch die Rückzahlungsverpflichtungen zur Einhaltung der Termine zwingen und gleichzeitig über die Strafzinsen einen Druck ... ausüben soll."¹⁾

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Beschaffung außerplanmäßiger Kredite zum Zwecke der Finanzierung auftretender Engpässe, deren Ursachen betrieblicher oder außerbetrieblicher Natur sein können. Infolge des Prinzips der knappen Dotierung planmäßiger Eigen- und Fremdmittel werden die Betriebe häufig zur außerplanmäßigen Kreditaufnahme greifen müssen, die sogar in gewissem Umfang von zentraler Stelle erwünscht ist.

Das treffendste Beispiel bilden hier die Saisonkredite, die zur Überbrückung finanzieller Engpässe in bestimmten Zeiträumen dienen sollen.²⁾ Die Kredithergabe erfolgt also unter der Bedingung der Behebung der Zwangslage. Nach Abwägung des Risikogrades der Zwangslage mit der Aussicht auf Herstellung normaler Verhältnisse mittels der Kreditaufnahme wird die Staatsbank bei den einzelnen Kreditersuchen ihre Kreditbedingungen stellen, die gleichzeitig wiederum einen entsprechenden Kontrolleffekt zur Folge haben. Die Rückzahlung der Kredite zu geplanten oder ungeplanten Zeitpunkten, die nur aus laufenden Einnahmen der Betriebe erfolgen kann, gibt Auskunft über die erfolgreiche oder erfolglose Durchführung der mittels der Kredite finanzierten Projekte.

bb) Kontrollfunktion des Steuersystems

Man versucht von Seiten des Staates, das Steuersystem,

¹⁾ Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 80

²⁾ Vgl. Birman, A.M., Die Finanzen der Wirtschaftszweige der UdSSR, Teil I, Berlin 1956, S. 136 f. Weitere Beispiele: Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 95 f.

das ursprünglich als Mittel zur Beteiligung des Staates am Volkseinkommen gedacht ist, in den Dienst der Kontrolle des Staates über die Betriebe zu stellen.

Die Betriebe planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten sowjetischen Typs unterliegen im wesentlichen den beiden Hauptsteuern des Steuersystems, der Umsatzsteuer und der Gewinnabführung. Diese stellen die beiden wichtigsten Kanäle dar, durch die die Betriebe mit dem Staatshaushalt auf dessen Einnahmeseite in Verbindung stehen ("Zwei-Kanäle-System").

Der Begriff "Steuer" wird im Schrifttum planwirtschaftlicher Staaten gern vermieden, um der Bevölkerung den Blick für Zweck und Bedeutung der Steuern zu verschleiern. So ist der Begriff der Umsatzsteuer in der offiziellen Terminologie der DDR bereits in "Produktions- und Dienstleistungsabgabe" umgewandelt worden. Tatsächlich handelt es sich jedoch um Zahlungen an den Staatshaushalt, die in ihrem Charakter mit der Steuer identisch sind.

Da Umsatzsteuer und Gewinnabführung aus der Akkumulation, dem Mehrwert der Betriebe, der durch die Differenz von Erlösen und Kosten bestimmt wird, fließen, sind beide wegen des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (mit Ausnahme der Genossenschaften, die auch anstelle ihrer Gewinne Einkommensteuern zahlen) als wesensgleiche Akkumulationsbestandteile zu betrachten.

(1) Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer wird bei den Staatsbetrieben und Genossenschaften erhoben und stellt in der UdSSR die wichtigste Einnahmequelle des Staatshaushalts dar. Sie ist nicht Kostenbestandteil und erscheint im Rechnungswesen der Betriebe daher auch nicht unter den als Kosten bezeichneten Ausgaben. Vielmehr füllt sie die Differenz aus, die zwischen den zentral festgesetzten Preisen einer-

seits und den Durchschnittskosten sowie dem Plangewinn andererseits bleibt. Da diese Differenz bei den einzelnen Warengattungen aber sehr unterschiedlich ausfällt¹⁾, ist die Umsatzsteuer als differenzierte Umsatzsteuer zu bezeichnen. Die Abführung der Umsatzsteuer erfolgt jeweils nach der Umsatztätigung nach relativ kurzen Zeiträumen, die mitunter nur wenige Tage betragen.

Durch die beschriebene Gestaltung der Umsatzsteuer sichern sich die Finanzorgane ein hohes Maß an Kontrolle auf Produktion und Absatz der Betriebe. An Hand der Umsatzsteuereingänge läßt sich ein Überblick über den Stand der Planerfüllung gewinnen. Diese Kontrolle betrifft jedoch nur die quantitative Erfüllung der Pläne.

"In der Regel werden für gleichartige Waren gleiche Sätze festgelegt, so daß jeder Betrieb an einer möglichst starken Selbstkostensenkung interessiert ist, weil diese unmittelbar seinen Gewinn erhöht."²⁾

Hier ist es also denkbar, daß eine quantitative Planerfüllung zustande kommt, die jedoch durch eine Qualitätsverschlechterung der Produkte begründet sein kann. Da aber die Umsatzsteuer als fixer Betrag unabhängig von außerplanmäßigen Selbstkostensenkungen zu zahlen ist, besteht die Befürchtung, daß die Qualität der Planerfüllung beeinträchtigt wird. Dieser Mangel der Kontrolle soll durch die Gewinnabführungen behoben werden.

(2) Gewinnabführung

Gewinnabführungen an den Staatshaushalt leisten nur die Staatsbetriebe, während die entsprechenden Leistungen

1) Vgl. Rowinski, N.N., II, Der Staatshaushalt der UdSSR, Bd. II, Berlin 1953, S. 35

2) Menz, Gertraud, Die Entwicklung der sowjetischen Besteuerung, Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13, Berlin 1960, S. 174. Die Höhe der Steuersätze ist sehr stark differenziert. Offizielle Angaben über die Höhe der Sätze sind nicht zu erhalten, wie Menz feststellt; vgl. Menz, Gertraud, a.a.O., S. 178.

der Genossenschaften als Einkommensteuer bezeichnet werden. Im Gegensatz zur Umsatzsteuer, die in voller Höhe in den Staatshaushalt fließt, stellt die Gewinnabführung nur einen Teil des Gewinnes dar.¹⁾ Dabei kann sie die Form des im Plan festgelegten Gewinnes (Plangewinn) oder des außerplanmäßigen Gewinnes als Folge von Selbstkostensenkungen haben. Von beiden Gewinnbestandteilen errechnen sich die abzuführenden Beträge nach fixierten Prozentsätzen. Sind statt der planmäßigen Gewinne planmäßige Verluste vorgesehen, und führen auch Selbstkostensenkungen nicht zu effektiven Gewinnen, so sind 10 Prozent der geplanten Selbstkostensenkung abzuführen.²⁾

Diese Maßnahmen verdeutlichen, daß mit Hilfe der Kontrolle der Gewinne durch die Finanzorgane und der Beteiligung des Staates an planmäßigen und außerplanmäßigen Gewinnen auch eine Einflußnahme auf die Art und Weise der Planerfüllung bezweckt wird. Die teilweise Beanspruchung auch der durch Selbstkostensenkungen entstandenen außerplanmäßigen Gewinne von Seiten des Staates dürfte zumindest der Tendenz nach verhindern, daß die Betriebe allein auf ihren Vorteil bedacht sind und den Plan zwar der Quantität nach erfüllen oder gar übererfüllen, auf die Qualität der Produkte aber wenig Rücksicht nehmen. Außer der Prüfung des Produktionsplanes werden weitere Prüfungen ermöglicht, z.B. Senkung der Selbstkosten, Ausnutzung der Kapazität etc.

Die Einkommensteuer der Genossenschaften belastet den im Periodenabschluß festgestellten Gewinn. Die Berechnung erfolgt an Hand von Prozentsätzen, die mit der Rentabilität des Betriebes progressiv steigen.³⁾

Wegen des hohen Rentabilitätsniveaus erreicht die abzu-

1) Vgl. Förster, Wolfgang, III, a.a.O., S. 21

2) Vgl. Menz, Gertraud, a.a.O., S. 182

3) Vgl. Menz, Gertraud, a.a.O., S. 183 f.

führende Einkommensteuer für diese Betriebe eine relativ größere Bedeutung als die Gewinnabführungen für die Staatsbetriebe, wenngleich sie auch absolut gesehen vom fiskalischen Standpunkt aus nur geringe Beachtung verdient. Sinn und Zweck dieser Steuer decken sich jedoch mit den Gewinnabführungen.

c) Beurteilung des finanziellen Kontrollsystems in der
Planungspraxis

Die Darstellung finanzieller Kontrollmaßnahmen zeigt, daß die Dispositionen über finanzielle Transaktionen der Autonomie betrieblicher Entscheidungsorgane nahezu vollständig entzogen sein sollen. Außerbetriebliche Instanzen bestimmen über die Ausstattung der Betriebe mit finanziellen Mitteln bzw. über den Entzug.

Dieses im Modell konsequente finanzielle Kontrollsystem erfährt in der Wirtschaftspraxis häufig Durchbrechungen, indem z.B. zweckgebundene Mittel einer zweckentfremdeten Verwendung zugeführt werden. Formell wird der Erwerb eigener Mittel oder die Kreditaufnahme im Regelfall mit dem Schein der Rechtmäßigkeit umgeben sein, indem von Seiten der Betriebe falsche Begründungen angeführt werden. "Die Betriebe versuchen ... immer wieder, sich neue Finanzierungsquellen zu erschließen"¹⁾, die oft jedoch von den Kontrollorganen nur schwierig als Planverstöße zu entlarven sind.

Trotz des Scheins der Plangerechtigkeit solcher finanzieller Transaktionen wird der bezweckte Effekt äußerst zweifelhaft. Anstelle der Ausübung zgedachter Kontrollfunktionen fehlt nicht nur der Kontrolleffekt, sondern die finanziellen Transaktionen werden selbst zum planstörenden Element. Im günstigsten Falle wird am Ende einer Planperiode die Planwidrigkeit im Betriebsergebnis

1) Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 176

erkennbar; das System kann jedoch des signalisierenden Effektes während einer Periode entbehren.

Für die Beantwortung der Frage nach den Möglichkeiten autonomer betrieblicher Entscheidungen ergeben sich hier gewisse Ansatzpunkte. Zwar bestehen in solchen Fällen über die effektive Autonomie möglicher Entscheidungen der maßgebenden betrieblichen Instanzen kaum Zweifel, doch muß man sich bewußt sein, daß diese Entscheidungen nicht den Regeln des Systems entsprechen und sogar häufig gegen die Ziele des Systems gerichtet sein werden.

Soweit die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe in finanzieller Hinsicht jedoch als wirksam zu bezeichnen ist, sind im finanziell gesteckten Rahmen autonome Dispositionen in der Betriebssphäre denkbar, die auch im Einklang mit den Systemzielen stehen können. Sie sollen im folgenden behandelt werden.

Im letzteren Fall setzen finanzielle Kontrollen den autonomen Entscheidungen in den Betrieben die Grenze bzw. bestimmen den Grad der Autonomie. Diese besteht grundsätzlich nicht in der Freiheit der Entscheidung über die betrieblichen Ziele, sondern, soweit sich der Tatbestand global formulieren läßt, im wesentlichen in der Bestimmung der Mittel und Methoden zur Durchführung der zentralen Ziele. Insoweit erhalten die Entscheidungen betrieblicher Instanzen den Charakter einer bedingten Autonomie, die im Rahmen finanzieller Grenzen zur Wirkung gelangt. Auf diesen Tatbestand sei der Bedeutung wegen wiederholt hingewiesen.

II. Die Effizienz autonomer Entscheidungen in der Betriebs-sphäre

1. Vorbemerkung: Differenzierung der Breite des Entscheidungsspielraumes der Betriebe

a) Differenzierung nach der Bedeutung der Betriebe für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans

Mit der Entscheidung über die Bedeutung der wirtschaftlichen Ziele ist auch gleichzeitig ein Urteil über die Bedeutung der Betriebe gefällt, die diesen für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans zukommt.

Im Zuge der Schwerpunktbildung wirtschaftlicher Ziele hat die sowjetische Planungspraxis eine Dreiteilung der zu erzeugenden Güter vorgenommen. "Man unterscheidet:

1. Die 'Fondsproduktion' ('zentralisierte Fonds'), deren Verteilung bis ins einzelne durch vom Ministerrat bestätigte, Empfänger und Verbrauchsmengen nennende Verteilungspläne geregelt ist;
2. Die kontingentierten oder Quotenerzeugnisse ('regulierte Güter'); von ihnen wird den einzelnen Industrien, Trusts und Regionen im Plan eine Quote zugeteilt, und die Vertriebsabteilung des herstellenden Ministeriums (Glavsbyt) liefert den einzelnen Bestellern bzw. teilt ihnen zu, bis die Quote ihres Industriezweiges oder ihrer Region verbraucht ist;
3. Die 'dezentralisierten Fonds'; sie werden von Verbrauchern oder von den Einkaufsabteilungen der Ministerien (Glavsnab) bei den Erzeugern - meist lokale Industrie, Kooperative und Landwirtschaft - direkt eingekauft."¹⁾

Die Einteilung der einzelnen Güterkategorien in die genannten Gruppen ist in den Details einem ständigen Wechsel unterworfen, wenngleich zu erkennen ist, daß die

¹⁾ Entnommen aus: Hirsch, Hans, a.a.O, S. 100

Betriebe der Investitionsgüterindustrie den Betrieben der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft gegenüber bisher in der Zielskala an höherer Stelle stehen.¹⁾ Eine genauere auf empirische Daten sich stützende Untersuchung erscheint in diesem Zusammenhang nicht erforderlich.

Es ist erklärlich, daß die mit der Erfüllung der wichtigsten Planziele betrauten Betriebe auch der strengsten Planbindung unterliegen, so daß für autonome Entscheidungen betrieblicher Instanzen nur ein relativ kleiner Raum bleibt (z.B. Fondsproduktion). Für Betriebe mit geringer Bedeutung im Volkswirtschaftsplan wäre entsprechend eine gegenteilige Aussage zu machen (z.B. dezentralisierte Fonds).

Inwieweit letztlich naturale und finanzielle Planung (bzw. Kontrolle) im Einzelfall zum Zuge kommen und die Autonomie der einzelnen Betriebe einengen, kann allgemein an Hand des vorliegenden Schrifttums nicht bestimmt werden. Außerdem wäre eine entsprechende Untersuchung wegen der ständigen Änderungen im Planungsapparat der Wirtschaftspraxis nur kurzfristig von aktueller Bedeutung.

b) Die Organisation der Leitung in Staatsbetrieben

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, die Entscheidungsbefugten Organe innerhalb des Staatsbetriebes, auf den sich diese Ausführungen beschränken, zu charakterisieren, um den Grad ihrer Autonomie herauszustellen. Nach den erreichbaren Informationen läßt der volkseigene Betrieb (VEB) der DDR die größte Einsicht-

¹⁾ Z.B. umfaßt die "Fondsproduktion" insbesondere die Produktion der "Schwarz- und Buntmetalle mit vielen Halbfabrikaten daraus, Energie und alle wichtigen Kraftstoffe, Anlagen und Maschinen aller Art für Schwerindustrie, chemische Industrie, Kraftwerke u.ä., die wichtigen Fahrzeuge" etc.; so: Hirsch, Hans, a.a.O., S. 9, Fußnote 1.

nahme in die innere Struktur der Leitung des Staatsbetriebes zu. Der VEB kann auch als repräsentativ für den Typ des Staatsbetriebes angesehen werden.

Der betriebliche Organisationsaufbau basiert auf dem sog. produktions-territorialen System, das den Verwaltungsaufbau an Produktionsmerkmalen und territorialen Gesichtspunkten orientiert.¹⁾ Da außerdem auch der Grundsatz der Einzelleitung eine wichtige Rolle spielt, kann weder das Funktional- noch das Liniensystem²⁾ in reiner Form Anwendung finden. Aber auch das Stabliniensystem als eine Organisationsform, die die Vorteile des Funktional- und Liniensystems zu vereinen sowie deren Nachteile auszuschalten sucht, ist nicht uneingeschränkt übernommen worden, wenngleich sich auch viele verwandte Merkmale zeigen.

Dem Leiter des Betriebes "stehen, entsprechend der Größe des Aufgabenbereiches, eine Reihe Funktionalabteilungen zur Seite, welche die anfallenden Fragen auf ihrem speziellen Gebiet untersuchen und die vom Leiter zu fällenden Entscheidungen vorbereiten. Die Funktionalabteilungen haben aber keine Weisungsbefugnis in grundsätzlichen Fragen an die untergeordneten Organe, Betriebe oder Abteilungen. ... Von den Stäben des Stabliniensystems unterscheiden sich die Funktionalabteilungen im produktionsterritorialen System dadurch, daß sie nicht allein beratende Tätigkeit ausüben, sondern im Rahmen der vom Leiter erteilten grundsätzlichen Anweisungen selbständig operativ arbeiten"³⁾, so daß z.B. die Möglichkeit besteht, gleichen Abteilungen untergeordneter Organe Anleitungen zu geben.

Konkret ist der Aufbau der Betriebshierarchie des VEB dergestalt, daß in vertikaler Richtung in größeren Be-

1) Vgl. Arnold, Borchert, Schmidt, I, a.a.O., S. 84 f.

2) Vgl. Gutenberg, Erich, a.a.O., S. 185

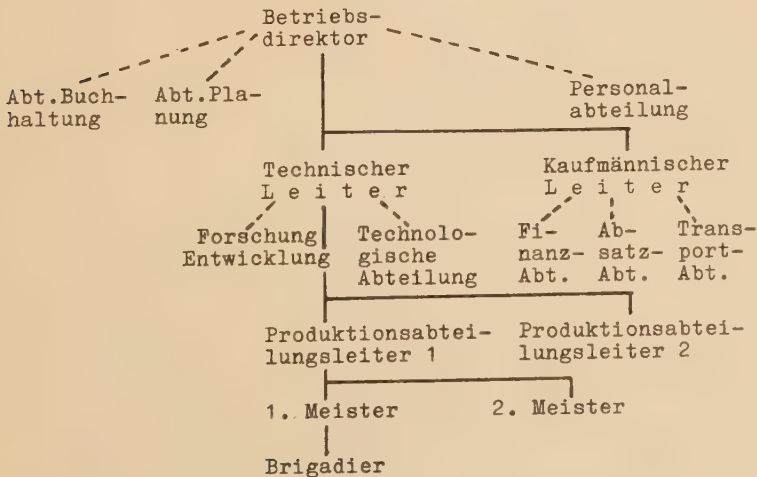
3) Arnold, Borchert, Schmidt, I, a.a.O., S. 86

trieben etwa vier bis fünf Leitungsstufen bestehen¹⁾:

Betriebsdirektor,
technischer Leiter, (kaufmännischer Leiter etc.),
Produktionsabteilungsleiter,
Meister,
Brigadier.

Horizontal sind dem Betriebsdirektor als Funktionalabteilungen z.B. die Buchhaltungs-, die Planungs-, die Personalabteilung etc. beigegeben, dem technischen Leiter etwa die Forschungs- und Entwicklungsabteilung, die technologische Abteilung etc. und dem kaufmännischen Leiter beispielsweise die Finanz-, Absatz- und Transportabteilung.

Weitere nachgeordnete Leitungsstufen haben gewöhnlich keine Funktionalabteilungen. Zur Verdeutlichung soll das folgende Schaubild dienen.²⁾



¹⁾ Vgl. Ultsch, Vater, Schmidt, a.a.O., S. 10

²⁾ Das Schaubild ist in vereinfachter und abgeänderter Form übernommen aus: Wilmut, Adolf, a.a.O., S. 2

Die wichtigsten autonomen Entscheidungen konzentrieren sich naturgemäß in der Spitze der Betriebsleitung. Dem Betriebsdirektor fallen die wichtigsten Entscheidungskompetenzen zu. Die den in der Leitungshierarchie nachfolgenden Organen zustehenden Entscheidungen werden sich im Regelfall mit Ausnahme der Organe der zweiten Leitungsstufe, des technischen, kaufmännischen Leiters etc. in ihrem Wesen kaum von denen der entsprechenden Organe der Betriebe in marktwirtschaftlichen Systemen unterscheiden und stellen in diesem Zusammenhang nur ein Randproblem dar.

2. Die Entscheidungsmöglichkeiten in den einzelnen Funktionsbereichen

Der Komplex der Entscheidungen, der die Produktion des Betriebes betrifft, wirft gleichzeitig Fragen über den Absatz der Produkte und über die Beschaffung der zur Produktion erforderlichen Mittel auf. Insofern besteht eine Abhängigkeit des Absatz- und Beschaffungsbereiches vom Produktionsbereich. Jedoch tritt der Absatz- und Beschaffungsbereich in seiner Bedeutung gegenüber dem Produktionsbereich zurück.

Es scheint deshalb erforderlich, die betrieblichen Grundfunktionen¹⁾, d.h. den Produktions-, Absatz- und Beschaffungsbereich (einschließlich der Investitionsprobleme), einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Die Beleuchtung sonstiger betrieblicher Hilfsfunktionen kann vernachlässigt werden, da dort entweder keine oder nur bedeutungslose bzw. durch allgemeine Aussagen

1) Vgl. Deutsch, Paul, Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1956, S. 484 ff.

nicht faßbare Entscheidungen möglich sind.¹⁾

Methodisch hat die Prüfung der Funktionsbereiche im Hinblick auf einen speziellen Betrieb zu erfolgen. Da der Absatz des einen Betriebes für andere Betriebe Beschaffung ist bzw. umgekehrt, kann z.B. eine Abgrenzung von Absatz- und Beschaffungsbereich nur unter der genannten Bedingung vorgenommen werden.

a) Autonome Entscheidungen im Produktionssektor

Den Komplex der Entscheidungen im Produktionssektor trennt man zweckmäßig in die Gruppe der Planungsentscheidungen und die Gruppe solcher Entscheidungen, die im Verlauf der Plandurchführung notwendig werden, weil sie im Betriebsplan mangels konkreter Regelung nicht vorgesehen waren oder als improvisatorische Entscheidungen z.B. bei Störungen des Betriebsablaufs auch nicht vorausgesehen werden konnten.

aa) Möglichkeiten autonomer Entscheidungen im Bereich der Produktionsplanung

Relativ große Bedeutung kommt den Planungsentscheidungen zu. In der Betriebsspitze findet deren Vorbereitung in einer Funktionalabteilung des Betriebsdirektors, dem Fachorgan "Planungsabteilung", statt. Hier ist eine doppelte Aufgabe gestellt. Die zentrale Planungsabteilung des Betriebes ist infolge der Doppelstellung der Betriebsleitung²⁾ in der Lage, ihren Einfluß sowohl auf

¹⁾ Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß zum Beispiel im finanziellen Bereich, vertreten durch die Abteilung "Finanzen" bzw. "Finanzplanung", bis auf Entscheidungen über die Verwendung der Mittel des Direktorfonds, die zudem auch global gebunden sind, keine autonomen Entscheidungen möglich sind. - Die Forschungs- und Entwicklungsabteilung wird sich entweder nach zentralen überbetrieblichen Anordnungen zu richten haben, oder die Mannigfaltigkeit ihrer Tätigkeit läßt keine allgemeingültigen Aussagen zu.

²⁾ Vgl. die Ausführungen im I. Kapitel, S. 17 f.

den überbetrieblichen Bereich der Planung, der Volkswirtschaftsplanung, als auch auf die eigentliche Betriebsplanung auszuüben.

(1) Einflüsse auf den überbetrieblichen Plan

Autonome Entscheidungen können somit zunächst über den von der Betriebsleitung aufzustellenden Gegenplan, der die überbetriebliche Planungshierarchie bis zur zentralen staatlichen Planungsinstanz hinaufwandert, wirksam werden. Diese Entscheidungen werden in der heutigen Planungspraxis darauf gerichtet sein, dem Betrieb einen möglichst "leichten" Plan zu sichern.

Das geschieht entweder durch die Verschaffung einer günstigen Planauflage oder mittels einer Reservenbildung, die jedoch nicht auf finanziellem sondern auf materiellem Sektor erfolgt und sich in Form gewisser Bestände nicht für den laufenden Produktionsprozeß benötigter Maschinen, Materialien, nicht genügend beschäftigter Arbeitskräfte etc. äußert.

Das Streben zur Bildung solcher Reserven resultiert einerseits aus der ständigen Furcht vor allzu schweren Planauflagen, denen der Betrieb nicht gewachsen ist¹⁾, andererseits aus der zinslosen Zurverfügungstellung der Maschinen und Materialien, soweit diese durch "eigene Mittel" finanziert wurden.

Die diesem Streben entgegenwirkende Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Betriebsleiter, die von Seiten des Staates durch materielle Anreize stark gefördert wird, ist bzgl. des Beitrags der Betriebe zur überbetrieblichen Planung ohne Wirksamkeit und erlangt erst

¹⁾ Die Nichterfüllung der Planauflagen hat für den Betrieb im allgemeinen die Entziehung von Vergünstigungen zur Folge. Bei schweren Planverstößen muß sogar mit strafrechtlicher Verfolgung der Betriebsleiter gerechnet werden.

Bedeutung im Bereich der betrieblichen Planung bzw. Plandurchführung.

(2) Einflüsse auf den Betriebsplan

Bei der Erstellung des Betriebsplanes durch die zentrale betriebliche Planungsabteilung kommen autonome Entscheidungen im Rahmen der "operativen Planung" zur Geltung. Das bedeutet, daß auf der Grundlage der Planauflage für den gesamten Betrieb, die im allgemeinen eine Pauschale entweder in Form einer Mengen- und/oder Wertziffer darstellt, die Betriebsplanung als Detaillierung und Konkretisierung dieser Pauschalaufgabe zu erfolgen hat. Die Aufstellung des Betriebsplanes und seiner Teilpläne erfolgt nach zeitlichen und sachlichen Gesichtspunkten.

Für verschiedene Zeitabschnitte unterscheidet man den Jahresplan, die Quartals-, Monats-, Wochen-, Tagespläne etc.¹⁾. In diesen legt die Planungsabteilung die Aufgaben für das Jahr, das Quartal, den Monat, die Woche, den Tag etc. fest. Perspektivpläne werden im Regelfall nur in der Überbetrieblichen Sphäre aufgestellt.

Unter sachlichem Aspekt steht zunächst die Sortimentsplanung im Vordergrund, der vor allem im Konsumgütersektor große Bedeutung zukommt. Die "Produktion von Massenbedarfsartikeln aus Produktionsabfällen"²⁾ untersteht sogar ganz dem autonomen Entscheidungsbereich der Betriebsleiter, da sonst eine wirtschaftliche Verwertung der Abfälle kaum zu erwarten wäre. In Betrieben der Investitionsgüterindustrie ist infolge größerer Spezifizierung der Planaufgaben die Möglichkeit zur Sortimentsgestaltung entsprechend gering. - Die Planungsabteilung wird ihre Entscheidungen in der Weise treffen, daß sie unter den alternativ realisierbaren Produktionsprogrammen gerade das Programm aus[wählt], das ihr den höchsten

¹⁾ Vgl. Morgenthal, Josef, a.a.O., S. 13 ff.

²⁾ Rowinski, N.N., II, a.a.O., S. 111

Gesamtnutzen gewährt." ¹⁾ Als Maßstab des Nutzens dürfte neben der Planerfüllung im wesentlichen der Gewinn des Betriebes anzusehen sein, dessen Maximierung infolge der Beteiligung des Betriebes über den Direktorfonds als ein maßgebendes Ziel der Betriebsleitung gelten kann.

Außer auf die Sortimentsplanung haben autonome Entscheidungen auch Einfluß auf die Bereitstellungs- und Ablaufplanung. Es ist denkbar, daß Wahlmöglichkeiten beim Einsatz der Fertigungsverfahren bestehen und die Arbeitsgestaltung betrieblicher Entscheidungsfreiheit überlassen ist. (In diesem Rahmen finden auch die Mittel des Direktorfonds aufgrund autonomer Entscheidungen ihre Verwendung.)

Durch diese Aussagen ist es möglich, lediglich das Feld autonomer Entscheidungsmacht im Produktionssektor abzu- stecken. Damit werden jedoch auch die Grenzen für allgemeingültige Aussagen zu diesem Problem sichtbar.

Alle sonstigen Pläne, die von der Planungsabteilung des Betriebes erstellt werden, sind in irgendeiner Form Aus- fluß der Produktionsplanung. Das gilt vornehmlich für die Finanzpläne, die nur das wertmäßige Spiegelbild der materiellen Vorgänge darstellen.

bb) Autonome Entscheidungen bei der Plandurchführung

Auf den übrigen Stufen der betrieblichen Leitungshierarchie besteht im Zuge der Plandurchführung die Möglichkeit des Wirksamwerdens autonomer Entscheidungen der Leiter der einzelnen Abteilungen im Zuge der weiteren Konkretisierung der von der Betriebsleitung vorgeschriebenen Planaufgaben. Diese "sind für die Produktionsabteilungen die Zielstellung." ²⁾

¹⁾ Diekmann, Klaus, a.a.O., S. 20

²⁾ Speter, Hans, Die Grundlagen der operativen Produktionsplanung, Berlin 1957, S. 15

Da es unmöglich erscheint, für jede Abteilung, jede Brigade genau fixierte Auflagen besonders im Hinblick auf den Produktionsablauf zu erstellen, werden auch hier autonome Entscheidungen die von der Betriebsplanung eingeplante Lücke der Planung füllen müssen. Dadurch soll die Sachkunde in Detailangelegenheiten auf den unteren Leitungsstufen nutzbar gemacht werden.

Letztlich muß auch die improvisatorische Entscheidung als autonome Entscheidung betrachtet werden, da z.B. Störungen des Betriebsablaufs, die von nicht allzu großem Gewicht sind, nur durch ein unmittelbares Initiativwerden der jeweiligen Produktionsabteilungsleiter, Meister oder Brigadiere beseitigt und somit größere Störungen bzw. Stockungen vermieden werden können.

b) Autonome Entscheidungen beim Absatz betrieblicher Produkte

Von einer Absatzfunktion der Betriebe kann nur bedingt gesprochen werden. Die Verwendung dieses Begriffes könnte Assoziationen zu dem Begriffsinhalt in marktwirtschaftlichen Systemen aufkommen lassen. Daher erscheint zunächst eine Begriffsbestimmung angebracht.

Dem Absatzbereich, in dem im marktwirtschaftlichen System die für die gesamte betriebliche Tätigkeit grundlegenden Entscheidungen fallen, und der somit als Orientierungspunkt der betrieblichen Produktion dient, fehlt in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten von wenigen Ausnahmen abgesehen diese Zentralstellung, da die Kompetenz für die Zielentscheidungen auf die überbetriebliche zentrale Planungsinstanz übergegangen ist. Vielmehr richtet sich die Absatztätigkeit nach der Produktion bzw. der Produktionsauflage. Soweit autonome Entscheidungen zum Zuge kommen, tritt also auch im Absatzbereich deren Relativität deutlich hervor.

Zwar dient die Absatztätigkeit der Befriedigung des staatlichen und privaten Bedarfs, jedoch erfolgt diese Bedarfsbefriedigung nicht frei über den sich nach Angebot und Nachfrage bildenden Preis, sondern als Erfüllung der den Betrieben diktierten Planaufgaben. Daraus resultiert auch die Preisbildung (besser Preisfixierung) durch die zentrale Planungsinstanz.

Es erscheint zweckmäßig, je nach den kontrahierenden Leistungsempfängern der einzelnen Betriebe drei Kategorien von Bedarfsträgern zu unterscheiden: den Staat, der Leistungen unmittelbar als Konsum verwendet (z.B. Rüstungsgüter), andere Betriebe, die die Güter für die Produktion benötigen (z.B. Maschinen, Materialien), und private Konsumenten.

aa) Die Absatztätigkeit gänzlich zentralisierter Betriebe

In der Rangskala aller betrieblichen Leistungen nehmen die Güter des unmittelbaren Staatskonsums die höchste Stufe ein. Die Absatztätigkeit der leistenden Betriebe ist in diesem Falle im Plan bestimmt und identisch mit einem bloßen Abliefern der im Produktionsplan detaillierten Auflagen. Das Fachorgan "Absatzplanung" übernimmt die mit der Absatztätigkeit des Betriebes verbundenen Funktionen und hält somit die über die Betriebsperipherie hinausgehenden Verbindungen zu anderen Bedarfsträgern auf dem Wege über den kaufmännischen Leiter und den Direktor des Betriebes aufrecht. Damit fehlt jede Ansatzmöglichkeit für autonome Entscheidungen.

Soweit die betrieblichen Leistungen an andere Betriebe verkauft werden (wie z.B. Investitionsgüter), unterlagen solche zwischenbetrieblichen Beziehungen ursprünglich ebenfalls administrativen Regelungen. In Betrieben, die zueinander in einem Subordinationsverhältnis stehen, wird auch weiterhin die Form der administrativen Absatzlenkung Bedeutung haben.

Diese Absatztätigkeit als reine Verwaltungsarbeit muß ökonomische Gesichtspunkte weit in den Hintergrund treten lassen.¹⁾ Aus diesem Grunde hat man versucht, die zwischenbetrieblichen Beziehungen bis auf wenige Einzelfälle durch eine freiere Form zu regeln.

bb) Autonome Entscheidungen im Rahmen des "allgemeinen Vertragssystems"²⁾

Nach dem allgemeinen Vertragssystem ist es den nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Betrieben möglich, untereinander "Verträge abzuschließen, wonach sich das eine Unternehmen verpflichtet, auf Grund des Wirtschaftsplanes einem anderen Gütermengen von bestimmter Qualität zu bestimmten Terminen und zu festen Preisen zu liefern."³⁾ Über den juristischen Charakter eines solchen Vertrages sei in diesem Zusammenhang nur festgestellt, daß dieser die vertragschließenden Parteien an die Erfüllung der durch den Vertrag eingegangenen Verpflichtungen bindet.⁴⁾

Der Abschluß solcher Verträge hat gleichzeitig mit der Planaufstellung des Betriebes zu erfolgen und dient dazu, bestimmte Verlustquellen, wie "Produktion ohne Bedarf",

1) Tatbestände folgender Art geben dafür ein Beispiel: "Es gibt schon eine unüberschaubar gewordene Anzahl von Betriebsangestellten, wahrscheinlich sind es ihrer Zehntausende, die nichts weiter zu tun haben, als ständig andere Betriebe zu bereisen, um dort auf Einhaltung der Lieferungsverpflichtung nach Termin, Menge und Qualität hinzuwirken", so: Boettcher, Erik, II, Dezentralisierung und Rationalisierung in der Sowjetunion, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1958, S. 115

2) Vgl. das Gesetz über das allgemeine Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft vom 11.12.1957, GBl.d. DDR, Teil I/1957, S. 627 ff.

3) Bissing, W.M. Frhr. v., a.a.O., S. 22 f.

4) Zur Regelung von Streitfragen beim Abschluß bzw. bei der Erfüllung des Vertrages tritt ein besonderes "Vertragsgericht" in Funktion, das in der DDR den Namen "Staatliches Vertragsgericht" trägt.

"Nichtabnahme fertiger Produkte", "Nichteingang von Zahlungen für Warenlieferungen und Leistungen"¹⁾ etc. durch den Einsatz betriebsindividueller Initiativen einzuengen oder auszuschalten. "Die Betriebe sollen nämlich unter dem Kriterium der Rentabilität ihrer eigenen Produktion sich die Lieferbetriebe [bzw. die Empfängerbetriebe ihrer Leistungen] selbst wählen können, von denen sie sich auch die beste Qualität jener Produkte versprechen, die sie brauchen."²⁾

Obwohl sicherlich nicht vom allgemeinen Vertragssystem als einem marktwirtschaftlichen Instrument gesprochen werden kann, weil die Wahl der Ziele nicht frei ist, so wird doch ein gewisser Bereich erkennbar, in dem beim Abschluß der Wirtschaftsverträge autonome Entscheidungen in der relativen Bedeutung zum Zuge kommen können. Diese bestehen in der Wahl der Vertragspartner, einer beschränkten Sortimentsgestaltung, Qualitätsbestimmung und der Festlegung der Liefertermine. In Betrieben, die das Vertragssystem anwenden, kann somit im Absatzsektor eine Vorwegnahme solcher Entscheidungen erfolgen, die, wie ausgeführt, zum Teil auch im Produktionssektor von Bedeutung sein können.

Nach Abschluß der Verträge besteht außer bei Vertragsbruch keine Möglichkeit mehr für autonome Entscheidungen. Die Verträge üben dann die ihnen zugedachte Kontrollfunktion aus. Da sie nach ihrem Abschluß zum Bestandteil des Betriebsplanes geworden sind, gibt der Grad der Vertragstreue der Betriebe auch Auskunft über ihre Planerfüllung.

Die größten Freiheiten im Absatzbereich bestehen in Betrieben, die Konsumgüter für den endgültigen Verbrauch

¹⁾ Spitzner, Osmar und Panzer, Wilhelm, Zur wirtschaftsleitenden Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichts, Berlin 1961, S. 13

²⁾ Boettcher, Erik, II, a.a.O., S. 117

herstellen. Hier wird es sich im wesentlichen um Güter handeln, die in der Rangskala zu der Gruppe der "dezentralisierten Fonds" zählen. Soweit der Absatz dieser Güter nicht mittels übergeordneter Handelsorgane erfolgt - in diesem Falle kommt wiederum das Vertragssystem zur Anwendung - ermöglicht die direkte Beziehung der Betriebe zu den Konsumenten eine Absatztätigkeit, die sich in gewisser Weise am Verhalten der Konsumenten orientiert.

" Vor allem gewährleistet sie den Konsumenten eine zwanglose Wahl zwischen verschiedenen angebotenen Gütern, ein Zugeständnis, das in der Sowjet-Union den Konsumenten (mit Ausnahme der Kriegszeit) seit 1935 gemacht wurde. Es handelt sich allerdings nur um "Konsumentenfreiheit" [d.h. freie Konsumwahl, vom Verfasser] nicht um "Konsumentensouveränität"¹⁾, da die wirtschaftlichen Ziele nicht oder nur in unbedeutenden Fällen durch die Nachfrage der Konsumenten bestimmt werden. Die Zahlung von Konsumenteneinkommen in Geldform hat, soweit auf eine mengenmäßige Rationierung verzichtet wird, die freie Konsumwahl zur Folge. Die oberste Planungszentrale legt jedoch "das Ausmaß der für den privaten Konsum zur Verfügung stehenden Mittel fest"²⁾, so daß durch eine entsprechende Fixierung der Konsumgüterpreise³⁾ ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage im Konsumgütersektor zustande kommt.

Im Rahmen der Planpauschalen, besonders soweit sie nur als finanzielle Größen erscheinen, und der durch die Betriebsstruktur bedingten Produktionsmöglichkeiten besteht im Absatzbereich der betreffenden Betriebe Raum für auto-

1) Kazmierzak, Herbert J., Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer sozialistischen Wirtschaft sowjetrussischen Typs, Diss. Münster 1960, S. 40

2) Kazmierzak, Herbert J., a.a.O., S. 41

3) Auf den Kolchosmärkten, auf denen nur landwirtschaftliche Produkte der Kolchoswirtschaften angeboten werden, bildet sich der Preis sogar gänzlich frei nach Angebot und Nachfrage. Vgl. Maisenberg, L., a.a.O., S. 28

nome Entscheidungen, die außer der Sortimentsgestaltung auch eine weitgehende Produktionsgestaltung zum Inhalt haben können. Auch ist eine beschränkte Werbetätigkeit im Konsumgütersektor nicht unbekannt.¹⁾

Daraus resultiert eine relativ große Kontrahierungsfreiheit der Betriebe, die zudem nicht wie die Regelung der zwischenbetrieblichen Beziehungen nur zu Beginn einer Planperiode zum Zuge kommt, sondern auch während einer Periode ständig besteht. Man kann nach Maßgabe der Wirksamkeit des materiellen Anreizsystems annehmen, daß in diesem Bereich die Orientierung der betrieblichen Entscheidungen in hohem Maße an der Erzielung eines maximalen Gewinns erfolgt.

c) Autonome Entscheidungen bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Einsatzstoffen

Die in der Sowjetunion seit dem Jahre 1956 wiedereingeführte prinzipielle Freizügigkeit²⁾ der Arbeiter gewährte den Betriebsleitungen die Entscheidungsbefugnis über die Einstellung der zur Durchführung der Betriebsaufgaben erforderlichen Arbeitskräfte.

Ebenso stellen die zu erfüllenden Produktionsaufgaben den Rahmen für autonome Entscheidungen zur Beschaffung der Einsatzstoffe, der Roh- und Hilfsmaterialien, dar. Die

1) Von Wettbewerb und Konkurrenz der Betriebe untereinander kann allerdings nicht die Rede sein, da im Konsumgütersektor eine dauernde Mangelsituation besteht. Der ebenfalls existierende Wettbewerbsbegriff wirkt als "sozialistischer Wettbewerb" nicht im Sinne einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz, sondern bezweckt, durch ständige Leistungsvergleiche Rationalisierungserfolge allen betrieblichen Bereichen zugänglich zu machen. Im Mittelpunkt steht hier vor allem der innerbetriebliche Wettbewerb. Vgl. dazu: Tietze, Gerhard, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, Berlin 1962

2) Vgl. Bissing, W.M. Frhr. v., a.a.O., S. 8

Tätigkeit der Beschaffung ist gleichzeitig mit der Absatz-tätigkeit der Lieferantenbetriebe identisch. Insoweit fällt also auch die Beschaffung unter die Regeln des allgemeinen Vertragssystems. Autonome Entscheidungen kommen also bei der Beschaffung von Roh- und Hilfsmaterialien in dem Maße zur Geltung, in dem das allgemeine Vertragssystem Raum läßt. In diesem Zusammenhang sei auf die Darstellung im letzten Abschnitt verwiesen.

d) Autonome Entscheidungen bei der Beschaffung von
Investitionsgütern

Das eigentliche Problem des Einflusses autonomer Entscheidungen in der Betriebssphäre spitzt sich somit auf die Frage zu : Inwieweit besitzen die Betriebsleiter bei den zu realisierenden Investitionsvorhaben autonome Entscheidungs-befugnis? Der Idee der zentralen Wirtschaftslenkung nach muß "die Festlegung der Betriebsstruktur als Voraussetzung zukünftigen Ablaufgeschehens erklärlicher Weise in stärkerem Maße dem einzelwirtschaftlichen Willen entzogen [sein] als die Planung der Programme und Ablaufprozesse selbst."¹⁾

Der gesamte Investitionsbereich läßt sich unter dem Gesichtspunkt autonomer Entscheidungen in den Bereich planmäßiger Investitionen und den der sog. Außerlimitvorhaben trennen.

aa) Planmäßige Großinvestitionen

Die Investitionspolitik der Betriebe der Schlüsselindustrien wird nahezu ausschließlich zentral geplant und durchgeführt. Die Einflußnahme der Betriebe auf die Investitionsentscheidungen beschränkt sich hier günstigenfalls auf Vorschläge, die bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplans im Zuge der Gegenplanung den überbetrieblichen Planungsinstanzen unterbreitet werden können.

¹⁾ Heuer, Hellmut, I, a.a.O., S. 111

In den übrigen Wirtschaftszweigen ist nach den Dezentralisierungsbestrebungen in der UdSSR im Jahre 1957 zwar eine Lockerung eingetreten, doch bleibt die Investitionsplanung wenigstens nach Richtung und Umfang auch weiterhin in der Hand der überbetrieblichen Planungsorgane.¹⁾

In diesem Falle ist weitgehend die Bestimmung der Investitionsprojekte aufgrund von Mengenziffern durch Geldgrößen ersetzt. Dadurch zeichnen sich gewisse Möglichkeiten autonomer Entscheidungen ab.²⁾

Auch hier wird wiederum ersichtlich, daß autonome Entscheidungen im finanziellen Bereich eines Betriebes begründet liegen. Der Unterscheidung nach der Herkunft der Investitionsmittel, die entweder aus dem Staatshaushalt dem Betrieb zur Verfügung gestellt werden oder im Betrieb selbst entstehen, kommt dabei kaum Bedeutung zu, wie sich im folgenden zeigen wird.

Hauptfinanzierungsquellen für Investitionen sind: Zuweisungen aus dem Staatshaushalt, Amortisationsmittel, eigene Gewinne und in geringem Ausmaß Kredite. Die Entscheidungen über die Verwendung der aus diesen Quellen fließenden Mittel sind grundsätzlich nicht in das Ermessen der Betriebe gestellt. Diese erfolgen im Rahmen des staatlichen Investitionsplans, der die Investitionsvorhaben je nach Branche unterschiedlich detailliert und spezifiziert. Der Betrieb wird im Regelfall lediglich zwischen zur Wahl stehenden Alternativen von gleicharti-

1) Die Zuständigkeit in der überbetrieblichen Planungs- und Verwaltungshierarchie ist nach den sog. Über- und Unterlimitvorhaben differenziert, die quantitativ durch die Höhe der festgesetzten Investitionskosten abgegrenzt werden; vgl. Hedtkamp, Günter, a.a.O., S.163

2) Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Erörterungen nicht die Beantwortung der Frage nach den Kriterien von Investitionsentscheidungen zum Gegenstand haben, sondern sich allein mit den Entscheidungsmöglichkeiten in quantitativer und evtl. qualitativer Hinsicht befassen.

gen Investitionsobjekten zu entscheiden haben, soweit solche Alternativen überhaupt gegeben sind. Planbindung und Kontrolle der finanziellen Mittel und der mit ihnen durchgeführten Investitionsprojekte begrenzen im Investitionsbereich die Möglichkeiten autonomer Entscheidungen der Betriebe auf ein Minimum.

Die Finanzierung der Hauptmasse der Investitionen - und zwar der Re- und Nettoinvestitionen¹⁾ - erfolgt durch Finanzzuweisungen aus dem Staatshaushalt, die im Jahre 1960 etwa zwei Drittel²⁾ des Wertes der Gesamtinvestitionen betragen und trotzdem nur als "Ergänzungsfinanzierung"³⁾ zu gelten haben. Der Grund liegt darin, daß die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Betriebe ihre Investitionen zunächst aus eigenen Mitteln finanzieren sollen.

1) Eine quantitative Trennung der Re- und Nettoinvestitionen ist zwar formal nach den vorliegenden Berichten möglich, kann aber nicht den Anspruch auf Vergleichbarkeit mit den entsprechenden Zahlen in Ländern mit freier Marktwirtschaft erheben, da für die Bemessung der Abschreibungen nicht die bekannten wirtschaftlichen Kriterien maßgebend sind. Die staatliche Planungszentrale legt vielmehr die Gesamtabschreibungen einer Volkswirtschaft in einer Ziffer fest, so daß eine entsprechende Aufteilung auf die Betriebe erfolgt. "Während der verkehrswirtschaftliche Betrieb also zuerst die Einzelabschreibungen und dann die Gesamtabschreibungen hat, kennt der Sowjetbetrieb zuerst seine Gesamtabschreibungen, die dann ... auf die einzelnen Anlagegüter verteilt werden;" so Leptin, Gert, Investitionsfinanzierung und Abschreibungen im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jg., 1960, S. 161. Daraus resultiert die zur Zeit beklagte weitgehend unrealistische Bewertung der Anlagen.

2) Vgl. Garbuzov, V., Bjudzët novogo pod-ema ekonomiki i kul'tury strany, in: Planovoe chozjajstvo, Heft 12, 1959, S. 8, zitiert bei Leptin, Gert, a.a.O., S. 159

3) Vgl. Leptin, Gert, a.a.O., S. 159

Die eigenen Mittel, zu denen die Abschreibungsgegenwerte und die zu planmäßigen Investitionen bestimmten Gewinne zählen, verbleiben jedoch nicht bis zur Vornahme der Investition im Betrieb, sondern werden laufend auf Sonderbankkonten der zuständigen Investitionsbank abgeführt. Die Konten für Gewinne und Abschreibungsgegenwerte sind getrennt zu führen, wobei zusätzlich noch nach Mitteln zur Finanzierung des Umlaufmittel- und Grundmittelfonds und im letzten Falle wiederum nach Mitteln zur Finanzierung der Nettoinvestitionen (unmittelbare Reproduktion), der Generalreparaturen und laufenden Reparaturen unterschieden wird. (Neben den genannten Finanzierungsmitteln reicht die Investitionsbank auch planmäßige Kredite aus, deren Verwendung ebenfalls im Investitionsplan festgelegt ist.)

Indem der Investitionsbank die letzte Entscheidung über die Abberufung der Mittel von seiten der Betriebe übertragen ist, steht "jede Investitionsmöglichkeit unter dem gesamtwirtschaftlichen Planwollen."¹⁾ Als Grund für die komplizierten Finanzierungsmethoden läßt sich der Gesichtspunkt der Kontrolle ins Feld führen.

Da bei der Berechnung der zu Investitionszwecken bestimmten Mittel vor Beginn einer Periode der Plangewinn eines Betriebes zugrunde gelegt wird, könnte "eine eventuelle Nichterfüllung der Finanzpläne und insbesondere der Gewinnpläne die gesamte Finanzierung der Investitionen in Frage stellen. Auf diese Weise wird zwischen der laufenden Tätigkeit der Betriebe und den einmalig auftretenden Investitionen ein direkter Zusammenhang hergestellt und die Erweiterung der Betriebe in gewisser Weise von der Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben für die laufende Produktion abhängig gemacht."²⁾ Damit erhofft man sich ein zusätzliches Druckmittel auf die Betriebsleitung zur Erfüllung des Planes.

¹⁾ Förster, Wolfgang, III, a.a.O., S. 44

²⁾ Leptin, Gert, a.a.O., S. 159

In der Realität wird allerdings kaum ein für die Planerfüllung notwendiges Investitionsprojekt, das im Investitionsplan festgelegt wurde, an Finanzierungsschwierigkeiten scheitern. Vielmehr werden die mangelnden eigenen Finanzmittel durch Zuführungen aus dem Staatshaushalt ergänzt werden.

Für autonome Entscheidungen bleibt also außer in den Fällen, in denen gleichartige Investitionsprojekte alternativ zur Wahl stehen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten kein Raum. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß darüber hinaus in der Wirtschaftspraxis autonome Entscheidungen außerhalb dieses Rahmens wirksam werden. Als Beispiel sei angeführt, daß durch geschickte Tarnung die Durchführung von Generalreparaturen, die eine Werterhöhung der Anlagen bedeuten und somit einen investitionsähnlichen Charakter tragen, anstelle der Durchführung laufender Reparaturen vorgenommen werden kann. Über solche Möglichkeiten läßt sich jedoch keine allgemein gültige Aussage treffen.

bb) Außerlimitvorhaben

Wenn bisher von Investitionen die Rede war, die durch den zentralen Investitionsplan als Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes bestimmt wurden, so existiert daneben ein planfreier Bereich, in dem für die sog. Außerlimitvorhaben, die etwa 10 Prozent der Gesamtinvestitionen erreichen¹⁾, der einzelne Betrieb auch als Planträger fungiert. Die Finanzmittel sind entweder Kredite oder ein bestimmter Teil der Mittel des Direktorfonds (Betriebsfonds).

In der Sowjetunion besteht die Möglichkeit, Sonderkredite mit einer Laufzeit von zwei bis drei Jahren bis zu einem Höchstbetrag von 1 bis 2 Millionen Rubel in Anspruch zu nehmen. Diese "sind meist zur Finanzierung von Schwierigkeiten und zur Beseitigung dieser Planabweichungen not-

¹⁾ Vgl. Hedtkamp, Günter, a.a.O., S. 163

wendig"¹⁾ und werden zum Zwecke der Finanzierung der in der Sowjetunion unter dem Namen "kleine Mechanisierung" bekannten Investitionsvorhaben ausgereicht. Autonome Entscheidungsmacht der Betriebsleiter besteht hier insofern, als über die Frage des ob und wie dieser Vorhaben die Betriebsleiter aufgrund eigener Initiative entscheiden. Dabei behält sich jedoch die kreditgebende Investitionsbank das Recht der Genehmigung vor, die sie von dem neben dem formellen Kreditantrag seitens des Kredit suchenden Betriebes einzureichenden Nachweis der Realisationsmöglichkeit der Vorhaben, einer Nutzeffektsberechnung (die nach unserer Terminologie in etwa einer Wirtschaftlichkeitsberechnung entspricht) und einem Tilgungsplan abhängig macht.²⁾

Die andere Finanzierungsquelle planfreier Investitionen bildet ein Teil des Betriebs- oder Direktorfonds. Neben der Verwendung für Prämienzahlungen, kulturelle Zwecke etc. sollen etwa 50 Prozent³⁾ seiner Mittel "zur Verbesserung der Produktionsbedingungen verwendet"⁴⁾ werden, "insbesondere für zusätzliche Aufwendungen für Investitionen, die Rationalisierungsmaßnahmen ermöglichen. ... Darüber hinaus benutzt man den Direktorfonds u.a. für die Instandsetzung und den Neubau von Wohnungen."⁵⁾

Die Freistellung der entsprechenden Mittel muß hier zwar auch durch die kontoführende Bank bewilligt werden, jedoch scheint der Grad der Autonomie, der die Investitionsvorhaben planenden und durchführenden Betriebsleiter

1) Friebe, Siegfried, I, a.a.O., S. 106

2) Vgl. Dosch, Hilmar, a.a.O., S. 125 f.

3) Vgl. Birman, A.M., a.a.O., S. 118 und Rowinski, N.N., I, a.a.O., S. 170

4) Knauthe, Erhart, Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes, 3. Aufl., Berlin 1957, S. 110

5) Knauthe, Erhart, a.a.O., S. 110

dadurch praktisch kaum beeinflußt werden zu können, da eine direkte Bindung an den Volkswirtschaftsplan nicht gegeben ist. Inwieweit in diesem Falle die Ziele der staatlichen Planungszentrale und der einzelnen Betriebsleiter sich decken oder auseinanderfallen, kann nur in einem konkreten Einzelfall entschieden werden.

Wegen des quantitativ geringen Ausmaßes solcher Investitionsprojekte sollte man den potenziellen autonomen Entscheidungen im gesamten Investitionsbereich eines Betriebes jedoch keine allzu große Bedeutung beimessen.¹⁾

¹⁾ Vgl. dazu Dosch, Hilmar, a.a.O., S. 127 f.

III. Kapitel

Erweiterung des betrieblichen Entscheidungsspielraumes zum Zweck ökonomisch rationaler Gestaltung des plan- wirtschaftlichen Systems

I. Die angewandten Erfolgsindikatoren und ihre Wider- sprüchlichkeit

Die bisherigen Ausführungen haben mehrfach gezeigt, daß auf individuelle Initiativen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten nicht verzichtet werden kann, soweit man auf eine größtmögliche Effizienz wirtschaftlicher Tätigkeit bedacht ist.

Die erforderlichen Initiativen aber bedingen eine Entscheidungsfreiheit in der Betriebssphäre, die über das augenblickliche Maß autonomer Entscheidungen weit hinausgeht. Die Realisierung dieser Forderung würde eine weitgehende Beseitigung der heute bestehenden engen Bindungen der Betriebsleiter an zentrale Anweisungen voraussetzen. Ohne eine solche Entscheidungsfreiheit ist keine sinnvolle Leitung wirtschaftlicher Betriebe denkbar, "denn es handelt sich hier nicht um die Erledigung von Verwaltungsfunktionen im Sinne der öffentlichen Hoheitsverwaltung."¹⁾

Damit stellt sich die Frage, ob der Einbau eines ökonomischen Lenkungsinstrumentes in das zentrale Planungssystem möglich erscheint. Gibt es einen Lenkungsmechanismus, der in der Lage ist, das Streben der Leiter der am Wirtschaftsprozess beteiligten Betriebe in ökonomisch sinnvoller Weise auf die Erfüllung der zentralen Ziele auszurichten? Die Entscheidungsfreiheit der Betriebsleiter müßte im Sinne der Erfüllung zentraler Ziele eingesetzt werden.

¹⁾ Schnettler, Albert, Öffentliche Betriebe, Essen
1956, S. 285

Die vorzunehmende Ökonomisierung des in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten praktizierten Wirtschaftssystems würde zunächst eine Überwindung seiner Hauptmängel, nämlich die Beseitigung konträr wirkender Erfolgsindikatoren voraussetzen. Diese erschweren bzw. verhindern eine im Sinne der zentralen Planungsinstanz rationale Erfüllung der wirtschaftlichen Ziele, da die individuellen Initiativen der Betriebsleiter nur mangelhaft auf die Ziele der zentralen Planungsinstanz ausgerichtet sind.

Einerseits besteht als Erfolgsindikator der Grad der Planerfüllung. Dieser Indikator wäre vom ökonomischen Standpunkt dann als rational anzusehen, wenn die Planauflage des Betriebes seinem Leistungsvermögen entsprechend beziffert und die Planausführung durch das Streben bestimmt würde, die Planaufgabe mit den geringsten wirtschaftlichen Mitteln zu erfüllen. In der Realität verhindert jedoch das Streben der Betriebe nach sog. "leichten" Plänen bzw. deren Erfüllung ohne den Zwang zur Nutzbarmachung betrieblicher Leistungsreserven die rationale Wirksamkeit dieses Erfolgsindikators.

Andererseits besteht der maximale finanzielle Erfolg des Betriebes als Erfolgsindikator, auf dem z.B. das materielle Anreizsystem aufbaut. Man kann diesen Erfolgsindikator als eine Art Gewinnmaximierungsprinzip bezeichnen, das durch das Prinzip der "operativen Selbständigkeit" bzw. der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" sanktioniert ist.

Beide Erfolgsindikatoren aber können durchaus konträr wirken, da Planerfüllung nicht notwendigerweise mit Gewinnmaximierung identisch zu sein braucht. Einen Hinweis darauf gibt der oft in der Praxis anzutreffende Widerspruch, daß zwar der finanzielle Plan erfüllt oder übererfüllt wird, der Mengenplan jedoch weit hinter dem Soll zurückbleibt. Ein Wirtschaftssystem mit derartigen Erfolgsindikatoren muß aber irrational sein.

Zu dieser widerspruchsvollen Gestaltung effektiver Erfolgsindikatoren tritt der Wirrwarr in der theoretischen Konzeption, der vor allem im finanziellen Bereich zu Tage tritt. Die Theoretiker¹⁾ planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten lehnen aus vornehmlich ideologischen Gründen die Leitkriterieneigenschaft finanzieller Größen ab. Die Finanzplanung ist in erster Linie als Kontrollmechanismus gedacht. Das Gewinnmotiv soll nicht zu Dispositionen der einzelnen Betriebsleiter Anlaß geben, die nicht mit den zentralen Planzielen harmonisieren könnten.

Diese Begründungen stehen gleichzeitig neben der Betonung des Prinzips der Rentabilität²⁾, dem nach Auffassung der Ideologen eine große Bedeutung zukommen soll³⁾, sowie des Prinzips der "wirtschaftlichen Rechnungsführung". Beide Prinzipien zeigen ganz offensichtlich die Inkonsistenz zu den theoretischen Forderungen.

Die Widersprüchlichkeit zu den genannten Prinzipien beruht auf den durch die Ideologie verbrämten Eigenschaften finanzieller Größen. Die beabsichtigte Kontrollfunktion ist aber grundsätzlich nicht von ihrer faktischen Lenkungsfunktion zu trennen. "Die Herstellung eines gemeinsamen Maßstabes aller Aufwendungen und aller Erträge bedeutet notwendig eine Wägung der einzelnen Posten".⁴⁾ Man betrachtet jedoch "die Leitwirkungen des Geldes als etwas Absolutes, der planerischen Produktionslenkung gegenüber Autonomes; man sieht nicht, daß sie bei folgerichtiger Durchbildung des Finanzsystems nur von den grundlegenden naturalen Vorentscheidungen abgeleitet sind, daß sie nichts als die optimale Durchführung der vorgegebenen naturalen Grundkonzeption des Planes (näm-

¹⁾ Vgl. Hirsch, Hans, a.a.O., S. 38; Rowinski, N.N., II, a.a.O., S. 252.

²⁾ Vgl. die Ausführungen S. 47

³⁾ Vgl. Politische Ökonomie, a.a.O., S. 625 ff.

⁴⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 40

lich des im Plan gewünschten naturalen Endzwecks (Sortiments) durch konsequente Bemessung und Lenkung der ökonomischen Teilquantitäten im Sinne dieser Konzeption bewirken."¹⁾

II. Bedingungen für eine sinnvolle Erweiterung des Entscheidungsbereiches betrieblicher Leitungsorgane

Es scheint hier die Frage angebracht, ob nicht infolge der notwendigen Leitkriterieneigenschaft finanzieller Größen und unter Außerachtlassen des ideologischen Ballastes ihr sinnvoller Einsatz im Dienste der Erfüllung zentraler staatlicher Ziele möglich ist.

1. Ausrichtung der autonomen Entscheidungen an einem allgemeinen Rationale

a) Begriff und Inhalt des allgemeinen Rationale

An die Stelle mehrerer konträr wirkender Erfolgsindikatoren hätte ein allgemeiner Erfolgsindikator zu treten, der als widerspruchsfreie Handlungsmaxime das wirtschaftliche Handeln der Betriebsleiter im Sinne der zentralen staatlichen Planziele zu lenken hätte.

Das geforderte allgemeine Rationale kann nur als Gewinnmaximierungsprinzip²⁾ bestehen. Es äußert sich im Streben der Betriebe nach Maximierung ihres Nutzens, ihres Gewinnes. Damit könnte "den Betrieben so viel Handlungsfreiheit und Verantwortung [gegeben werden], wie es mit dem System der zentralen Lenkung vereinbar erscheint. Je besser die Einzelwirtschaften ... Erfolge und Mißerfolge ihres eigenen Verhaltens erkennen und je unmittel-

¹⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 48

²⁾ Das Gewinnmaximierungsprinzip kommt auch dann schon zur Geltung, wenn den Betrieben nur zu einem gewissen Teil Verfügungsmacht über ihren Gewinn zusteht.

barer sie diese zu verantworten haben, um so eher [würde] es möglich sein, unwirtschaftliches Verhalten zu verhindern."¹⁾

b) Grundlagen für die Bestimmung des allgemeinen Rationale

Die Realisierung des Gewinnmaximums verlangt die Ausrichtung der betriebspolitischen Entscheidungen auf die Herstellung der Optimalkombination der Produktionsfaktoren und des optimalen Ausbringungsgrades des Betriebes im Sinne der zentralen Ziele.

Die Optimalkombination der Produktionsfaktoren als Minimalkombination ist dann erreicht, wenn die einzelnen Faktoren in solchen Proportionen kombiniert sind, daß die Grenzerträge der für eine Geldeinheit erhältlichen Faktormenge für alle Produktionsfaktoren gleich sind.²⁾ Diese Regel hat Gültigkeit für substituierbare bzw. teilweise substituierbare Faktoren. Im Falle einer limitationalen Produktionsfunktion, in dem die Kombination der Faktoren durch technische Größen eindeutig bestimmt ist, entfällt die Wahl der Kombination mittels autonomer Entscheidungen.

Die Bestimmung des optimalen Ausbringungsgrades als zweite Komponente des Gewinnmaximierungsprinzips erfolgt bei fixierten Preisen durch ein Handeln nach dem Grenzkosten/Preisprinzip. Die Maximalposition des Betriebes ist also bei der Ausbringung erreicht, bei der die Grenzkosten dem Verkaufspreis gleich sind.³⁾ (Unter der Voraussetzung limitationaler Produktionsfaktoren wird die Maximalposition des einzelnen Betriebes bei voller Auslastung der Kapazität verwirklicht.)

1) Hensel, K. Paul, I, a.a.O., S. 194

2) Vgl. Stackelberg, Heinrich v., I, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern und Tübingen 1951, S. 48 ff.

3) Vgl. Stackelberg, Heinrich v., I, a.a.O., S. 52

Diese Ausführungen zeigen, daß auch in einem planwirtschaftlichen System das sog. "Pareto-Optimum" - hier allerdings im Produktionssektor - angestrebt werden kann.¹⁾

Bei dem Bemühen nach einer größeren Ergiebigkeit der Wirtschaftsweise in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten scheint aus diesem Grunde eine Erweiterung des autonomen Entscheidungsbereiches auf Betriebsebene ein brauchbarer Ansatzpunkt zu sein. Methodisch gesehen würden sich hier Berührungspunkte zwischen einem marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen System ergeben.

2. Finanzielle Bedingungen des Systems

Aufgrund der Autonomie der Betriebsleiter, die die Voraussetzungen für den Einsatz individueller Initiativen schafft, müßten mit Hilfe des Gewinnmaximierungsprinzips als Lenkungsmittel die einzelwirtschaftlichen Initiativen in die durch die zentralen Ziele bestimmte Richtung geführt werden. Solange in einer Wirtschaft das Leistungsproblem sowie eigene Willensneigungen der am Wirtschaftsprozess beteiligten Menschen existieren, die sich auch nicht durch totalen Zwang auf den Willen der staatlichen Planungszentrale ausrichten lassen, kann die Lösung allein darin bestehen, "die einzelnen Menschen durch die zentral zu setzenden Bedingungskonstellationen ihres Verhaltens derart einzukreisen, daß sie aus eigenem Interesse ... genötigt sind, die zentralen Plananforderungen zu erfüllen."²⁾

Da die Gewinnmaximierung nicht Selbstzweck ist, sondern nur eine Methode zur Erzielung eines maximalen Nutzens

¹⁾ Die Möglichkeit der Verwirklichung des "Pareto-Optimums" ist hier zunächst rein formal betrachtet, da über die Eigenschaft der Preise als Knappheitsmesser wirtschaftlicher Güter bisher nichts ausgesagt wurde.

²⁾ Hensel, K. Paul, I, a.a.O., S. 205

mit den vorhandenen Mitteln darstellt, kann sie zur Erfüllung zentraler Planziele führen, soweit die Bedingungen des finanziellen Systems in entsprechender Weise fixiert sind.

a) Notwendigkeit eines Preissystems

In einem marktwirtschaftlichen System, in dem die einzelnen am Wirtschaftsprozess beteiligten Wirtschaftssubjekte selbst Ziel- und Planträger sind und die Realisierung dieser Pläne, die über die Einzelnachfragen und -angebote erfolgt, zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage-Angebotskonstellation für die einzelnen Güter führt, kann der Preis als finanzieller Ausdruck, der das Spannungsverhältnis von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot wiedergibt, als Maßstab für die Bedeutung der einzelnen Güter in der Wertschätzung der Individuen betrachtet werden.

In einer Planwirtschaft ist oberster Ziel- und Planträger der Staat selbst. Somit richtet sich seine Wertschätzung der wirtschaftlichen Güter auch nach seinen subjektiven Zielvorstellungen. Daraus folgt, daß die marktwirtschaftliche Preisbildung durch die staatliche Preisfixierung zu ersetzen ist. Das schließt den Einfluß anderer Wirtschaftssubjekte auf die Preisbildung aus. Der Staat hat die finanziellen Bedingungen, d.h. das Preissystem so zu gestalten, daß die Wirtschaftsrechnungen der Individuen zu einer "optimalen Arbeitsteilung, der bestmöglichen Verteilung der Produktivkräfte auf ihre alternativen Verwendungszwecke und der Optimalkombination der Faktoren"¹⁾ im Sinne der staatlichen Ziele führen. Die zentrale staatliche Planung besteht hier in einer Preisfixierung, die eine Lenkung der Einzelwillen der am Wirtschaftsprozess beteiligten Individuen im Hinblick

¹⁾ Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Bd. 1, Wiesbaden 1960, S. 160

auf ihre Koordination und ihre Subordination unter die zentralen Ziele sichert.

Die hier vorgenommene Trennung von Planung (im Sinne der Fixierung von Produktionszielen) durch die zentrale Planungsinstanz und Planverwirklichung durch die Betriebe, würde durch den Mechanismus der Wirtschaftsrechnung zu einer optimalen Abstimmung beider Ebenen aufeinander geführt.

Wie also im marktwirtschaftlichen System die Produktion bei entsprechendem Preissystem auf den kaufkräftigen Bedarf ausgerichtet ist, und diese Ausrichtung "in der zwingenden Kraft der Wirtschaftsrechnung"¹⁾ begründet liegt, würde auch in einer Planwirtschaft unter der Voraussetzung eines entsprechend gestalteten Preissystems die Produktion an den zentralen staatlichen Zielen orientiert sein.

Gelingt die Gestaltung des Preissystems, die den genannten Forderungen entspricht, so stellt es ein echtes Lenkungssystem dar, das den überkommenen Planungsmechanismus in Zentralverwaltungswirtschaften, wie er z.B. in der Sowjetunion praktiziert wird, weit wirkungsvoller ersetzen kann.

Im folgenden sollen die theoretischen Bedingungen und praktischen Möglichkeiten des erforderlichen Preissystems im einzelnen untersucht werden.

¹⁾ Eucken, Walter, a.a.O., S. 71

b) Probleme bei der Herstellung eines rationalen
Preissystems

aa) Bedingungen für die Rationalität des erforderlichen
Preissystems

(1) Herstellung eines Festpreissystems

Die staatliche Zentrale hat für die einzelnen Güter Einheitspreise festzulegen, die für das gesamte Staatsgebiet oder ein Teilgebiet Gültigkeit haben. Eine evtl. Differenzierung der Preise nach Zonen muß dem jeweiligen Lenkungs Gesichtspunkt entsprechen.

Zweifelhaft bleibt, ob eine einmal vorgenommene Preisfixierung im Zeitablauf als endgültig betrachtet werden kann. Soweit die wirtschaftlichen Zielsetzungen und Produktionsbedingungen bekannt sind, kann mit Hilfe eines entsprechenden Preissystems die Voraussetzung für optimale Beziehungen zwischen beiden geschaffen werden. Ein Preissystem ist also immer unter den ihm gesetzten Bedingungen rational. Änderungen in den Zielsetzungen und/oder Produktionsbedingungen im Zeitablauf fordern somit bei Aufrechterhaltung der Rationalität des Preissystems jeweils Änderungen der Preise.

Es handelt sich hier vorwiegend um ein technisches Problem, dessen Lösung bei einer Zieländerung in etwa möglich erscheint, da Art und Umfang der Änderung im einzelnen bekannt sind. Schwieriger gestaltet sich die Lösung jedoch bei Änderungen der Produktionsbedingungen. Diese hängen zu einem großen Teil vom technischen Fortschritt ab und sind nur schwer oder gar nicht voraussehbar, da sowohl abrupte als auch kontinuierliche Änderungen in den Produktionsbedingungen auftreten können. Die fixierten Preise müßten ständig den veränderten Bedingungen angepaßt werden.

Diese Forderung übersteigt jedoch das Leistungsvermögen einer jeden Planungszentrale, so daß das Problem aus technischen Gründen kaum exakt zu bewältigen ist. Außerdem würde eine allzu häufige Preisbewegung, deren Ursache z.T. in einem autoritären Handeln der Zentrale zu suchen ist, die Wirtschaftsrechnungen der Einzelwirtschaften in Unordnung bringen, was auf die Erfüllung der staatlichen Produktionsziele nicht ohne Einfluß bleiben könnte.

Aus den genannten Gründen erscheint es daher zweckmäßig, zumindest für die Dauer einer Wirtschaftsperiode von etwa ein bis zwei Jahren feste Preise zu setzen, die dann längerfristig entsprechend den geänderten Bedingungen variiert werden könnten, wobei bereits wichtige zukünftige Entwicklungen innerhalb dieser Periode vorzeitig Berücksichtigung finden müßten. Das hätte einerseits die Vorteile eines relativ stabilen Preissystems für die Einzelwirtschaften, andererseits würden die technischen Schwierigkeiten einer ständigen Anpassung des Preissystems an die jeweiligen Bedingungen auf Umstellungen des Preissystems nach längeren Zeitperioden beschränkt.

(2) Berücksichtigung der Schwerpunktwirtschaft bei der Fixierung der Preise

Bei dem Versuch der Gestaltung eines rationalen Preissystems in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten sowjetischen Typs würde es unrealistisch sein, die theoretische Analyse ohne Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten der Wirtschaft eines Landes aufzubauen. Da diese Untersuchung zum Ziel hat, konkrete Vorschläge für den Aufbau eines funktionsfähigen Preissystems zu machen, erscheint es notwendig, solche Daten mit in die Untersuchung einzubeziehen.

Als wichtigstes zu berücksichtigendes Datum besteht die sog. Schwerpunktwirtschaft. Die Ziele der staatlichen Zentrale bestimmen die Produktion der Betriebe, wobei sich besondere Schwerpunkte herauskristallisieren. Die

Fixierung dieser Schwerpunkte liegt wesentlich im Bereich der Ideologie, die durch eine entsprechende Lenkung der Volkswirtschaft eine Entwicklung in Richtung auf den Endzustand des Kommunismus verfolgt. Schon Lenin hat darauf hingewiesen: "Vom Zustand der Produktivkräfte aus gesehen, d.h. nach den Hauptkriterien der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, bildet die Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsordnung die Großindustrie."¹⁾ Insbesondere aber kann das Autarkiestreben der sozialistischen Staaten und die Bedeutung der Rüstung als Grund für die primäre Stellung der Schwerindustrie betrachtet werden.²⁾

Die skizzierte Schwerpunktwirtschaft ist bis heute im wesentlichen gleich geblieben, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß der Lebensstandard der Bevölkerung, z.B. der Sowjetunion, der ein Bild von der Bedeutung des Konsumgütersektors gibt, im Vergleich zum Niveau vor 30 bis 40 Jahren gestiegen ist. Doch besitzt der industrielle Sektor unbestrittenermaßen die Vorzugsstellung, die sich auch heute in den direkten und indirekten Planungsmaßnahmen der Zentrale deutlich zeigt. Die Förderung des Sektors der Schwerindustrie müßte also bei der Gestaltung eines Preissystems Berücksichtigung finden.

Eine Bevorteilung dieses Sektors kann jedoch nur zu Lasten eines anderen Sektors erfolgen. Dieser Gesichtspunkt weist auf eine Umverteilung der Produktivkräfte zwischen verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft hin, die von den Ideologen als "ökonomisches Gesetz der sozialistischen Akkumulation"³⁾ bezeichnet wird. Damit ist die Umverteilung des Reineinkommens des Konsumgütersektors auf den Produktionsmittelsektor gemeint.

1) Weber, Adolf, a.a.O., S. 641

2) Weber, Adolf, a.a.O., S. 641

3) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 748

Eine Umverteilung setzt das Vorhandensein eines entsprechenden volumenmäßigen Reineinkommens im Konsumgütersektor voraus. Das Preisniveau müßte hier also entsprechend über dem Niveau der Produktionskosten liegen, so daß die Differenz zwischen Preisen und Kosten als Reineinkommen der Abschöpfung durch den Staat unterworfen und dem Produktionsgütersektor zugeführt werden könnte, in dem das Preisniveau dann entsprechend niedriger wäre.¹⁾ Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Kosten und Preisen im Produktionsgütersektor würde insoweit nicht gegeben sein, als eine mögliche Verlustproduktion volkswirtschaftlich im Konsumgüterbereich eingeholt würde.

Als Hebel der Umverteilung bietet sich der Staatshaushalt an, dem auf dem Steuerwege die umzuverteilenden Mittel zufließen, die dann im Subventionsverfahren ihrer Verwendung zugeführt werden. In diesem Falle besitzt die Steuer nicht den Charakter eines preisbestimmenden Faktors, "sondern sie ergibt sich vielmehr aus dem vom Staat festgelegten Preis."²⁾ Die Umverteilung würde somit eine Verbrauchsbeschränkung von Konsumgütern bedeuten, die einer Rationierung gleichkäme, deren Ausmaß die Einflußnahme der Konsumentenwünsche auf die Produktion begrenzen bzw. ausschalten müßte. Diese Maßnahmen würden eine Kapitalbeschaffung zum Zwecke der Finanzierung von Angeboten im Produktionsgüterbereich bewirken.³⁾

Für die vorgeschlagene Umverteilung der Akkumulation zwecks Begünstigung bestimmter Schwerpunkte gibt es in der Praxis planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten be-

1) Es bedarf hier eines deutlichen Hinweises, daß in diesem Zusammenhang lediglich von einem Vergleich der Preisniveaus verschiedener volkswirtschaftlicher Sektoren die Rede ist, nicht aber von der Relation einzelner Preise verschiedener Preisniveaus oder innerhalb desselben Niveaus. Diese Problematik der Bestimmung der Relationen einzelner Preise steht im folgenden Abschnitt zur Erörterung.

2) Förster, Wolfgang, III, a.a.O., S. 18

3) Vgl. Thimm, Gerhard, a.a.O., S. 26

reits Beispiele. "Die Preise für die Erzeugnisse der Produktionsmittel produzierenden Schwer-, Holz- und Maschinenbauindustrie sind den kommerziellen Selbstkosten angenähert. Hingegen liegen die Großhandelspreise für die Erzeugnisse der Nahrungsmittel- und der Leichtindustrie, die Konsumgüter herstellen, in der Regel erheblich über den Selbstkosten."¹⁾

Obgleich der Zweck der Umverteilung eindeutig zu sein scheint, entbehrt deren Durchführung heute jedoch noch häufig der Rationalität. Die Abschöpfung der Akkumulation erfolgt mit Hilfe der differenzierten Umsatzsteuer, die in der Konsumgütersphäre erhoben wird. Entsprechend bleiben die Bereiche der Produktionsgüterindustrie umsatzsteuerfrei.

Somit ist bereits im heutigen System der Planwirtschaft sowjetischen Typs der Preis in seiner Funktion als Regulator de facto anerkannt, so daß auch bei vorsichtigem Optimismus die Skepsis, die vor allem von ideologischer Seite der Regulatorenrolle des Preises entgegengebracht wird, überwindbar erscheint.

(3) Ausrichtung der Preisrelationen nach den relativen Knappheiten

Neben der Bestimmung der Preisniveaus besteht als weiteres wichtiges theoretisches Problem die Fixierung der Preisrelationen.

Bemerkungen zur theoretischen Konzeption der Ideologen ("Wertgesetz"):

Für die Fixierung der Preisrelationen spielt nach der Auffassung der Ideologen das "Wertgesetz" eine bedeutende Rolle. Es fordert die Orientierung der Preise an ihrem Wert²⁾, wobei der Wert nach der marx'schen Lehre mit

¹⁾ Rowinski, N.N., II, a.a.O., S. 35

²⁾ Vgl. Politische Ökonomie, a.a.O., S. 600

dem für die Produktion notwendigen Arbeitsaufwand identisch ist.

Dem Wertgesetz soll jedoch nicht unbeschränkte Geltung zukommen. Schon Stalin engt die Wirksamkeit des Wertgesetzes im Sozialismus erheblich ein, indem er ihm die "regulierende Bedeutung" abspricht und seine eindeutige Unterordnung unter den zentralen Wirtschaftsplan fordert.¹⁾ Es soll nicht unabhängig wie in der "kapitalistischen Wirtschaft" wirken, in der Nutzen- und Gewinnmaximierung der Individuen das Handeln der Wirtschaftssubjekte bestimmen, sondern bei der Erfüllung des zentralen Wirtschaftsplanes dienlich sein.

Diese Auffassung vom Wirken des Wertgesetzes erscheint wenig eindeutig und mehr als ideologische Rechtfertigung der marxistisch-leninistischen Wertlehre Bedeutung zu haben.

"Wenn der Begriff 'Wert' überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß der Wert der Waren in ihrem Verhältnis zueinander ein wirkliches Maß für die relativen Kosten darstellen. Die letzteren müssen wiederum einen gewissen Ausdruck in Form von gesellschaftlich notwendiger Arbeitskraft finden, um so in den Rahmen der marxistischen Orthodoxie zu passen."²⁾

Eine Preisfixierung nach diesem Prinzip aber würde nicht mit der Forderung nach einer rationellen Ausnutzung der Hilfsquellen zum Zwecke der Erfüllung zentraler Planziele harmonisieren. Der Wertbegriff ist hier allein auf die "Angebotsseite" bezogen, so daß die "Nachfrage" nach den produzierten Gütern ohne Einfluß bleibt.³⁾ Man wird

¹⁾ Vgl. Eggers, Wolfgang, Die Rolle des "Wertgesetzes" im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Wirtschaft 1960, S. 36

²⁾ Nove, Alec, Die sowjetische Wirtschaft (Deutsche Übersetzung), Wiesbaden (ohne Jahresangabe), S. 312

³⁾ Vgl. Diekmann, Klaus, II, a.a.O., S. 20

das Wertgesetz somit kaum im Sinne einer Preistheorie als theoretische Fundierung der effektiven Preisrelationen betrachten können. Insofern erscheint es als Hilfsmittel zur Fixierung der Preisrelationen in ökonomischer Sicht ohne Bedeutung.

Die relativen Knappheiten im Sinne der zentralen Ziele:

Bei der Beantwortung der Frage nach der Bedingung, der die Preisrelationen zu entsprechen haben, damit die autonomen Entscheidungen der Betriebsleiter rational sind und zu einer optimalen Erfüllung der zentralen Planziele führen, ist es also notwendig, bei der Preisfixierung die "Nachfrageseite" mit in die Betrachtung einzubeziehen.

Im theoretischen Modell einer zentralen Planwirtschaft übt der Staat, verkörpert durch die zentrale Planungsinstanz, allein die Nachfrage nach wirtschaftlichen Gütern aus. Diese Funktion müßte hier auf die zu autonomen Entscheidungen befugten Individuen übergehen, die ihre Entscheidungen nach dem Rationalprinzip treffen.

Soweit die Preise von den Individuen als nicht einflußbar gelten, würde das dem System einer freien Marktwirtschaft vom Typ der vollständigen Konkurrenz entsprechen, wenn sich die Preise frei bildeten und damit die Knappheitsgrade der einzelnen Güter nach den Vorstellungen der Individuen widerspiegeln. Die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten ergeben sich in einer Marktwirtschaft aufgrund des Strebens der Individuen nach maximaler Befriedigung ihrer Bedürfnisse.

In einer zentralen Planwirtschaft werden im Regelfall die wirtschaftlichen Zielsetzungen des Staates und der Individuen auseinanderfallen. Daher ist die freie Preisbildung durch zentral fixierte Preise zu ersetzen, die den relativen Knappheiten der Güter in der Vorstellung der Zentrale entsprechen. Knappheitsgerechte Preise geben die Bedeutung der einzelnen Güter wieder, die sie

für die Produktion anderer Güter oder für den Endverbrauch im Sinne der zentralen Ziele haben. "Die Preise sollen in der Absicht festgesetzt werden, daß die vermehrte Produktion spezifisch knapper oder besonders notwendiger Erzeugnisse stimuliert und zugleich ihre Anwendung in der Produktion begrenzt wird."¹⁾

In einem solchen System könnten die Individuen, vor allem die hier im Mittelpunkt der Erörterungen stehenden Betriebsleiter²⁾, als Nachfrager mit autonomer Entscheidungsmacht auftreten und dabei gleichzeitig die wirtschaftlichen Ziele der Zentrale erfüllen. Die gesamte individuelle Nachfrage würde mit der zentralen staatlichen Nachfrage identisch sein.

Zur zentralen Fixierung der Preise nach den relativen Knappheiten bedarf es der Kenntnis der wichtigsten der Knappheit der Güter determinierenden Fakten. Hier kommen in Betracht:³⁾

- 1) Tatur, S.K., Chozrascët und Rentabilität, in: Izvestija AN SSSR, Otd., Ek. 1. Pr. 1950 Nr. 3, S. 170 Ziff. c), zitiert bei Schwartz, Harry, Russia's Soviet Economy, New York 1950, S. 195
- 2) Die Konsumenten können ebenfalls als selbständige Nachfrager in Erscheinung treten, wenn die Konsumgüterpreise derart fixiert werden, daß sie eine Nachfrage lenkung im Sinne der staatlichen Zentrale bewirken. Das bedeutet lediglich Konsumentenfreiheit, d.h. die Konsumenten haben die Möglichkeit der freien Wahl zwischen den vorhandenen angebotenen Konsumgütern, nicht aber Konsumentensouveränität, die auch eine Einflußnahme der Konsumentenentscheidungen auf die Produktionsziele einschließt. Die Konsumgüterverkaufspreise sind also so zu bestimmen, daß gesamtwirtschaftlich ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage zustande kommt. Hier ist im Vergleich zur Marktwirtschaft eine Umkehrung der Funktionen des Preises festzustellen, da der Preis sich nicht durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ergibt, sondern der fixierte Preis die Nachfrage bestimmt.
- 3) Vgl. Diekmann, Klaus, I, Probleme der Wirtschaftsrechnung und Optimalität bei Investitionsentscheidungen in der Sowjetunion, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1960, S. 59

1. die Nutzenstruktur der zielsetzenden Zentrale hinsichtlich aller Güter;
2. die vorhandenen Gütermengen, über die in einer Periode verfügt werden kann;
3. die technischen Produktionskoeffizienten.

Gelingt die Bestimmung dieser Determinanten, so müssen die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate so fixiert werden, "daß die im Hinblick auf das gesellschaftlich Notwendige¹⁾ knappen Materialien teurer sind, als die reichlicher vorhandenen. Der Preis muß also die Betriebe auf die ökonomische Bedeutung der einzelnen Güter im Rahmen des gesellschaftlich Notwendigen hinweisen und sie zu einer ökonomisch optimalen Verwendung der einzelnen knappen Güter ausrichten."²⁾

bb) Probleme bei der Findung von Knappheitsrelationen
und deren Konkretisierung in einem Preissystem

Hensel³⁾ hat versucht, gesamtwirtschaftliche Knappheiten auf rein naturaler Basis, also mengenmäßig, zu bestimmen. Abgesehen von der Problematik dieser Methode⁴⁾ erübrigt sich hier eine Diskussion dieses Vorschlags, weil Hensel eine ausschließlich naturale Planung voraussetzt und die Transformierung der mengenmäßigen Knappheiten in Preise gar nicht beabsichtigt.

Es muß jedoch eine Methode gefunden werden, die es erlaubt, die vorhandenen Produktionsfaktoren mit finanziellen Größen, mit Preisen zu belegen, die die relativen Knappheiten im Sinne der zentralen Planziele korrekt wiedergeben.

1) Unter dem "gesellschaftlich Notwendigen" sind die zentralen Planziele zu verstehen.

2) Bissing, W.M. Frhr. v., a.a.O., S. 28

3) Vgl. Hensel, K. Paul, I, a.a.O., S. 115 ff.

4) Vgl. Diekmann, Klaus, II, a.a.O., S. 61

(1) Anwendung mathematischer Verfahren

Zunächst bieten sich mathematische Verfahren zur Bestimmung der Knappheitsrelationen an. Es besteht die Frage, ob mit ihrer Hilfe das gewünschte Gleichgewichtssystem von Preisen gefunden wird.

Die Arbeiten von Barone¹⁾ und insbesondere Tisch²⁾ - letztere legt das Walras'-Casselsche Gleichungssystem zugrunde - zeigen, daß eine mathematische Lösung existiert, soweit die erforderlichen Daten exakt und wirklichkeitsnah feststellbar sind. In neuerer Zeit ist durch die Modelle der Linearplanung überzeugend nachgewiesen worden, daß die theoretische Lösung in der Erstellung eines Gleichungssystems begründet liegt, dessen Anzahl der Gleichungen, die lineare Prozesse darstellen müssen, der Zahl der Unbekannten des Systems entspricht.³⁾ Die Bewältigung der erforderlichen Rechenarbeit kann allein durch den Einsatz moderner elektronischer Rechenmaschinen erfolgen;⁴⁾ sie ist kein theoretisches Problem, sondern eine

1) Barone, Enrico, Il Ministerio della Produzione nello Stato Collettivista, in: Giornale degli Economisti, Bd. 37, 1908, S. 409 ff., in engl. Übersetzung abgedruckt unter dem Titel "The Ministry of Production in the Collectivist State" bei Hayek, Collectivist Economic Planning, London 1935

2) Tisch, Cläre, Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Diss. Bonn 1932

3) Vgl. Diekmann, Klaus, II, a.a.O., S. 64 ff.

4) Stackelberg gibt einen Hinweis auf das Ausmaß der notwendigen Rechenoperationen, indem er feststellt, daß zur Ermittlung richtiger Preisrelationen der Produktionsmittel "sämtliche Grenzerträge sämtlicher Produktionsmittel auf allen Produktionsstufen und in allen Verwendungsrichtungen" bekannt sein müssen. "Sobald eine bestimmte Produktionsmethode zur Herstellung eines bestimmten Gutes festliegt, hängt der Grenzertrag jedes Produktionsmittels von dem Umfang ab, in welchem dieses Produktionsmittel und alle übrigen benötigten Produktionsmittel zum Einsatz gelangen. Würde man etwa eine Tabelle des Grenzertrages eines bestimmten Produktionsmittels entwerfen, so würde diese Tabelle, z.B. bei Verwendung von 20 verschiedenen

(Fortsetzung S. 112)

Frage der Menge der verfügbaren Rechenmaschinen und ihrer Kapazität.

Die Gleichungen des linearen Planungsmodells zeigen die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Gleichgewichtspreissystem errechnet werden kann. Die Problematik aber liegt in einer exakten Fixierung der Bedingungen, die erst aufgrund einer genauen Kenntnis der Präferenzskala (Nutzenstruktur) der zielsetzenden staatlichen Zentrale, der in einer Planperiode verfügbaren Güter aller Ordnungen nach Art, Menge und Qualität und der technischen Produktionskoeffizienten möglich ist.

Hier scheint jedoch die praktische Durchführbarkeit der Lösung besonders in einer Wirtschaft modernen Typs ernsthaft in Frage gestellt zu sein. Hayek¹⁾ drückt das folgendermaßen aus: "Es ist wohl einleuchtend, daß die bloße Zusammenstellung dieser Daten eine Aufgabe ist, die über alle menschlichen Möglichkeiten hinausgeht." Die ungeheuerere Komplexität der Aufgabe sowie die der Wirtschaft innewohnende Dynamik, die schon nach relativ kurzen Zeiträumen ständig eine neue Datenerfassung verlangt, macht eine sach- und zeitgerechte Lösung unmöglich.

Diesen praktischen Schwierigkeiten kommt eine solche Bedeutung zu, daß auch die theoretische Möglichkeit der Bestimmung knappheitsgerechter Preisrelationen wertlos wird.

Forts. Fußnote 4, S. 111:

Produktionsmittelarten eine zwanzigdimensionale sein. Würde man beispielsweise sich mit der Ermittlung der Grenzerträge für fünf verschiedene Einsatzmengen jedes Produktionsmittels bei gegebenem Einsatz aller übrigen Produktionsmittel begnügen, so würden immerhin für jedes Produktionsmittel 5²⁰, d.h. fast hundert Billionen Grenzertragsgrößen zu berechnen sein. Und für diese Produktionstechnik wäre von neuem eine solche Rechnung aufzustellen." So: Stackelberg, Heinrich v., II, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, Godesberg 1949, S. 195f.

1) Hayek, F.A., Individualism and Social Order, 1948, S. 152 ff., in deutscher Übersetzung: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 1952, S. 201

(2) Vorübergehende Freigabe der Preise

Da die direkte Preisfixierung nach den relativen Knappheiten der einzelnen Güter "von oben her" durch die staatliche Zentrale nicht realisierbar erscheint, ist zu prüfen, ob die Ergebnisse einer Preisbildung "durch vorübergehende Inkraftsetzung des Marktmechanismus also von unten her"¹⁾ imstande sind, das Handeln der Betriebsleiter auf die optimale Erfüllung der zentralen Ziele auszurichten. Diese Maßnahme hätte überdies nur Bedeutung, wenn die Preise aller Waren dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen würden, denn nur dadurch könnte die Interdependenz aller Märkte in erforderlichem Maße Berücksichtigung finden.

Die Anwendung dieser Methode würde zu Preisrelationen führen, die die Knappheitsrelationen der einzelnen Güter nach den Wertschätzungen der nachfragenden und anbietenden Individuen widerspiegeln. Somit wäre kein Unterschied zur Preisbildung in einem marktwirtschaftlichen System festzustellen. Würden die derart gebildeten Preise von der staatlichen Zentrale sanktioniert, so würden in den Preisen die Pläne der Individuen, nicht aber die der Zentrale zum Ausdruck kommen.²⁾ Daher ist auch die Methode der vorübergehenden Freigabe der Preise zur Herstellung von Knappheitsrelationen im Sinne der zentralen Ziele nicht anwendbar.

(3) Preisbestimmung mittels einer Art "trial and error"-Methode

Die Vorschläge Oskar Lange's scheinen einen brauchbaren Ansatzpunkt für die zentrale Bestimmung der Preisrelationen zu enthalten. Während Lange³⁾ jedoch bei seiner

¹⁾ Eucken, Walter, a.a.O., S. 74

²⁾ Eucken, Walter, a.a.O., S. 76

³⁾ Vgl. Lange, Oskar and Taylor, Fred M., On the Economic Theory of Socialism, Minneapolis and Minnesota 1938, S. 72

Modellkonstruktion eines sozialistischen Wirtschaftssystems die Konsumentensouveränität als Bedingung setzt, die die Ausrichtung der gesamten Produktion letztlich auf die Präferenzen der Konsumenten zum Inhalt hat, tritt im vorliegenden Falle an deren Stelle die Präferenzskala der zielsetzenden Zentrale. Auf dieser Basis kann die "trial and error"-Methode¹⁾ nach der Darstellung Lange's unter veränderten Bedingungen Anwendung finden.

Notwendig ist die zentrale Bestimmung von Gleichgewichtspreisen, die Angebot und Nachfrage einer jeden Ware zum Ausgleich bringen. Nur in diesem Falle entsprechen die Preise unter der genannten Bedingung den relativen Knappheiten und sichern somit die ökonomisch beste Verwendung der vorhandenen Produktivkräfte. Die erforderliche Gleichheit von Angebot und Nachfrage sowie die von der planenden Zentrale gewünschte Richtung der Produktion kann der Zentrale als Orientierungsmaßstab bei der Festsetzung der Preise dienen.

Die Methode²⁾ geht aus von Preisrelationen, die entweder die historische Preissituation des betreffenden Landes darstellen können oder von der Zentrale in Ermangelung eines Leitkriteriums zunächst mehr oder weniger willkürlich festgesetzt werden. Auf der Grundlage dieser Preise erfolgen die Entscheidungen der Betriebsleiter, wodurch auch Angebot und Nachfrage bei jedem Produkt bestimmt sind. Die Gegenüberstellung der einzelnen Angebots- und Nachfragemengen wird nach einer Rechnungsperiode nur rein zufällig einen Ausgleich und gleichzeitig die Erfüllung der zentralen Produktionsziele zeigen. Im Regelfall wird sich ein Angebots- oder Nachfrageüberhang ergeben, der auch als Nachfrage- oder Angebotslücke bezeichnet werden kann. Außerdem werden die erreichten Produktionsziffern von den zentralen Planzielen abweichen.

1) Der Begriff "trial and error"-Methode kann zweckmäßig mit "Versuch-Irrtums"-Methode übersetzt werden.

2) Die von Lange vorgeschlagene Methode ist dargestellt in: Lange, Oskar and Taylor, Fred M., a.a.O., S. 72 ff.

"Die Konsequenzen ... sind [von der Zentrale vorzunehmende] Veränderungen der Preise in der Richtung, daß die input-Preise solcher Güter, deren Anteil an der Produktion zu hoch ist, erhöht werden, während die input-Preise der Güter, deren Anteil zu niedrig ist, gesenkt werden."¹⁾

Die so fixierten neuen Preisrelationen dienen in der folgenden Rechnungsperiode wieder zur Orientierung der Entscheidungen der Betriebsleiter. Am Ende dieser Periode erfolgt eine erneute Anpassung der Preise an die Präferenzen der Zentrale unter Berücksichtigung des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage, die sich beliebig oft wiederholen kann. Successiv kann somit ein Preissystem aufgebaut werden, das die relativen Knappheiten der Güter im Sinne der zentralen Ziele widerspiegelt. Die technischen Schwierigkeiten dieser Methode erscheinen durchaus überwindbar und brauchen ihre Anwendbarkeit nicht in Frage zu stellen.

Die Preisänderungen durch die Zentrale in Richtung auf ein rationales Preissystem werden jedoch niemals endgültig zum Abschluß gelangen können, da anzunehmen ist, daß im Zeitablauf die Präferenzskala der Zentrale gewisse Änderungen erfahren wird, die den Knappheitsrelationen jeweils eine neue Richtung weist. In gleicher Weise wird die der Wirtschaft innewohnende Dynamik ständige Änderungen der Preisrelationen verlangen. Dies stellen unumgängliche Schwierigkeiten dar, die in einem marktwirtschaftlichen System mitunter noch größere Bedeutung haben und sich niemals werden beseitigen lassen.

Ein an echte Preisrelationen angenähertes Preissystem, das sich ständig bei Veränderungen der Knappheitsrelationen in gleicher Richtung bewegt, muß daher schon als ausreichende Erfüllung der an ein rationales Preissystem gestellten Forderungen angesehen werden.

¹⁾ Kazmierczak, Herbert J., a.a.O., S. 62

III. Nebeneinander von Naturalplan und mit Hilfe der "trial and error"-Methode gefundenen Preisen

1. Die Problematik ausschließlich finanzieller Lenkung in einer Planwirtschaft

Die Notwendigkeit einer finanziellen Lenkungsmethode steht außer Zweifel. Die "trial and error"-Methode scheint ein gangbarer Weg zur Bestimmung knappheitsorientierter Preisrelationen zu sein. Andererseits vermag sie aber nicht mit absoluter Sicherheit knappheitsgerechte Preisrelationen zu schaffen. Es ist also zweifelhaft, ob die finanzielle Lenkungsmethode allein die Erfüllung der zentralen Planziele sichern kann.

Die Zweifel ergeben sich daraus, daß in einer Planwirtschaft Zielträger und Planausführende nicht wie in einer Marktwirtschaft identisch sind. Die daher in einer Planwirtschaft erforderliche Subordination der vielen Einzelwillen unter den zentralen Planwillen hängt bei weitgehender Autonomie in großem Maße vom Grad der Realisierung knappheitsgerechter Preisrelationen ab. Je weniger die Preise diese Bedingung erfüllen, um so größer wird die Diskrepanz zwischen den Einzelwillen und dem Willen der planenden Zentrale und damit die Diskrepanz zwischen dem Ergebnis der Produktion und den zentralen Zielen sein.

Am deutlichsten treten die Mängel der finanziellen Methode im Investitionsgütersektor hervor. Das Ausmaß der Gewinne der einzelnen Betriebe in den einzelnen Branchen würde bei nicht knappheitsgerechten Preisen einen falschen Indikator für das Investitionsverhalten der Betriebe darstellen. Als Ergebnis würde das zu nicht von der staatlichen Zentrale gewünschten Kapazitätserweiterungen bzw. zu Minderinvestitionen einzelner Betriebe führen, da die Gewinne nicht entsprechend der Bedeutung der Betriebe verteilt wären. Langfristig würden also Fehlinvestitionen im Sinne des Systems die unvermeidbare Folge sein.

Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, soll hier eine Lösung vorgeschlagen werden, die im Einbau einer teilweise direkten Lenkung des Wirtschaftsprozesses in das finanzielle Lenkungssystem bestehen könnte. Die direkte Lenkung würde aufgrund einer naturalen Planung erfolgen, die jedoch andererseits nicht so weit detailliert werden darf, daß der Leistungswille der Individuen getroffen wird. Das würde sonst einem Rückfall in die heutige Praxis einer Planwirtschaft sowjetischen Typs gleichkommen.

Die geforderte teilweise direkte Lenkung der Wirtschaft, die gewöhnlich nur eine naturale, d.h. mengenmäßige Planung darstellt, in Sonderfällen aber auch finanzielle Planaufgaben einschließen könnte, würde das Vorhandensein einer Planungshierarchie in Anlehnung an den heute in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten praktizierten Typ voraussetzen.

Damit bestünden zwei Lenkungssysteme nebeneinander: das der naturalen und der finanziellen Lenkung.

2. Die Vereinbarkeit von naturaler und finanzieller Lenkung des Wirtschaftsprozesses

Das Nebeneinanderbestehen beider Lenkungsmechanismen kann ökonomisch nur sinnvoll sein, wenn beide Methoden, isoliert betrachtet, zumindest der Tendenz nach zum gleichen Ergebnis führen können. Die Ziele sind in beiden Fällen gegeben, die bei naturaler Lenkung mengenmäßig fixiert, bei finanzieller Lenkung aufgrund der gesetzten Preise indirekt bestimmt sind. Die Erfüllung der Ziele ist jeweils mit den geringsten Mitteln anzustreben. Bei knappheitsgerechter Verwendung der vorhandenen Mittel erreichen beide Methoden die optimale Lösung. Daraus ergibt sich, daß sich beide Methoden grundsätzlich nicht ausschließen.

Während die Herstellung knappheitsgerechter Preise als Grundlage des finanziellen Lenkungssystems wenigstens approximativ möglich erscheint, muß die zweckentsprechende Bildung mengenmäßiger Knappheiten, die den Genauigkeitsgrad finanzieller Größen erreichen sollen, als unrealistisch betrachtet werden. Die naturale Lenkung müßte die Aufgabe durch direkte Planbeauftragung lösen, indem die Zentrale den einzelnen Betrieben die von ihnen zu erstellenden Produktionsmengen nach Art und Umfang wie auch die zur Produktion erforderlichen Produktionsmittel direkt vorschreibt. Diese Planregelung nach den relativen Knappheiten der vorhandenen Mittel wird den Gleichgewichtszustand zwischen Zielen und Mitteln jedoch nicht annähernd erreichen.¹⁾

"Die vom finanziellen Lenkungssystem angestrebten Gleichgewichte sind dadurch näher bestimmt, daß sie an einem Optimum des Gesamterfolges bei gegebenen Endzwecken orientiert sind; dadurch wird aus der Vielzahl möglicher Zustände naturaler Ausgeglichenheit ein bestimmter ausgewählt. Eine solche nähere Bestimmung ist mit der naturalen Lenkungsmethode vom System her nicht verbunden; sie kann vielmehr beliebige Ausgleichszustände herbeiführen. Die finanzielle Lenkungsmethode bringt also eine nähere Bestimmung des von der naturalen Methode unbestimmt gelassenen Ausgleichszustandes mit sich."²⁾

Der optimale Gleichgewichtszustand bei der Verwendung einer jeden Methode aber muß derselbe sein, da dieser durch die Präferenzstruktur der Zentrale und die vorhandenen Mittel bestimmt ist.

Die naturale Planung ist in der Lage, relativ eindeutig die Richtung der Produktion festzulegen, wobei der Aus-

1) Den Versuch zur Bildung naturaler Knappheitsrelationen hat, wie erwähnt, Hensel gemacht. Die Unhaltbarkeit dieser Methode ist von Diekmann nachgewiesen worden: vgl. Diekmann, Klaus, II, a.a.O., S. 61

2) Hirsch, Hans, a.a.O., S. 87

gleichszustand zwischen Zielen und Mitteln nur sehr grob im Hinblick auf das ökonomische Optimum determiniert ist.

- Die finanzielle Lenkung dagegen kann infolge des Nebeneinanderbestehens zweier Präferenzsysteme, das der staatlichen Zentrale und das der einzelnen Individuen, bei nicht knappheitsgerechten Preisen im Sinne der zentralen Ziele verschiedene Gleichgewichtszustände anstreben, so daß die Richtung der Produktion mehrdeutig wird und nicht allein die Erfüllung zentraler Ziele verfolgt. Bei fixierter Richtung der Produktion durch die naturale Planung zeigt sie sich jedoch zwecks näherer Bestimmung des optimalen Ausgleichszustandes vorteilhaft. Die finanzielle Methode "gründet sich also auf jene Dispositionsfreiheit der unmittelbar produktionslenkenden Instanzen, welche die andere naturale Methode weitgehend einschränkt."¹⁾

Somit scheint nicht nur das Nebeneinanderbestehen beider Lenkungsmechanismen möglich, sondern es empfiehlt sich sogar der Einsatz beider Methoden, da die Vorteile der einen Methode gerade dort bestehen, wo die andere Methode Nachteile zeigt bzw. umgekehrt.

3. Abstimmung eines richtungsweisenden Naturalplans mit einem entsprechenden rationalen Preissystem

Es erhebt sich die Frage, welcher der beiden Lenkungsmethoden, der naturalen oder finanziellen, das Schwergewicht im gesamten Lenkungssystem zukommen soll.

Bei dem im III. Kapitel unternommenen Versuch, die autonome Entscheidungsfreiheit der Betriebsleiter in planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten zwecks Erhöhung der Leistungsbereitschaft der Individuen im Sinne der Erfüllung zentraler Planziele zu fördern, ging es nicht um die Frage der Konstruktion und Realisierung eines Typs einer Wirtschaftsordnung. Vielmehr bestand die Auf-

¹⁾ Hirsch, Hans, a.a.O., S. 86

gabe in einer ökonomisch sinnvollen Gestaltung der Wirtschaft eines Landes, in der die staatliche Zentrale allein die wirtschaftlichen Ziele bestimmt, und in der jegliches betriebliche Wirtschaften primär an der Erfüllung dieser Ziele orientiert sein soll.

Daraus leitet sich die Zielerfüllung als oberste Aufgabe einer solchen Wirtschaft ab. Es schließt sich die Frage der Art und Weise dieser Zielerfüllung unter Berücksichtigung des Leistungsgesichtspunktes an, d.h. des Strebens nach ökonomisch optimaler Zielerfüllung.

Die Konkretisierung zentraler Ziele erfolgt am klarsten durch naturale Planziffern, soweit man primär auf die Richtung der Produktion abstellt und nicht die Spezifizierung der Ziele bis ins Detail beabsichtigt. Im letzten Fall würde die naturale Planung ihrer Aufgabe auch nicht mehr gerecht.¹⁾

Der naturalen Lenkungsmethode kommt daher die Vorrangstellung zu. Sie hat sich aber darauf zu beschränken, besonders markante Punkte des zentralen Zielsystems mengenmäßig zu kennzeichnen und diese auf die einzelnen Branchen und - wenn möglich - auch auf die wichtigsten und größten Wirtschaftsbetriebe aufzuschlüsseln.

Diese Methode erinnert an die heute in der Praxis planwirtschaftlich ausgerichteter Staaten geübte Planbeauftragung der einzelnen Betriebe. Sie kann, wenn sie sinnvoll gestaltet werden soll, jedoch nur sehr global erfolgen und stellt lediglich einen Richtungsanzeiger der Produktion dar. Vielleicht könnte für die nähere Ausgestaltung des naturalen Globalplans in den tschechischen²⁾

1) Vgl. die Ausführungen des I. Kapitels

2) Das tschechische Modell der Planwirtschaft modernen Typs hat sich weitgehend in Richtung der Liberalisierung der Wirtschaft vom Modell sowjetischen Typs gelöst.

Reformen eine Hilfe gesehen werden: "Der Gosplan entwirft einen langfristigen Plan (für 5 und 10 Jahre), der sich mit der allgemeinen Entwicklung befaßt, und mit Schlüsselzielen für die Schlüsselindustrien. ... Aber im allgemeinen ist es nicht die Aufgabe der Planungsorgane oder Ministerien, die Produktionsziele von oben her zu bestimmen. Vielmehr wird den Betrieben eine langfristige Grundlage für ihre Arbeit gegeben."¹⁾

Eine solche Stellung der naturalen Lenkungsmethode hat den eindeutigen Vorrang vor der finanziellen. Der finanziellen Lenkung fällt innerhalb dieses Rahmens die Aufgabe der Realisierung des ökonomischen Optimums zu. Die mit Hilfe der "trial and error"-Methode zu schaffenden Preisrelationen, die approximativ die Knappheitsverhältnisse der zur Produktion erforderlichen wirtschaftlichen Güter darstellen müßten, würden die Entscheidungen der Betriebsleiter hinsichtlich der Verwendung der Güter auf die Erfüllung der im Naturalplan global skizzierten zentralen Ziele hinlenken.

Ein derartiges Mischsystem von naturaler und finanzieller Lenkung könnte geeignet sein, die heute weitgehend unökonomische Wirtschaftsweise einer zentralen Planwirtschaft sowjetischen Typs durch ein rationales Wirtschaften im ökonomischen Sinne zu ersetzen, indem die autonomen Entscheidungsbefugnisse im Interesse des Leistungsprinzips erheblich erweitert würden.

1) Nove, Alec, a.a.O., S. 280

Literaturverzeichnis:

- AHRENS, Heinz, Die Bedeutung der Betriebsgröße für Kosten und Ertrag - unter besonderer Berücksichtigung der Mittelbetriebe, Diss. Münster 1961
- ARNOLD, H., BORCHERT, H., SCHMIDT, J., I, Ökonomik der sozialistischen Industrie, Lehrbuch, Berlin 1957
- ARNOLD, H., BORCHERT, H., SCHMIDT, J., II, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, Lehrbuch, Berlin 1961
- BARONE, Enrico, Il Ministerio della Produzione nello Stato Collettivista, in: Giornale degli Economisti, Bd. 37, 1908, S. 409 ff., in engl. Übersetzung abgedruckt unter dem Titel "The Ministry of Production in the Collectivist Economic Planning, London 1935
- BATYRJOW, W.M., USSOSKIN, M.M., Der kurzfristige Kredit und die Organisation der Geldzirkulation in der UdSSR, (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1954
- BAUM, Herbert, Zur Behandlung des zentralisierten Reineinkommens des Staates bei der Preisbildung für industrielle Erzeugnisse, in: Wirtschaftswissenschaft, 6. Jg., 5. Sonderheft, 1958, S. 38 ff.
- BAYKOV, Alexander M., The Development of the Soviet Economic System, An Essay on the Experience of Planning in the USSR, Cambridge 1950
- BEBEL, A., Buduščee obščestvo, Moskva 1918
- BERI, L.J., Spezialisierung und Kooperation in der Industrie der UdSSR, (Übersetzung aus dem Russischen) Berlin 1955
- BERKENKOPF, G., Die Finanzierung der russischen Planwirtschaft, Rostock 1932
- BIERI, H.G., Die Wirtschaftsrechnung in der Planwirtschaft, in: Konkurrenz und Planwirtschaft, Bern 1946, S. 207 ff.
- BIRMAN, A.M., Die Finanzen der Wirtschaftszweige der UdSSR, Teil I, Berlin 1956
- BISSING, Wilhelm Moritz Frhr. v., Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft, in: Jahn, Georg und Bissing, W.M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961

BOBRAVEK, J., Neue Wirtschaftslenkung in der Sowjetunion, in: Internationale Politik, H. 173, Belgrad 1957

BOETTCHER, Erik, I, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege, Tübingen 1959

BOETTCHER, Erik, II, Dezentralisierung und Rationalisierung in der Sowjetunion, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1958, S. 103ff.

BOSCH, Werner, Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft, Heidelberg 1960

ČÁSTEK, A., ING. L. SOBOTKA, Handbuch der operativen Produktionsplanung, (Übersetzung aus dem Tschechischen), 2. Aufl., Berlin 1957

DALLIN, D.J., The Real Soviet Russia, New Haven 1944

DAVIES, R.W., The Development of the Soviet Budgetary System, Cambridge 1958

DEUTSCH, Paul, Entwicklungstendenzen der Betriebswirtschaftslehre im Zeichen des technischen Fortschritts, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB) 1956, S. 477 ff.

DIEKMANN, Klaus, I, Probleme der Wirtschaftsrechnung und Optimalität bei Investitionsentscheiden in der Sowjetunion, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1960, S. 59 ff.

DIEKMANN, Klaus, II, Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa - Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 11, Berlin 1960

DOBB, M., On Economic Theory and Socialism, Collected Papers, London 1955

DOSCH, Hilmar, Die Investitionsplanung in der Wirtschaft sowjetischen Typs, Diss. Münster 1959

DOST, Alfred, Einige theoretische Grundfragen der Bildung von Einzelhandelsverkaufspreisen, in: Wirtschaftswissenschaft, 6. Jg., 5. Sonderheft, 1958, S. 79 ff.

EGGERS, Wolfgang, Die Rolle des "Wertgesetzes" im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Wirtschaft 1960. S. 34 ff.

EUCKEN, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952

FÖRSTER, Wolfgang, I, Betriebspolitische Finanzwirtschaft, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, H. 3, Berlin 1952

FÖRSTER, Wolfgang, II, Chosrastschot, Wirtschaftliche Rechnungsführung in der UdSSR, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1956, S. 107 ff.

FÖRSTER, Wolfgang, III, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 19, Berlin 1955

FÖRSTER, Wolfgang, IV, Leitungsbefugnisse im Sowjetbetrieb, in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jg., 1960, S. 1 ff.

FRIEBE, Siegfried, I, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen an der Freien Universität Berlin, Bd. 5, Berlin 1957

GEBHARD, Werner, Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 16, Berlin 1962

GIERSCH, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Bd. 1, Wiesbaden 1960

GRANICK, D., Management of the Industrial Firm in the USSR, A Study in Soviet Economic Planning, New York 1954

GRÜNEWALD, Joachim, Das Eigentum und das Eigentumsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1961

GUTENBERG, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, 5. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960

HAYEK, F.A., Individualism and Social Order, 1948, S. 152 ff., in deutscher Übersetzung: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 1952, S. 197 ff.

HEINRICHS, Wolfgang, Angebot und Nachfrage und ihre Übereinstimmung im Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 6. Jg., 5. Sonderheft, 1958, S. 99 ff.

HEDTKAMP, Günter, Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung, Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I, Bd. 6, Gießen 1958

HENSEL, K. Paul, I, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1959

HENSEL, K. Paul, II, Finanzplanung (DDR), in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, Stuttgart 1958, Spalte 1925 ff.

HEUER, Hellmut, I, Die "volkseigenen Industriebetriebe" der Sowjetzone und ihre Mitwirkung bei der Wirtschaftsplanung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1958, S. 98 ff.

HEUER, Hellmut, II, Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes, Berlin 1958

HIRSCH, Hans, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel und Tübingen 1957

KAMENIZER, S.E., Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes, Gosplanisdat Moskau 1950, (deutsche Übers.), Berlin 1953

KAZMIERZAK, Herbert J., Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer sozialistischen Wirtschaft sowjetrussischen Typs, Diss. Münster 1960

KITSCHKE, Adalbert, Das Steuersystem in der Besatzungszone Deutschlands, Gelsenkirchen-Buer 1960

KLAMPFL, W., Methoden bei der Aufstellung von Gegenplänen, in: Die Wirtschaft, 9. Jg., Berlin 1954, Nr. 50

KLOCKE, Helmut, Das System der zentralen Verwaltungswirtschaft in der Sowjetunion, in: Jahn, Georg und Bissing, W.M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961

KLOSS, Rudolf, VOGT, Kurt, Zum System und zur Methodik der operativen Planung in den volkseigenen Industriebetrieben, Berlin 1958

KNAUTHE, Erhart, Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes, 3. Aufl., Berlin 1957

KOCH, Helmut, Planung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, Stuttgart 1960, Spalte 4340 ff.

KONTOROWITSCH, W., Der Betriebsplan des Industriebetriebes, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin 1955

KRELLE, Wilhelm, Über die Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnung in verschiedenen Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 165, Stuttgart 1953, S. 123 ff.

LANGE, Oskar, TAYLOR, Fred M., On the Economic Theory of Socialism, Minneapolis and Minnesota 1938

LEMNITZ, Alfred, Die Grundlagen der Preisbildung und die Funktion des Wertgesetzes im Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, 6. Jg., 5. Sonderheft, 1958, S. 16 ff.

LEONHARD, Wolfgang, Sowjetökonomen entdecken den Gewinn, in: Die Zeit, Nr. 40, v. 5.10.1962, S. 29

LEPTIN, Gert, Investitionsfinanzierung und Abschreibungen im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jg., 1960, S. 157 ff.

MAISENBERG, L., Die Preisbildung in der Volkswirtschaft der UdSSR, Berlin 1954

MARX, Karl, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1953

MENZ, Gertraud, Die Entwicklung der sowjetischen Besteuerung, Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13, Berlin 1960

MISES, Ludwig v., Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaften, Bd. XLVII, 1920

MORGENTHAU, Josef, Der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, Berlin 1959

NOVE, Alec, Die sowjetische Wirtschaft (Deutsche Übersetzung), Wiesbaden (ohne Jahresangabe)

OELSSNER, Fred, Über die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin 1952

ORTEL, Roland, Das System der Sowjetwirtschaft, in: Schriften des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft an der Hochschule für Sozialwissenschaften, Wilhelmshaven-Rüstersiel, Berlin 1957, Heft 1

OSTROWITJANOW, K., Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, in: Sowjetwissenschaft, Berlin 1948

PFEFFER, Paul, Vorschläge zur Änderung der Planmethodik im Bereich des Ministeriums für Maschinenbau aufgrund der Erfahrungen der ehemaligen SAG-Betriebe, in: Wirtschaftswissenschaft, 2. Jg., Berlin 1954, Nr. 5

POLITISCHE ÖKONOMIE, (Lehrbuch, herausgegeben von einem Autorenkollektiv), Berlin 1960

POOM, Eduard, Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rentabilität in der Sowjetwirtschaft, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Köln und Opladen 1952, S. 145 ff. und 193 ff.

PREISPOLITIK und PREISBILDUNG in der DDR, (Autorenkollektiv), Berlin 1961

FRITZEL, Konstantin, Die wirtschaftliche Integration der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in den Ostblock und ihre politischen Aspekte, in: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1962

PROPP, Peter D., Marktwirtschaftliche Elemente oder Rationalisierung des Systems? in: Osteuropa-Wirtschaft, 5. Jg., 1960, S. 12 ff.

RAUPACH, Hans, Die Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft, in: Jahn, Georg und Bissing, W.M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961, S. 77 ff.

ROWINSKI, N.N., I, Der Staatshaushalt der UdSSR, Bd. I, Berlin 1951

ROWINSKI, N.N., II, Der Staatshaushalt der UdSSR, Bd. II, Berlin 1953

ROWINSKI, N.N., III, Das Finanzsystem der UdSSR, Berlin 1953

RUDOLPH, J., FRIEDRICH, G., Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1957

SCHEUERLE, W.A., Grundlinien der sowjetischen Finanzen, in: Finanzarchiv, Bd. 14, 1953/54, S. 270 ff.

SCHMIDT, Johannes, Wirtschaftliche Rechnungsführung und Besteuerung, Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 6, Berlin 1953

SCHNETTLER, Albert, Öffentliche Betriebe, Essen 1956

SCHULZ, Eberhard, Reform der Wirtschaftslenkung in der UdSSR, in: Osteuropa-Wirtschaft 1957, S. 1 ff.

SCHWARTZ, Harry, Russia's Soviet Economy, New York 1950

SPETER, Hans, Die Grundlagen der operativen Produktionsplanung, Berlin 1957

SPITZNER, Osmar, PANZER, Wilhelm, Zur wirtschaftsleitenden Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichts, Berlin 1961

STACKELBERG, Heinrich v., I, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern und Tübingen 1951

STACKELBERG, Heinrich v., II, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, Godesberg 1949, S. 193 ff.

STALIN, J., Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1958

SUCH, Heinz, Das Vertragssystem - Instrument der staatlichen Leitung zur Entwicklung der Initiative und der Tatkraft der Volksmassen, in: Vertragssystem, Heft 9, Berlin 1959, S. 258 ff.

TATUR, S.K., Wirtschaftliche Rechnungsführung und Rentabilität des Betriebes, Berlin 1953

THALHEIM, Karl C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Jahn, Georg und Bissing, W.M. Frhr. v., Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Bd. I, Berlin 1961, S. 267ff.

THAMM, Johannes, LANGE, Herbert, KNAUTHE, Erhart, Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes, Berlin 1952

THIMM, Gerhard, Die Preis- und Kostenstruktur in der Industrieproduktion der Sowjetzone, Teil I, Berichte des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 24, Berlin 1956

TIETZE, Gerhard, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, Berlin 1962

TISCH, Cläre, Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, Diss. Bonn 1932

ULTSCH, Henry, VATER, Wolfgang, SCHMIDT, Erdmann, Organisation und Planung der volkseigenen örtlichen Industrie, Berlin 1957

VARGA, Stefan, I, Das Geld im Sozialismus, in: Wirtschaftliches Archiv, Bd. 78, Heft 2, 1957, S. 233 ff.

VARGA, Stefan, II, Die Eigenarten der Budgets der sozialistischen Staaten, in: Finanzarchiv 1963, S. 185 ff.

WALTHER, Otto, Verwaltung, Lenkung und Planung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, in: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953

WEBER, Adolf, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, 7. Aufl., Berlin 1958

WILMUT, Adolf, Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 7, Berlin 1958

Lebenslauf

Am 13. Oktober 1935 wurde ich in Eisborn, Krs. Arnberg/
Westf. als Sohn des Kaufmanns Josef Spiekermann und seiner
Ehefrau Josefine Spiekermann, geb. Felling, geboren. Ich
besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach fünf Jahren Volksschule besuchte ich von 1948 bis
1957 das humanistische Städt. Walramgymnasium in Menden
(Sauerland). Dort legte ich am 15.3.1957 die Reifeprüfung
ab. Im Sommersemester 1957 begann ich das Studium der
Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-
Universität zu Münster/Westf. und bestand dort am
9. November 1961 die Diplom-Prüfung für Kaufleute mit
gutem Erfolg.

Seit Januar 1962 bin ich Verwalter einer planmäßigen wis-
senschaftlichen Assistentenstelle am Institut für betrieb-
liche Finanzen und Steuern der Universität Münster.

